

AKTUELL

| | |
|-----------------------------|----|
| Abfall, Chemie & Emissionen | 9 |
| Globalisierung & Eine Welt | 12 |
| Klima & Energie | 13 |
| Konsum & Verbraucherschutz | 17 |
| Landwirtschaft & Gentechnik | 18 |
| Naturschutz & Biodiversität | 20 |
| Stadt & Region | 22 |
| Tierschutz & Ethik | 22 |
| Umweltpolitik & Umweltrecht | 23 |
| Verkehr & Tourismus | 26 |
| Wasser & Meere | 27 |
| Wirtschaft & Ressourcen | 29 |

VERBÄNDE



| | |
|--------------------------|----|
| Thema: Pressearbeit | 30 |
| DNR intern | 31 |
| Ehrenamt | 31 |
| Preise & Ausschreibungen | 32 |

SERVICE

| | |
|----------------|----|
| Rezensionen | 33 |
| Internet | 34 |
| Neu erschienen | 35 |
| Impressum | 35 |
| Termine | 36 |

ökopädNEWS

| | |
|------------------------|----|
| ANU-Informationsdienst | |
| Umweltbildung | 37 |
| Vorbildliche Kommunen | |

THEMEN DES MONATS

CO₂-Speicherung

Lobbyrepublik Deutschland

Das Beispiel des CCS-Gesetzes zeigt, wie Profitlobbyismus die Legislative untergräbt

Seite 2

Konfliktforschung

Das falsche Bild vom Klimakrieg

Die Mediengesellschaft dramatisiert Umweltkonflikte, ohne die politischen Ursachen zu analysieren

Seite 4

Grundwasserschutz

Giftmüllskandal am Oberrhein

Nach einem Brand ist Frankreichs größte und „sicherste“ Untertagedeponie eine tickende Zeitbombe

Seite 5

Alleenschutz

Kein Kataster, kein Konzept

Für den Schutz der Alleen an Bundesstraßen fehlen der Regierung Daten und eine Strategie

Seite 7

Interview: Verbändebeteiligung

„Als wäre der Wald schuld“

Die Entstehung der Waldstrategie zeigt, wie Umweltverbände an Informationen kommen – oder auch nicht

Seite 25

CO₂-Speicherung

Lobbyrepublik Deutschland

Das Beispiel des CCS-Gesetzes zeigt, wie Profitlobbyismus die Legislative untergräbt

Verschiedene Interessen zu berücksichtigen ist die Aufgabe von Politikern beim Erarbeiten von Gesetzen. Wenn aber – wie beim Gesetz zur CO₂-Speicherung – Konzernlobbyisten alle kritischen Stimmen verdrängen und nur noch von anderen Lobbyisten gestoppt werden können, ist die Demokratie in Gefahr. ■ VON MARCO BÜLOW, SPD

Lobbyismus ist so alt wie Politik. Doch erst seit ich vor acht Jahren in den Deutschen Bundestag eingezogen bin, spüre ich hautnah, wie massiv wirtschaftliche Interessen die Arbeit von Regierung und Parlament beeinflussen und wie dieser Einfluss immer noch weiter zunimmt.

Einen traurigen Höhepunkt erleben wir gerade mit der neuen Bundesregierung und ihren Geschenken an Hoteliers, die Pharmedien und die Atomindustrie. Besonders dreist war der „Deal“, den die Regierung mit den Energiekonzernen zu den Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken ausgehandelt hat. Zunächst holte sich Umweltminister Norbert Röttgen den obersten Atomlobbyisten Gerald Hennenhöfer in sein Ministerium und überließ ihm die Zuständigkeit für die Reaktorsicherheit. Für ein sogenanntes „richtungsweisendes Energiegutachten“ beauftragte die Bundesregierung dann ein Institut, das zu einem beachtlichen Teil von zwei der vier großen deutschen Energieunternehmen gesponsert wird. Für die Verhandlungen mit der Atomwirtschaft und den daraus resultierenden Gesetzentwurf wurde dann auch noch eine Anwaltskanzlei angeheuert, die sonst für RWE arbeitet. Die Laufzeitverlängerungen wurden also nicht von der Regierung geschweige denn vom Parlament, sondern hauptsächlich von Atomlobbyisten ausgehandelt. An beiden Seiten des Verhandlungstisches saßen Männer, die von Profitinteressen geleitet waren – niemand muss sich also über das Ergebnis wundern.

Dabei ist überhaupt nichts dagegen zu sagen, wenn Unternehmen und Verbände ihre Interessen vertreten. Es ist Aufgabe von Politikerinnen und Politikern, deren

Positionen anzuhören, solange sie dabei andere Meinungen und Interessen nicht überhören. Doch die Einflussnahme von einigen Wirtschaftsinteressen nimmt zu und ist mittlerweile fast grenzenlos, sodass die Waffenungleichheit zwischen den verschiedenen Lobbygruppen immer größer wird.

Auf der einen Seite gibt es den sogenannten Profitlobbyismus, der Konzernen oder Unternehmensverbänden dient, die ihn natürlich zur Sicherung und zum Ausbau ihres Profits einsetzen. Opulente Einladungen zu Veranstaltungen und Abendessen gehören hier genauso zum Beeinflussungsrepertoire wie Einzelgespräche und Hinterzimmertreffen. Die Profitlobbyisten sind personell und finanziell gut ausgestattet, ihre Mitarbeiter sind gut geschult, hartnäckig, immer höflich. Sie nutzen die Eitelkeit der Politiker und geben den einzelnen Abgeordneten das Gefühl, ganz besonders wichtig zu sein.

Gemeinwohl mit schwerem Stand

Auf der anderen Seite gibt es die Verbände und Initiativen, die sich für das Gemeinwohl, also beispielsweise für Umweltschutz oder Kinderrechte, einsetzen und keine wirtschaftlichen Interessen verfolgen. Sie sind personell meist unterbesetzt, ihre Mitarbeiter verdienen wenig und arbeiten teilweise ehrenamtlich. Damit bleibt ihnen weniger Zeit als den Kollegen aus den Unternehmen, um Politiker zu beeinflussen. Zudem kommen sie schnell zur Sache und es liegt ihnen meist fern, den Politikern Honig um den Bart zu schmieren. Es ist leider menschlich, dass ihre Methode häufig nicht so schnell zu einem Entgegenkommen der Abgeordneten führt.

Obwohl der Profitlobbyismus immer mehr an Einfluss gewinnt, ignoriert die Mehrheit der Abgeordneten diese Entwicklung, die sie selbst immer mehr entmachtet. Dabei wäre es höchste Zeit, eine Debatte darüber zu führen, wie wir den Lobbyismus begrenzen. Dazu müssen wir uns genauer anschauen, wie er funktioniert. Ein Beispiel aus der letzten Legislaturperiode sind die Diskussionen um ein Gesetz zur CO₂-Abscheidung und -Speicherung, englisch Carbon Capture and Storage (CCS).

Das CCS-Gesetz: ein reales Trauerspiel

Zur Zeit der Großen Koalition war ich als umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion auch für CCS zuständig. Zwei Jahre lang haben wir Fachpolitiker uns mit dem Thema auseinandergesetzt. Wir haben Experten angehört, Gutachten gelesen, diskutiert und uns eine differenzierte Position erarbeitet. Solange kein Gesetzentwurf vorlag, hat sich kein Lobbyist für uns interessiert. Wie so häufig, wurde in unserer Fraktion und auch im Parlament der Zeitpunkt verpasst, ein Thema relativ unbeeinflusst, ohne öffentlichen Druck zu diskutieren.

Als Anfang 2009 das Umweltministerium in Abstimmung mit dem Wirtschaftsressort einen Gesetzentwurf erarbeitete, lief die Lobbymaschine jedoch plötzlich auf Hochtouren. Der Energielobby ging es um ein Gesetz, das den Betreibern nur geringe Auflagen macht und ihren Kostenbeitrag in Grenzen hält. Hierzu fertigte man einen eigenen Gesetzentwurf an – den sich das Wirtschaftsministerium vor seinen Verhandlungen mit dem Umweltministerium zum größten Teil zu eigen machte.

Unser Anliegen in der Arbeitsgruppe

Umwelt der SPD war es, die Chance zu einer weiteren Minderung der deutschen Treibhausgasemissionen wahrzunehmen, ohne die Risiken herunterzuspielen. Das bedeutete, die Betreiber nicht aus der Haftung und finanziellen Verantwortung zu entlassen und mit klaren Regelungen dafür zu sorgen, dass CCS nach höchsten Sicherheitsstandards angewendet wird. Zudem sollte klar werden, dass CCS den Ausbau der erneuerbaren Energien nicht ersetzen soll und deshalb der Staat weder zu viel Geld in die Projekte stecken noch die Kostenrisiken nach kurzer Zeit vergesellschaften darf.

Interne Papiere mit entsprechendem Inhalt, die wir nicht elektronisch versendeten, sondern nur an die Mitglieder der Arbeitsgruppe austeilten, lagen überraschenderweise in Windeseile auf den Tischen der Lobbyisten. Generell gilt: Gleich wie klein die Runde ist, egal wie vertraulich Papiere sind – es scheint, als säßen Lobbyisten immer mit am Tisch.

Direkter Draht zur Politik

Nachdem die Energielobby schon viele Forderungen in dem Gesetzentwurf der Ministerien unterbringen konnte, richtete sich das Hauptaugenmerk nun auf die Abgeordneten, denen der Entwurf zur Beratung vorlag. Da die EU zugesagt hatte, CCS-Demonstrationsvorhaben zu subventionieren, die bis 2010 in Angriff genommen würden, drängte man auf eine zügige Verabschiedung des Gesetzes. Unsere Arbeitsgruppe schlug vor, ein Gesetz für zwei bis drei Demonstrationsvorhaben zu beschließen, um dann genug Zeit für ein Folgegesetz zu haben. Gegen diesen Vorschlag erhob sich aber vor allem in der Union heftiger Widerstand, hinter dem ziemlich klar die Energielobby steckte. Ihr war daran gelegen, jetzt Nägel mit Köpfen zu machen und sich mit überschaubaren Haftungsverpflichtungen alle Wege offenzuhalten.

Das Spiel ging weiter. Als bald versuchten mich auch Abgeordnete meiner Fraktion zu beeinflussen, nachdem diese wohl selbst von den Unternehmen lobbyiert worden waren. So forderte ein Kollege, an

den Verhandlungen mit der Union beteiligt zu werden, auch wenn CCS mit seinem Fachgebiet nichts zu tun hatte.

Druck und Drohungen

Es wurde immer schwieriger, eine differenzierte Position innerhalb unserer Fraktion zu vertreten und Einfluss auf das Gesetz zu nehmen. Während die Lobbyvertreter in diesem Fall für den Wohlfühllobbyismus zuständig waren, übernahmen die von den Unternehmen für ihre Ziele gewonnenen Politiker das schmutzigere Geschäft der Beschuldigungen und Drohungen. Der Vorwurf der Wirtschafts- und Technikfeindlichkeit und die angebliche Gefährdung von Arbeitsplätzen sind Totschlagargumente, die, egal wie unsinnig sie sind, immer wieder vorgebracht werden. Denn kein Abgeordneter kann wirklich überschauen, wie stark ein Unternehmen von einer Regelung be- oder entlastet wird.

Auch in der SPD-Fraktion spürte ich, dass unsere erarbeitete Position immer mehr an Rückhalt verlor. Noch standen viele zu der kritischen Haltung gegenüber CCS, aber wenige verteidigten dies offensiv, während die glühenden Befürworter der Technologie an Zulauf gewannen.

Bei den Verhandlungen mit dem Koalitionspartner wurde deutlich, dass die Union keine Zugeständnisse machen, dafür aber eine weitreichende Erleichterung der Enteignung von Grundstücksbesitzern erreichen wollte. Darauf wollten wir uns nicht einlassen. Ein Kompromiss wurde immer unwahrscheinlicher. Damit war als Minimalkonsens nur eine Einigung auf den Regierungsentwurf möglich – der viele Fragen nicht beantwortete und der Industrie einen Blankoscheck ausstellte. Die Lobbyisten jubelten.

Rückschlag der Gegenlobby

Während es uns Umweltpolitikern also nicht einmal gelang, kleinere Änderungen vorzunehmen, hatte sich die Lobby in vielen Punkten durchgesetzt. Noch immer hatten wir in meiner Fraktion nicht ausgiebig über CCS und das Gesetz diskutiert. In der Woche nach der entscheidenden

Fraktionssitzung, in der wir nun endlich über das Gesetz sprachen, gab es dann eine Überraschung: Angela Merkel höchstpersönlich kündigte die komplette Absetzung des Gesetzes an. Was war geschehen?

Hinter der Ablehnung des Gesetzes steckten – Lobbyisten. Diesmal nicht die Energiebranche, sondern der Bauernverband. Dort war registriert worden, dass die Pipelines über das Land vieler Mitglieder gebaut werden sollten und die Endlager auch Flächen und Böden beeinträchtigen könnten. Vor allem in Schleswig-Holstein und Bayern gab es binnen kurzer Zeit viel Protest. Der angeschlagene Kieler CDU-Ministerpräsident Peter Harry Carstensen und einige CSU-Abgeordnete entdeckten plötzlich ein Thema, mit dem sie in der Bevölkerung punkten konnten.

So wurde das CCS-Gesetz kurzerhand begraben. Viele Kritiker freuten sich, ich aber war wütend. Denn das Prozedere war ein eindrucksvoller Beweis für den Machtverlust, den Abgeordnete hinnehmen, wenn sie sich immer wieder von Lobbyisten leiten lassen.

Es kann und darf nicht sein, dass wir Abgeordneten uns nur noch durchsetzen können, wenn wir eine Lobby gegen die andere ausspielen können. Wir müssen mehr Transparenz schaffen und den ausufernden Profitlobbyismus jetzt begrenzen. Dazu gibt es Mittel und Möglichkeiten. Wir Politiker müssen vorangehen, wenn wir an Glaubwürdigkeit zurückgewinnen wollen. Wir brauchen aber auch die Unterstützung oder besser den Druck der Bürgerinnen und Bürger, damit das Thema wirklich ernst genommen wird.

Der Artikel ist eine veränderte und gekürzte Fassung eines Kapitels aus Marco Bülow's Buch „Wir Abnicker“ (Econ, Berlin 2010). Weitere Informationen und ein Forderungskatalog siehe unter www.marco-buelow.de/service/veroeffentlichungen

Marco Bülow ist Journalist. Als Abgeordneter für die SPD vertritt er seinen Heimatwahlkreis Dortmund im Bundestag.

Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 227-73403, Fax -76488,
E-Mail: marco.buelow@bundestag.de,
www.marco-buelow.de



Konfliktforschung

Das falsche Bild vom Klimakrieg

Die Mediengesellschaft dramatisiert Umweltkonflikte, ohne die politischen Ursachen zu analysieren

Wo Ressourcen knapp werden, kommt es zu blutigen Konflikten – diese These wird von mehreren Seiten vertreten. Doch zeigt die Konfliktforschung, dass es viel eher um geopolitische Machtkonstellationen und sozioökonomische Faktoren geht. Umweltprobleme können genauso gut zur Kooperation führen. ■ VON BENEDIKT KORF, UNI ZÜRICH

Klimawandel macht die Erde heißer und trockener, dadurch steigt der Druck auf die Ressourcen in den „Trockenräumen“ der Erde. Und wo Ressourcen knapp sind, steigt die Gefahr gewalttätiger Konflikte. Diese These über zukünftige Klimakriege gibt es in unterschiedlichen Variationen. Der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen (WBGU), der die Bundesregierung berät, schreibt in seinem Bericht „Klima als Sicherheitsrisiko“: „Klimawandel verstärkt Mechanismen, die zu Unsicherheit und Gewalt führen.“ Und für den regionalen Brennpunkt Sahelzone präzisiert der WBGU: „Klimawandel verursacht zusätzlichen Umweltstress und Gesellschaftskrisen in einer heute durch schwache Staaten, Bürgerkriege und große Flüchtlingsströme charakterisierten Region.“ UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon vertrat in einem Hearing vor einigen Jahren sogar die Position, dass der Darfur-Konflikt zumindest teilweise auf die ökologische Krise im Sudan zurückzuführen und damit als erster Klimakrieg zu bezeichnen sei. Prominent wird die These von Darfur als erstem Klimakonflikt auch in Harald Welzers Buch „Klimakriege“ vertreten, das die Bundeszentrale für Politische Bildung einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht hat.

Sehen wir uns einmal die Argumente an, die Welzer aufführt, um diese These zu untermauern. Wir brauchen nur auf das im Buch präsentierte Material einzugehen, um die logische Inkonsistenz seiner Aussagen aufzudecken. Welzer beschreibt anschaulich die Konfliktursachen für den Darfur-Krieg, die er in einem Aufeinandertreffen sich widersprechender Landnutzungsansprüche zwischen „arabischen“ Pastora-

listen (Nomaden) und „afrikanischen“ sesshaften Bauern sieht, die sich durch die fortschreitende Verwüstung verschlimmert hätten: „Die sesshaften Bauern versuchten in der katastrophalen Dürre von 1984 ihre kargen Ernten zu sichern und sperrten die Zugänge zu ihren Feldern vor den Herden der ‚Araber‘, deren Weidegründe durch die Dürre verschwunden waren.“ So hätten Letztere angefangen, sich ihren Weg durch die versperrten marahil (Weidewege) zu erkämpfen, schreibt Welzer.

Stünden solche Überlebensfragen im Vordergrund des Darfur-Krieges, wäre es schwer verständlich, warum dann die von der sudanesischen Regierung angeheuereten Milizen eine Politik der verbrannten Erde verfolgt haben und nicht nur Menschen, Hab und Gut, sondern auch die lokalen Ressourcen zerstörten. Denn in einer Überlebenslogik würden sich nomadisierende Gruppen damit ja auch um ihre eigene Existenzgrundlage bringen.

Kein verzweifelter Kampf zwischen Nomaden und Bauern

Welzers Beschreibung basiert auf zwei Annahmen, die empirisch nicht haltbar sind: Erstens kolportiert seine Beschreibung, dass erst die Ressourcenknappheit zwei „Zivilisationen“ – Bauern und Nomaden – in Kontakt miteinander gebracht hätte. Das ist jedoch nicht der Fall: Diese Bevölkerungsgruppen pflegen schon seit Jahrhunderten einen intensiven sozialen und ökonomischen Austausch, der immer wieder durch Kooperation und Konflikt gekennzeichnet war. Zweitens impliziert diese Beschreibung, dass Knappheit fast notwendigerweise zu gewalttätiger Konfliktaustragung führt. Dies kann der Fall

sein, muss es aber nicht. Es gibt viele Situationen von Ressourcenknappheit, wo es eher zu Kooperation zwischen verschiedenen Nutzergruppen kommt.

Wahrscheinlicher ist, dass hinter den Kämpfen im Sudan andere, politische Faktoren zu suchen sind, zum Beispiel der Kampf um politische Kontrolle über Territorium und Völker. Dies ist nicht der verzweifelte Überlebenskampf von Nomaden und Bauern um die letzten noch vorhandenen Ressourcen. Eher handelt es sich um die politische Manipulation und Eskalation bestehender Konfliktlinien.

Gerade der Reichtum an Ressourcen heizt oft Konflikte an

Welzer, Ban Ki-Moon und der WBGU berufen sich auf eine in der Umweltkonfliktforschung umstrittene These: dass Knappheit von Ressourcen den Ausbruch gewalttätiger Konflikte begünstige. Die derzeitige Konfliktforschung hat jedoch gewichtige Zweifel aufkommen lassen, dass diese sogenannte Knappheitshypothese zutreffend ist. Vielmehr zeigen jüngere Analysen, dass Gewaltkonflikte besonders dort sehr blutig sind und lange andauern, wo es Ressourcenreichtum gibt, wo insbesondere mineralische Ressourcen es Gewaltakteuren erlauben, ihren Kampf zu finanzieren.

Kampf, Krieg und Plünderung werden, so zeigen diese Studien, zu alltäglichen Praktiken von Warlords und deren Gefolge. Zwar finden diese Formen von Kriegen oft in Staaten statt, in denen landwirtschaftliche Ressourcen knapp sind und die Bevölkerung wächst. Aber ohne den Zugang zu Ressourcen, die Kriege finanzieren, könnte es gar nicht zu diesen lang

anhaltenden Auseinandersetzungen kommen. Wenn Konflikte außer Kontrolle geraten und zu zerstörerischen Dauerkriegen mutieren, wie in einigen Regionen von Somalia oder in Darfur, hat dies vor allem politische Gründe. Lokale Konfliktgeschichten werden dann von politischen Akteuren manipuliert und – meistens durch großzügige Waffenlieferungen – in eine neue Dynamik transformiert. Dies hat in erster Linie nichts mit Ressourcenknappheit, sondern mit einer Vermischung von geopolitischen Konstellationen und lokalen Konfliktgeschichten zu tun.

Wieso aber kommt Welzer dann zu seinen Aussagen und Interpretationen? Mein Eindruck ist, dass er sich zu stark auf die Erkenntnisse aus der Genozidforschung stützt, seinem eigentlichen Spezialgebiet. Diese Erkenntnisse sind aber nur bedingt auf Umweltkonflikte übertragbar. Gleichzeitig verarbeitet er in seinem Buch die umfangreiche Literatur zu Umweltkonflikten

nur bruchstückhaft und bleibt damit hinter dem Stand der Forschung zurück.

Was bedeutet das nun für die Diskussion um Klimakriege? Ich denke, dass man aus zunehmender Ressourcenknappheit nicht per se ein höheres Aufkommen von Gewaltkonflikten für die Zukunft ableiten kann. Dazu gibt die derzeitige Forschung zu Umweltkonflikten keine ausreichenden Erkenntnisse her – anders als es Welzer und teilweise auch der WBGU behaupten. Ob es vermehrt zu Gewaltkonflikten kommen wird, hängt von geopolitischen Machtkonstellationen ebenso ab wie von lokalen sozioökonomischen Transformationsprozessen, zum Beispiel im Eigentumsrecht. Aber eine quasi-deterministische Ableitung einer höheren Konfliktwahrscheinlichkeit, wie sie Welzer suggeriert, ist wissenschaftlich auf einem wackeligen Fundament gebaut.

Warum sind Welzers Thesen dennoch so populär? Mir scheint, dass dies mit

einem gewissen „Außerordentlichkeitsbedarf“ (Odo Marquart) der Mediengesellschaft zu tun hat, in der dramatisierende Botschaften auf stärkere Resonanz stoßen. Aber gerade dieser Außerordentlichkeitsbedarf führt zu einer imaginären Geografie, die problematisch ist. Sie zeichnet eine moralisierende Landkarte, in der der globale Süden als gefährliche Region, als Sicherheitsrisiko für Europa, markiert ist. Nicht der Süden ist jedoch gefährlich, sondern das Kolportieren solcher Bilder über den Süden, insbesondere dann, wenn sie sich auf fragwürdige Aussagen berufen.

Benedikt Korf lehrt Politische Geografie und geographische Konfliktforschung an der Universität Zürich.



Kontakt:

Tel. +41 (0)44 / 6355240,
E-Mail: korf@geo.uzh.ch

Grundwasserschutz

Giftmüllskandal am Oberrhein

Nach einem Brand ist Frankreichs größte und „sicherste“ Untertagedeponie eine tickende Zeitbombe

Experten der französischen Bergbaubehörde warnen vor der Vergiftung eines der wichtigsten Grundwasserreservoirs Europas durch Sondermüll. Die Folgen unverantwortlichen Handelns werden in spätestens 150 Jahren spürbar sein, doch die Verursacher kommen mit milden Strafen davon. Es ist Zeit für eine Welle der Empörung. ■ VON AXEL MAYER, BUND

Skandale wie die Giftschlammkatastrophe im ungarischen Kolontár oder das marode Atomülllager Asse in Niedersachsen sind in aller Munde. In Kolontár ereignete sich im Oktober die bisher größte Umweltkatastrophe Ungarns. Eine Million Kubikmeter giftiger Rotschlamm aus dem geborstenen Rückhaltebecken der Aluminiumfabrik MAL überschwemmte die Gemeinde und zwei Nachbarorte. 500 Häuser begrub der basische Schlamm unter sich, neun Menschen starben, Hunderte wurden verletzt. Die Giftbrühe verseuchte Böden und Flüsse.

Das Unglück dauerte nur Minuten, war aber genauso vorhersehbar wie der sich

seit Jahrzehnten anbahnende Asse-Skandal. Durch das einst als sicher gepriesene „Endlager“ bei Wolfenbüttel schwappt radioaktives Wasser. Statt nur leicht- und mittelaktivem Atomüll war auch hoch radioaktives Plutonium eingelagert worden. Es wurde vertuscht, gelogen und betrogen und wie oft bei großen Umweltverbrechen sitzt keiner der Verantwortlichen im Gefängnis. Der Atomüll muss jetzt geborgen werden und die Folgekosten von bis zu 6.000.000.000 Euro tragen nicht Atomkonzerne, sondern die SteuerzahlerInnen.

Weit weniger bekannt ist dagegen eine andere Katastrophe: Stocamine, die „kleine Asse“ am Oberrhein. Die dort drohende

Grundwasservergiftung durch Zyanid, Arsen und chrom- und quecksilberhaltige Abfälle hat eine schier unfassbare Vorgeschichte.

Der Salzabbau und seine Folgen

Seit über hundert Jahren wird im elsässischen Kalibecken bei Mulhouse (Mulhausen) Kalisalz abgebaut und das dabei ebenfalls anfallende Steinsalz in den Rhein geleitet. Noch 1991 strömten in jeder Sekunde 115 Kilogramm Salz in die Haupttrinkwasserader von Millionen EuropäerInnen – jährlich 3.600.000 Tonnen Natriumchlorid. Salz wurde aber auch

auf große oberirdische Halden gekippt und auf der Fessenheimer Rheininsel in großen Becken zwischengelagert. Unglaubliche Mengen Salz wurden von den Halden abgewaschen, und allein aus den Zwischenlagerbecken bei Fessenheim ist eine Million Tonnen Salz „einfach so“ ins Grundwasser gesickert. Wenige Kilometer unterhalb der Fessenheimer Insel misst man im Elsass und in Südbaden schon jetzt bis zu 50 Gramm Salz in einem Liter Grundwasser – Meerwasser enthält im Schnitt nur 35 Gramm. Die Anzeigen des Umweltverbandes BUND gegen Behörden und Verursacher führten nie zu Prozessen und kein Verantwortlicher wurde bestraft. Die Sanierungskosten trägt nicht die immer noch existierende Verursachergesellschaft MDPA, sondern die Allgemeinheit, und für die Untersuchungskosten kommen die europäischen SteuerzahlerInnen mit Geldern aus dem Interreg-Programm auf. Soweit die unschöne Vorgeschichte.

Trotz Protesten in Betrieb genommen

Nun gibt es also die ausgebeuteten Schächte und Stollen im Boden und das Gebiet des elsässischen Kalibeckens gleicht unterirdisch einem großen Schweizer Käse. Ökologisch sinnvoll wäre es gewesen, das oberirdisch lagernde Salz wieder unter Tage zu bringen. Doch so etwas ist natürlich eine dumme Idee, denn es bringt keinen Gewinn. Große Gewinne aber bringt es, Giftmüll nicht etwa teuer aufzuarbeiten, sondern billig unterirdisch zu „entsorgen“ – ein wunderbarer Neusprechbegriff. Und so wurde die Firma Stocamine gegründet, um in den alten Bergwerken die größte, beste und sicherste Untertagedeponie Frankreichs zu schaffen und dort, kostengünstig für die Industrie, hochgefährliche Industrieabfälle einzulagern. Atommüll und brennbare Abfälle sollten und durften nicht gelagert werden.

Vor der Inbetriebnahme 1999 gab es die allseits bekannten Rituale. UmweltschützerInnen von Alsace Nature und vom BUND aus Südbaden sowie örtliche elsässische Bürgerinitiativen warnten vor massiven Gefahren und Billiglösungen und organisierten Einsprachen und Proteste. Auf der

anderen Seite gaben Behörden, Betreiber und „Experten“ Entwarnung. Es ist dieser eine Satz, der immer wieder zu hören und zu lesen ist: „Nach übereinstimmender Ansicht der Experten gibt es keinerlei ernst zu nehmende Gefahren.“

Der Leiter der Giftmülldeponie Stocamine hatte vor der Inbetriebnahme noch lautstark verkündet, in die sicherste und beste Deponie Frankreichs werde zwar hochgiftiges, aber absolut unbrennbares Material dauerhaft sicher eingelagert. Gefährliche Gifte des Industriezeitalters waren also in sicheren Händen und für Hunderttausende von Jahren „entsorgt“. Von 1999 bis 2002 wurden rund 45.000 Tonnen hochgiftiger Industrieabfälle eingelagert, darunter Arsen, Zyanid und quecksilber- und chromhaltige, nicht brennbare Substanzen.

Im September 2002 bemerkten Bergleute der neben Stocamine liegenden Kaligrube giftigen Rauch. Einige Bergarbeiter trugen gesundheitliche Schäden davon. Sie flohen aus dem weit von der Deponie entfernten Bergwerk, das dann auch für immer geschlossen werden musste, denn das „Unmögliche“ war eingetreten. Der „absolut nicht brennbare Giftmüll“ brannte über Wochen. Der BUND schenkte der Deponie daraufhin in einer symbolischen Aktion einen Rauchmelder, denn solche Sicherheitsvorkehrungen waren in der größten Giftmüllgrube Frankreichs nicht vorgesehen. Die Giftmülldeponie musste geschlossen werden. Die Verantwortlichen bekamen lächerliche Strafen, gegen die sie erfolgreich in Berufung gingen. Der Leiter von Stocamine kam schließlich mit einer Geldstrafe von 5.000 Euro davon.

Risikotechniken ohne Gewähr

Immer wieder werden bei großen Umweltkatastrophen lächerliche und skandalöse Urteile gesprochen. Das gilt für Stocamine ebenso wie für die Massenvergiftung im indischen Bhopal, für die Holzschutzgifte der Bayer-Tochter Desowag, für den Contergan-Skandal, für die Dioxinvergiftung in Seveso oder die Versenkung der Rainbow Warrior durch den französischen Geheimdienst. Angemessene, gerechte und

abschreckende Urteile gegen Umweltsünder scheint es immer nur bei „kleinen“ Umweltvergehen zu geben.

Am 16. September 2010 berichtete die französische Zeitung L'Alsace über den aktuellen Stand in Sachen Stocamine: „Die hochgiftigen Abfälle in dem Stollen zu belassen ist den Experten zufolge aber auch keine gute Lösung. Der Stollen werde in ‚hundert bis 150 Jahren‘ von Grundwasser überschwemmt, längerfristig – etwa in 600 Jahren – könnten dann toxische Substanzen durch Strebe an die Oberfläche kommen. Dadurch könnte das Grundwasser in der Umgebung der Deponie ungenießbar werden, warnen die Bergbauexperten. Die Autoren des Berichts empfehlen, so viel Müll zu bergen, wie dies ohne Gefahr möglich ist. Gleichzeitig müssten Lösungen für die Giftabfälle gefunden werden, die nicht zutage befördert werden können.“

Stocamine, Asse und Kolontár sind Beispiele, die zeigen, wie unverantwortlich mit den gefährlichsten Giften des Industriezeitalters umgegangen und wie die Zukunft aufs Spiel gesetzt wird. Mit Sorge schauen wir heute auf die von reinen Gewinninteressen bestimmte Atomdebatte und auf die geplante Atommülllagerung in Gorleben, wo es wieder einmal heißt, dass nach übereinstimmender Ansicht der Experten langfristig alles absolut sicher sein wird. Was stets fehlt, ist der Zusatz: „Alle Angaben ohne Gewähr“.

Es fehlt das Lernen aus Fehlern, es fehlt investigativer Journalismus, es fehlen gerechte Gerichtsverfahren und Urteile bei großen Umweltvergehen. Es fehlt vor allem die Verantwortung für zukünftige Generationen – und der Öffentlichkeit und der Umweltbewegung fehlt es manchmal an der nötigen Empörung.

Axel Mayer ist Vermessungstechniker, Sozialarbeiter und BUND-Geschäftsführer für die Region Südlicher Oberrhein in Freiburg.

Kontakt:
Tel. +49 (0)761 / 30383,
E-Mail:
bund.freiburg@bund.net,
www.bund.net/suedlicher-
oberrhein/idx-salz.html



Alleenschutz

Kein Kataster, kein Konzept

Für den Schutz der Alleen an Bundesstraßen fehlen der Regierung Daten und eine Strategie

Alleen an Bundes- und Landesstraßen werden von den Ländern verwaltet. Doch auch der Bund mischt sich beim Alleenschutz ein, bisher jedoch ohne eine funktionierende Gesamtpolitik. Das muss sich endlich ändern, um die wertvollen Baumreihen dauerhaft zu erhalten. ■ VON RÜDIGER HERZOG, NATURFREUNDE, UND TOM KIRSCHHEY, NABU

Alleen genießen einen guten Ruf. Schließlich filtern sie die Luft, sind Lebensraum für Vögel, Insekten und Fledermäuse und sie prägen Landschaften. In Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg darf man durchaus annehmen, dass sie Identität stiften. Doch trotz ihres positiven Images geht es ihnen nicht gut. Erschütterungen, Wurzelschäden, massiver Tausalzeinsatz und zweifelhafte „Pflegemaßnahmen“ gefährden viele Alleebäume. Rasche Fällungen und zu wenige Nachpflanzungen in vielen Ländern und Kommunen lassen den Baumbestand stetig schrumpfen. Wer ist schuld?

Alleenschutz gilt als Ländersache. Schließlich werden Bundes- und Landesstraßen von Landesbehörden oder -betrieben verwaltet. Die naturschutzrechtlichen Fragen regelt das jeweilige Landesnaturschutzgesetz. Konzepte zur Erhaltung und Entwicklung von Alleen werden von den Ländern erarbeitet – oder auch nicht erarbeitet. Verordnungen und Runderlasse zum Umgang mit Alleen tragen die Handschrift der Landesverkehrs- und -umweltministerien. Insofern liegt der Alleenschutz tatsächlich bei den Ländern. Und so richtet sich auch der Protest von BürgerInnen und Umweltverbänden gegen mangelhaften Alleenschutz ganz folgerichtig an die Landespolitik, wie die Volksinitiative „Rettet Brandenburgs Alleen!“ gerade zeigt.

Dennoch: Zumindest für den Baumbestand an Fernstraßen trägt auch der Bund Verantwortung. Dieser Artikel soll schlaglichtartig untersuchen, wie der Bund dieser Verantwortung gerecht wird.

Der Alleenbestand in der Hand des Bundes kann sich sehen lassen. Allein in Brandenburg sind über 700 Kilometer Bundesstraßen von Alleen gesäumt. Aber

auch in den alten Bundesländern sind die Alleen keineswegs komplett beseitigt worden. Allein entlang bayerischer Bundesstraßen gibt es noch immerhin über 100 Kilometer Alleen.

Eine eigene Kostenstelle gibt es nicht

Erstaunlich ist allerdings, dass der Bund keine Übersicht über „seine“ Alleen hat. Das geht aus der Antwort der Regierung auf eine Kleine Anfrage der bündnisgrünen Bundestagsfraktion hervor. ⁽¹⁾ Angaben zu Alleen und ihrem Zustand werden weder systematisch erfasst noch ausgewertet. Die dem Bund vorliegenden Angaben zum Alleenbestand sind bis zu 13 Jahre alt. Aus einigen Bundesländern wie Schleswig-Holstein, Niedersachsen oder Baden-Württemberg fehlen dem Bund sogar jegliche Bestandsdaten.

Dementsprechend sind auch Angaben zum Erhaltungszustand der Alleen rar. Immerhin wurden die Schäden an Straßenbäumen infolge von Straßenbaumaßnahmen sowie Erschütterungen, Bodenverdichtung, Anfahrschäden und Tausalz bereits durch eine Bundeseinrichtung untersucht. Die Bundesanstalt für Straßenwesen legte vor zwei Jahren eine Zustandserfassung von Alleebäumen nach Straßenbaumaßnahmen vor. An ausgewählten Straßenabschnitten ließ sie die Vitalität verschiedener Alleebaumarten innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums untersuchen.

Der Alleenbestand wird im Haushalt des Bundes nicht ausdrücklich als eigene Kostenstelle aufgeführt. Pflege und Erhaltung von straßenbegleitendem Bewuchs müssen aus dem Haushaltstitel „Betriebsdienst“ finanziert werden. Der Alleenschutz konkurriert folglich mit anderen

Straßenunterhaltungsmaßnahmen, was angesichts einer stetig wachsenden Infrastruktur und besonderen Herausforderungen an die Unterhaltung wie etwa nach den Winterschäden von 2009 und 2010 immer mehr zum Problem wird.

Der Bund begründet sein Desinteresse an den Alleen mit der Auftragsverwaltung durch die Länder, aber auch mit der fehlenden Eignung von Alleen für die Anforderungen von Fernstraßen. Beides muss infrage gestellt werden. Über den baulichen Straßenzustand ist der Bund zumindest bedingt informiert – warum nicht auch über den straßenbegleitenden Bewuchs? Die Bedeutung der Bundesstraßen für den überörtlichen Verkehr und daraus abzuleitende Querschnitte und Geschwindigkeiten kann nicht allgemeingültig bewertet werden. Zahlreiche Bundesstraßen nehmen kaum überörtlichen Verkehr auf und das Verkehrsaufkommen ist dort gering. Demzufolge sind an diesen Straßen keine Querschnitte oder Geschwindigkeiten erforderlich, die einer Bepflanzung entgegenstehen. Bei stark befahrenen Straßen bietet sich mitunter eine Verlegung neben die existierende Allee an, sodass der ganze Baumbestand erhalten werden kann.

Trotz des bekundeten Desinteresses mischt sich der Bund in den Alleenschutz ein. Alleen sind Teil der natürlichen Lebensgrundlagen gemäß Artikel 20a des Grundgesetzes. Das Bundesnaturschutzgesetz ermöglicht seit 2002 die Unterschutzstellung von Alleen als geschützte Landschaftsbestandteile. Und schon seit 1992 existiert ein Alleenmerkblatt zu Pflege und Nachpflanzungen. Ein weiteres Merkblatt des Bundesverkehrsministeriums für den Straßenbetriebsdienst von 2006 beschreibt

Neues Denken, neue Chancen

Charismatisch, humorvoll und unheimlich inspirierend – so beschreiben begeisterte Zuhörer den Redner Hans-Peter Dürr. In seinem Buch macht er konkrete Handlungsvorschläge für gesellschaftlichen Wandel und eine neue Weltsicht. Eine DVD mit Videoaufnahmen des Autors bereichert die vorliegende Sonderedition. Dürr bezieht darin Stellung zu den großen Themen seines Lebens.

H.-P. Dürr

Warum es ums Ganze geht Neues Denken für eine Welt im Umbruch

189 Seiten, Sonderedition mit Film-DVD, Hardcover mit Schutzumschlag, 24,90 EUR, ISBN 978-3-86581-220-9



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de



unter anderem die Anforderungen an Baumschauen, Baumbeobachtung und -kontrolle, Baumerziehung sowie -pflege. Solche Merkblätter erhalten die Obersten Straßenbaubehörden der Länder im Rahmen der Auftragsverwaltung. Sie sind damit Richtschnur für Landesstraßenbehörden und -betriebe.

Richtlinien erschweren Nachpflanzungen

Lange diskutiert wurden zwei weitere Orientierungshilfen der Bundesebene. Zum einen hat das Verkehrsministerium im Jahr 2006 die Empfehlungen zum Schutz vor Unfällen mit Aufprall auf Bäume (ESAB) an bestehenden Straßen in Kraft gesetzt. Diese Empfehlungen erleichtern die Fällung von Bäumen in Gefährdungsbereichen, erschweren Nachpflanzungen in Lücken und legen Straßenbaulasträgern eine „sorgfältige Prüfung“ der Pflanzstandorte nahe.

Zweitens empfiehlt das Ministerium den Landesstraßenverwaltungen die Anwendung der Richtlinie für passiven Schutz an Straßen durch Fahrzeugrückhaltesysteme (RPS) von 2009. Die RPS widmet sich vor allem den technischen Anforderungen an Leitplanken beim Neubau von Straßen. Sie setzt, wie auch andere Richtlinien für den Straßenbau, das Alleinmerkblatt in einem wesentlichen Punkt außer Kraft. Gehölze an stärker befahrenen Straßen sollen nach der RPS mindestens 4,5 Meter von der Fahrbahnkante entfernt gepflanzt werden. Bei diesem Abstand ist jedoch häufig der Erwerb von straßenbegleitenden Flächen erforderlich, sodass eine Nachpflanzung schon wegen mangelnder Flächenverfügbarkeit infrage steht. Ohnehin verliert eine Allee ihren Charakter dadurch, dass ein Kronenschluss bei diesem Abstand meist nicht mehr möglich ist. An Straßen mit einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 60 Kilometern pro Stunde sollen Pflanzungen innerhalb des Abstandes nur noch hinter „Fahrzeugrückhaltesystemen“ möglich sein. Das dürfte Nachpflanzungen erheblich erschweren – doch die Bundesregierung sieht die RPS wie auch die ESAB als Kompromiss zwischen Naturschutz und Verkehrssicherheit an.

Immerhin wirbt das Bundesumweltministerium für den Erhalt von Alleen. Die sogenannte Alleen-Fan-Sympathie-Kampagne⁽²⁾ leistet seit acht Jahren Öffentlichkeitsarbeit und arbeitet auch mit Verbänden zusammen. Einer der wichtigsten Partner ist dabei die Alleenschutzgemeinschaft, ein Verein, der von Naturschutzorganisationen wie NABU und Robin Wood sowie Bundestagsabgeordneten verschiedener Parteien getragen wird.⁽³⁾ Fachtagungen etwa zum juristischen Schutz von Alleen und zur Gefährdung durch Tausalz kamen bei den Nichtregierungsorganisationen gut an. Auch öffentlichkeitswirksame Pflanzaktionen waren im Rahmen der Alleenschutzgemeinschaft bereits möglich.

Doch die gelungene Öffentlichkeitskampagne kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass dem Bund eine Gesamtstrategie zum Alleenschutz fehlt. Neben einzelnen Regelwerken zur Pflege und zur Beseitigung von Alleen fehlt eine systematische Erfassung des Alleenbestandes an Bundesstraßen – ein Alleenkataster. Und, noch wichtiger, es fehlt ein übergreifendes Konzept zum Umgang mit Alleen und zu ihrer finanziellen Absicherung.

Anmerkungen

- ▶ (1) dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/025/1702533.pdf
- ▶ (2) www.alleen-fan.de
- ▶ (3) www.alleenschutzgemeinschaft.de

Rüdiger Herzog studierte Umweltschutz und Raumplanung. Er ist Landesvorsitzender der NaturFreunde Brandenburg und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Anton Hofreiter.



Tom Kirschey ist Landesvorsitzender des NABU Brandenburg, Gremienmitglied verschiedener Naturschutzstiftungen und Mitinitiator der Volksinitiative „Rettet Brandenburgs Alleen!“



Kontakt: E-Mail: kirschey@nabu-brandenburg.de,
herzog@naturfreunde-brandenburg.de,
www.rettet-brandenburgs-alleen.de

ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Industriekatastrophen

Dammbruch in Ungarn könnte sich wiederholen

■ Angesichts der Umweltkatastrophe in Ungarn haben Umweltverbände eine Verschärfung der EU-Richtlinien zum Bergbau gefordert. Anfang Oktober war ein mit Bauxitschlamm gefülltes Rückhaltebecken einer Aluminiumhütte gebrochen. Der ätzende und schwermetallhaltige Schlamm hatte drei Gemeinden überflutet und dadurch bislang neun Todesopfer gefordert. Nachdem in einem weiteren Damm Risse in der Struktur gefunden wurden, evakuierte der Katastrophenschutz das Dorf Kolontár und hat mit dem Bau eines 400 Meter langen Schutzwalles begonnen. Die Betreiberfirma der Aluminiumhütte MAL (Magyar Alumínium) hatte sich jeglicher Verantwortung entzogen und den Unfall als „Naturkatastrophe“ bezeichnet. Das Unternehmen wurde Mitte Oktober vom ungarischen Parlament verstaatlicht. Die EU entsandte fünf Fachleute, die den Katastrophenschutz bei der Untersuchung der Folgen des Schlamms für Landwirtschaftsflächen, Wasser sowie Flora und Fauna unterstützen sollen.

Eine von Greenpeace in Auftrag gegebene Untersuchung des österreichischen Umweltbundesamtes ergab deutlich erhöhte Werte von Chrom, Arsen und Quecksilber in dem Schlamm. Nach Angaben des WWF befinden sich allein in Ungarn mindestens 60 ähnliche Aufhaltebecken mit Rückständen aus Minen oder Metallverhüttung, die teilweise wie am Unfallort nur mit einfachen Erdwällen befestigt sind. Die 2006 verabschiedete EU-Minenabfallverordnung legt zwar striktere Sicherheitsstandards und Kontrollen für solche Deponien fest, tritt aber erst 2012 in Kraft. Der WWF forderte deshalb eine Verschärfung der EU-Richtlinien zu Giftschlammdeponien und die Einrichtung eines Aktionsprogrammes. Dieser sollte sich nicht nur auf Standorte in der EU

konzentrieren, sondern auch EU-Nachbarländer wie die Ukraine, Moldawien oder Serbien einschließen. [lk, jg]

- ▶ WWF Ungarn, Gabor Figeczky, Tel. +36 (0)30 / 6785398, E-Mail: gabor.figeczky@wwf.hu
- ▶ www.greenpeace.hu

EU-Behördenposition

Bisphenol-A-Limits bleiben

■ Die Europäische Lebensmittelbehörde EFSA hat im Oktober ihre lang erwartete Stellungnahme zur umstrittenen hormonell wirksamen Chemikalie Bisphenol A (BPA) veröffentlicht. Nichtregierungsorganisationen reagierten bestürzt, da die EFSA keine Absenkung des tolerierbaren täglichen Limits für BPA empfiehlt. Die Behörde sieht keine Hinweise auf neurologisch bedingte Verhaltensänderungen durch BPA. Sie argumentierte, dass die wissenschaftlichen Erkenntnisse nicht ausreichen, um auf gesundheitliche Folgen beim Menschen zu schließen.

Ein Bündnis von Umwelt- und Gesundheitsorganisationen kritisierte die Entscheidung der EFSA. Zusammen mit WissenschaftlerInnen hatten es bereits im Juni gefordert, wenigstens empfindliche Bevölkerungsgruppen wie Kleinkinder und Schwangere besser vor BPA zu schützen. Es gebe immer mehr Studien, die auf den Zusammenhang zwischen der BPA-Exposition und chronischen Krankheiten wie Diabetes und Brustkrebs hinwiesen. Außerdem könne der Stoff die Plazentaschranke überwinden und so gegebenenfalls Babys im Mutterleib schädigen. Im Zweifelsfall müsse die Politik Rücksicht auf die Gesundheit von Kindern nehmen und nicht auf die Industrie, so die Verbände.

Einige EU-Mitgliedstaaten haben bereits nationale Maßnahmen ergriffen, um die Bevölkerung besser zu schützen. So beschloss kürzlich Österreich, BPA in Kinderprodukten zu verbieten. [jg]

- ▶ Position der EFSA: www.efsa.europa.eu/en/scdocs/scdoc/1829.htm
- ▶ www.kurzlink.de/ngo-bpa-protest

EU-Chemikalienpolitik

Biozide im Großexperiment?

■ Das EU-Parlament hat im September in erster Lesung über die Biozidverordnung abgestimmt. Die Abgeordneten votierten für eine einheitliche zentralisierte EU-weite Zulassung von Bioziden wie Schädlingsbekämpfungsmitteln, Holzschutz- oder Desinfektionsmitteln, die stufenweise eingeführt werden soll. Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) soll Anträge für neue Produkte und solche mit niedrigem Risikopotenzial ab 2013 und die meisten anderen Biozidprodukte ab 2017 bewerten. Jedoch können Mitgliedstaaten weiter über Produkte entscheiden, die möglicherweise die größten Gesundheitsrisiken bergen. Auch zusätzliche Kontrollen über die Verwendung von auf EU-Ebene zugelassenen Produkten dürfen die Mitgliedstaaten verhängen. Die giftigsten Chemikalien sollen prinzipiell verboten werden, insbesondere Stoffe, die krebserregend, fruchtbarkeitschädigend oder genverändernd wirken. Jedoch gibt es hierfür Ausnahmeregelungen. Neben einer Verpflichtung für Unternehmen, Daten auszutauschen, um doppelte Tierversuche zu vermeiden, sollen Nanopartikel in Biozidprodukten separat bewertet werden. Der Bericht von Christa

Neue Abonnementpreise

Liebe Leserinnen und Leser, eine gute Zeitschrift zu machen ist aufwendig. Wir geben uns alle Mühe, Ihnen umwelt aktuell so günstig wie möglich liefern zu können. Leider müssen wir der allgemeinen Teuerung nachgeben und die Abonnementpreise in diesem Jahr geringfügig erhöhen: Ab 2011 kostet ein Jahresabonnement 61,30 Euro für Privatbezieher, 102,50 Euro für Unternehmen und Institutionen und 45,30 Euro ermäßigt, jeweils zuzüglich Versandkosten. Wir hoffen auf Ihr Verständnis und freuen uns darauf, Sie auch 2011 über alle wichtigen Ereignisse der Umweltpolitik und nachhaltigen Entwicklung informieren zu können. **[Redaktion und Verlag]**

Klaß (Konservative, Deutschland) wurde mit 550 Ja-Stimmen bei 22 Nein-Stimmen und 80 Enthaltungen angenommen.

Umweltverbände nannten die Vorgaben unausgewogen. Sie fielen hinter andere Regelungen wie die EU-Chemikalienverordnung REACH oder die Pestizidverordnung zurück. „Das Parlament erlaubt mit dem EU-weiten Vertrieb nahezu aller Biozidprodukte ein überdimensioniertes Experiment an Umwelt und BürgerInnen, weil die Risiken nicht ausreichend beachtet werden“, kritisierten das Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN), die Gesundheitsorganisationen HEAL und HCWH, die Umwelt- und Frauenorganisation WECF und das Europäische Umweltbüro. Mehr als 50.000 Biozidprodukte würden jährlich in der EU verkauft, obwohl Umwelt- und Gesundheitsrisiken bisher nur unzureichend erfasst seien, kritisierten die Verbände. Statt die Lücken der bisherigen Zulassungsregeln zu füllen, würden die Entscheidungen des Parlaments neue Schlupflöcher schaffen. Das Verbot hochgefährlicher und hormonell wirksamer Chemikalien werde durch zahlreiche vage Änderungen und Ausnahmeregelungen verwässert, auch bei sicheren Alternativen müssten diese nicht in jedem Fall ersetzt werden. Unternehmen kämen bei der Zulassung von Biozidprodukten weiterhin

um die Offenlegung ausreichender Daten über Risiken für Schwangere und Kinder sowie Gewässerökosysteme herum.

Die Umweltverbände forderten den Umweltministerrat auf, in seiner ersten Lesung die Versäumnisse des Parlaments wieder aufzuheben. [jg]

- ▶ PAN Germany, Christian Schweer, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 3991910-27, E-Mail: christian.schweer@pan-germany.org
- ▶ NGO-Position zur Biozidverordnung: www.pan-germany.org (Stellungnahmen)

REACH-Auskunftspflicht

Einzelhandel informiert Kunden nur unzureichend

■ Eine Studie des Europäischen Umweltbüros (EEB) hat ergeben, dass viele große Handelsketten wie Media Markt, Tesco und Carrefour ihre KundInnen nicht ausreichend über Chemikalien in ihren Produkten informieren. Einzelhändler sind laut EU-Chemikalienverordnung REACH verpflichtet, binnen 45 Tagen Auskunft darüber zu geben, ob ihre Produkte gefährliche Substanzen enthalten. Doch die Studie in mehreren EU-Mitgliedstaaten

zeigte, dass nicht alle Unternehmen sich an dieses Gesetz halten. Die Auskunftspflicht gilt für diejenigen Chemikalien, die im REACH-Anhang für „besonders besorgniserregende“ Substanzen stehen. Stoffe dieser Kategorie sind entweder krebserzeugend, erbgutverändernd oder fortpflanzungsgefährdend oder gelten als persistent, bioakkumulierend beziehungsweise toxisch. Bisher stehen allerdings erst rund 40 Stoffe auf der Liste.

Zwischen April und August 2010 haben Mitgliedsorganisationen des EEB, darunter der BUND, 158 schriftliche Anfragen an Unternehmen gestellt. Die Hälfte davon blieb unbeantwortet. Nur ein Fünftel der Antworten entsprach den in der REACH-Verordnung festgelegten Minimalanforderungen: Mitteilung des Namens und Angaben darüber, wie das Produkt ohne Gesundheitsgefahren genutzt werden kann. Die Rechtsabteilung von Media Markt, einem Unternehmen für Elektroartikel mit etwa 800 Geschäften in der EU, erklärte auf die Anfrage beispielsweise lediglich, dass man der Meinung sei, solche Auskünfte nicht geben zu müssen. So steht es im EEB-Bericht „The Fight to Know“. Die Ladenkette Bart Smith aus den Niederlanden weigerte sich, „Dritten“ Informationen herauszugeben. C&A Belgien antwortete lediglich mit einem Fragezeichen in einer



Die unterschätzte Gefahr

Pat Mooney gilt international als einer der führenden Experten für Bio-, Nano- und Gentechnik und ihre Folgen. In alternativen Zukunftsszenarien führt er uns in diesem Buch bis ins Jahr 2035 – und fordert uns auf, uns zu entscheiden, in welcher Welt wir in Zukunft leben wollen ...

Eine brillante und packende Analyse – zugleich ein Plädoyer für mehr ziviles Engagement.

P. Mooney
Next BANG!

Wie das riskante Spiel mit Megatechnologien unsere Existenz bedroht

317 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, 19,90 EUR, ISBN 978-3-86581-212-4
Erhältlich bei www.oekom.de, kontakt@oekom.de

Die guten Seiten der Zukunft 

E-Mail. Parallel ließen die Umweltverbände 93 Produkte von unabhängigen Labors analysieren. In vielen Produkten fanden sich hohe Konzentrationen von Weichmachern (Phthalaten). Eine Kosmetiktasche der Firma Carrefour enthielt drei gelistete besonders besorgniserregende Substanzen, darunter 8,7 Prozent Diethylhexylphthalat, das im Verdacht steht, die Gehirnentwicklung von Kindern zu stören, und hormonell wirksam ist. [jg]

- ▶ Sarah Haeuser, BUND, Tel. +49 (0)30 / 27586 463, E-Mail: sarah.haeuser@bund.net
- ▶ Report „The Fight to know“ (PDF, 28 S., 440 kB): www.kurzlink.de/fight-to-know

REACH-Registrierung

Unternehmen können mit Milde rechnen

■ „Außergewöhnliche Umstände“ können dazu führen, dass Chemieunternehmen die erste Frist bis Ende November bei der Umsetzung der EU-Chemikalienverordnung REACH nicht pünktlich einhalten müssen. Welche Umstände das sind, haben EU-Beamte und europäische Chemielobbyverbände festgelegt. Darunter fallen zum Beispiel die Änderung der Rechtspersönlichkeit eines Unternehmens, sodass Vorregistrierungen hinfällig geworden sind, oder Fehler bei der Registrierung des federführenden Registranten. Können die Unternehmen diese Fälle ausreichend begründen und reichen einen entsprechenden Antrag frühzeitig ein, kann die EU-Chemikalienbehörde ECHA einen Ermessensspielraum geltend machen oder den Unternehmen „einen transparenten Weg aufzeigen, ihren guten Willen unter Beweis zu stellen“.

Am 1. Dezember endet die erste Registrierungsfrist im Rahmen von REACH für

- ▶ Stoffe mit einer Jahresproduktionsmenge über 1.000 Tonnen,
- ▶ besonders gefährliche Chemikalien, die krebserregend, erbgutverändernd oder fortpflanzungsgefährdend sind, mit

einer Jahresproduktionsmenge über einer Tonne sowie

- ▶ umweltgefährliche Stoffe mit einer Jahresproduktionsmenge von mehr als 100 Tonnen.

Die Unternehmen hatten nach dem Inkrafttreten der Verordnung dreieinhalb Jahre Zeit, sich darauf einzustellen. Weitere Fristen sind der 1. Juni 2013 für alle anderen Chemikalien mit einer Jahresproduktionsmenge über 100 Tonnen und der 1. Juni 2018 für Stoffe mit einer Jahresproduktion über einer Tonne. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/echa-pr-2010

Konsultation Schwermetalle

Bald weniger Quecksilber?

■ Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) hat im Auftrag der EU-Kommission einen Vorschlag zur Reduzierung von Quecksilber in industriell und professionell genutzten Messgeräten vorgelegt. Ein weiterer Vorschlag, das gefährliche Schwermetall aus Produkten zu verbannen, kommt aus Norwegen. Hier geht es um fünf Substanzen auf der Basis von Phenylquecksilber, die als Reaktionsbeschleuniger (Katalysatoren) zum Beispiel in der Produktion von Polyurethanbeschichtungen, Klebstoffen oder Dichtungsmitteln genutzt werden. Bis zum 24. Dezember können Interessierte Kommentare zu beiden Vorschlägen einreichen. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/hg-konsultation

Feinstaub

EU-Kommission ermahnt Deutschland

■ Die Europäische Kommission hat Ende September blaue Briefe an Tschechien, Österreich, Polen, die Slowakei und Deutschland verschickt, weil diese Länder die EU-Luftreinhaltenormen nicht beachten. Nun haben die Regierungen zwei Monate Zeit,

eine begründete Stellungnahme an die Behörde zu schicken, sonst droht der Gang vor den Europäischen Gerichtshof.

Die Richtlinie 2008/50/EG über Luftqualität und saubere Luft für Europa schreibt vor, dass für Feinstaubpartikel bis zehn Mikrometer Größe (PM₁₀) bestimmte Grenzwerte eingehalten werden müssen. Die Bestimmung legt seit 2005 als Obergrenzen eine jährliche Konzentration von 40 Mikrometern pro Kubikmeter (µm/m³) sowie eine tägliche Konzentration von 50 µm/m³ fest, die nicht mehr als 35 Mal pro Kalenderjahr überschritten werden darf. Weil die EU-Mitglieder Schwierigkeiten hatten, diese Werte einzuhalten, gab es die Möglichkeit, unter bestimmten Umständen Fristverlängerungen bis Juni 2011 zu beantragen. Doch viele der Anträge fielen bei der EU-Kommission durch, weil die Maßnahmen der Mitgliedstaaten unzureichend waren.

Umweltorganisationen fordern die Einhaltung strenger Grenzwerte, da schlechte Luft in ganz Europa zu Umweltschäden und zahlreichen umweltbedingten Krankheiten führt. [jg]

- ▶ EU-Kommission: www.europa.eu/rapid (Reference: IP/10/1265)

Luftverschmutzung I

EU-Staaten schlampen bei Stickstoff, Schwefel & Co.

■ Rund die Hälfte aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union wird in diesem Jahr die Grenzwerte für bestimmte Luftschadstoffe nicht einhalten können. Das ist das Ergebnis des jährlichen Berichtes der Europäischen Umweltagentur (EEA) zur NEC-Richtlinie (2001/81/EG). Diese legt nationale Emissionshöchstmenge für die Luftschadstoffe Schwefeldioxid (SO₂), Stickstoffoxide (NO_x), Ammoniak (NH₃) und flüchtige organische Verbindungen (ohne Methan, NMVOC) fest. Doch elf Staaten werden beispielsweise die Grenzwerte für Stickstoffe nicht einhalten. Schlusslicht ist Irland mit einer ▶

Überschreitung um 47 Prozent, gefolgt von Belgien (43 Prozent) und Österreich (42 Prozent). Andere Staaten überschreiten die NO_x-Obergrenzen, allerdings um weniger als fünf Prozent. Deutschland hat neben dem Stickstoff- auch noch ein Ammoniakproblem und überschreitet beide Grenzwerte.

Eigentlich ist für die Richtlinie in diesem Jahr eine Revision vorgesehen, um neue Grenzwerte bis 2020 für die genannten NEC-Schadstoffe sowie auch für Feinstaubpartikel bis 2,5 Mikrometer Größe (PM_{2,5}) zu beschließen. Doch die EU-Kommission hat angekündigt, die Überarbeitung auf 2013 zu verschieben.

Die schwedische Umweltorganisation AirClim kritisierte die Verschiebung. Jüngste Analysen hätten ergeben, dass die in der thematischen Strategie zur Luftreinhaltung enthaltenen Umweltziele bis 2020 Kosten von etwa 1,4 Milliarden Euro verursachen dürften. Dies entspräche etwa 0,01 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der EU oder anders ausgedrückt: Für alle EU-BürgerInnen wären das nur 2,70 Euro pro Jahr. Studien vor zwei Jahren setzten laut AirClim auf der Nutzenseite für zu erwartende positive Gesundheits- und Umwelteffekte zwischen 22 und 70 Milliarden Euro pro Jahr an.

Auch andere Umweltorganisationen wie das Europäische Umweltbüro und die in der Kampagne „Rußfrei fürs Klima“ zusammengeschlossenen deutschen Organisationen NABU, BUND, DUH und VCD haben die Verspätung bei der Neuauflage von Grenzwerten kritisiert und der EU-Kommission vorgeworfen, die Gesundheit von Millionen Menschen unnötig aufs Spiel zu setzen.

Allein in Europa, so die Verbände, verursachten Luftschadstoffe jährlich fast eine halbe Million vorzeitige Todesfälle. Hinzu kämen Schäden durch Überdüngung, Übersäuerung und zu hohe Werte von bodennahem Ozon. [jg]

- ▶ AcidNews No. 3/2010: www.airclim.org
- ▶ www.eu-koordination.de (EU-News – 02.07.2010)
- ▶ EEA-Report: www.kurzlink.de/eea-nec-report2010
- ▶ www.russfrei-fuers-klima.de

Luftverschmutzung II

Neue Emissionsziele für 2020

■ Eine neue Studie auf der Grundlage von Kosten-Nutzen-Hochrechnungen im Computermodell zeigt erheblichen Spielraum für die zusätzliche Reduktion der Luftverschmutzung in Europa auf. Je nach Szenario könnte die Verringerung der vorzeitigen Todesfälle durch Luftverschmutzung um die Hälfte reduziert und die Zahl der vorzeitigen Tode durch Ozon um weitere 20 Prozent gesenkt werden, berichtet Christer Ågen in der Zeitung AcidNews. Bei den Verhandlungen zum Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung (CLRTAP) werden derzeit Optionen für eine Überarbeitung des 1999 in Göteborg verabschiedeten Multi-Schadstoff- und Multi-Effekt-Protokolls geprüft, das verbindliche nationale Emissionshöchst-mengen für vier Luftschadstoffe festlegt. Diese müssen bis 2010 erreicht sein – die EU hat diese Ziele mit der sogenannten NEC-Richtlinie rechtlich, aber noch nicht inhaltlich umgesetzt. Die Überarbeitung des Göteborg-Protokolls, einschließlich der Erweiterung seines Anwendungs-bereichs auf Feinstaub in der Größe von 2,5 Mikrometer, soll im Dezember 2011 abgeschlossen sein. Umweltverbände hoffen auf verbindliche neue, strengere nationale Emissionshöchst-mengen, die bis 2020 erreicht werden müssen. [jg]

- ▶ www.eu-koordination.de (EU-News – 07.10.2010)

Innenraumluftverschmutzung

Drinnen gesünder atmen

■ Auf einer Konferenz über Produktpolitik und Luftqualität in Innenräumen Ende September in Brüssel hat die belgische EU-Ratspräsidentschaft europaweite Regeln gefordert. Eine EU-Rahmenregelung müsse politische und technische Leitlinien beinhalten und die Bereiche Gesundheit, Umwelt, Forschung und Industrie umfassen, sagte der belgische Umweltminister Paul Maignette. Es müsse klar definiert

sein, wie die umweltbezogenen Gesundheitsziele des EU-Aktionsprogramms bis 2020 erreicht werden könnten, und was „gute Luft“ sei. Hierzu müsse die EU-Kommission ein Grünbuch vorlegen.

Verschiedene Mitgliedstaaten der EU stellten auf der Brüsseler Konferenz ihre Aktivitäten zur Verbesserung der Luft in Innenräumen vor. Ziel im Sinne eines gemeinsamen Binnenmarktes müsse sein, diese Einzelinitiativen zum Beispiel zur Kennzeichnung von Produkten zu vereinheitlichen, sagte Maignette. Die meisten EU-BürgerInnen verbrachten über 80 Prozent ihrer Zeit in geschlossenen Räumen, was beträchtlichen Einfluss auf die Gesundheit habe. [jg]

- ▶ Mitteilung der belgischen EU-Präsidentschaft: www.kurzlink.de/indoor-luftqualitaet

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Alternative Nobelpreise

Hohe Ehrung für Aktivisten gegen Energiekonzerne

■ Der auch als alternativer Nobelpreis bekannte Right Livelihood Award ist Ende September in Stockholm an zwei Umweltschützer aus Nigeria und Brasilien verliehen worden. Zwei weitere Preise erhielten die nepalesische Organisation Sappros, die sich für Armutsbekämpfung einsetzt, und die israelisch-palästinensische Organisation Ärzte für Menschenrechte.

Zu den ausgezeichneten Umweltschützern gehört Nnimmo Bassey, Gründer von Friends of the Earth Nigeria. Bassey setzt sich gegen die fortdauernde Verschmutzung des Nigerdeltas durch die dortige Ölförderung ein. Obwohl die Ölexporte einen großen Teil der nigerianischen Deviseneinnahmen erbringen, gehören die Bewohner des Deltas zu den ärmsten des Landes und leiden zusätzlich unter der Wasser- und Bodenverschmutzung durch Öl und der Luftverschmutzung durch das Abfackeln

von Erdgas. Einen Preis erhielt auch der brasilianische Bischof Erwin Kräutler, der sich seit seiner Priesterweihe 1965 für die Rechte indigener Völker und für den Erhalt ihrer Lebensräume engagiert. Zusammen mit Priesterkollegen konnte er 1988 durchsetzen, dass Indianer in Brasilien nicht länger als unmündig gelten, sondern Vollbürger sind. Durch sein Engagement gegen Großgrundbesitzer, Energiefirmen und Kraftwerksbauer ständig in Gefahr, kämpft Kräutler zurzeit gegen die Errichtung eines Wasserkraftwerkes am Amazonas-Nebenfluss Xingu, für das 30.000 Indigene umgesiedelt werden müssten und die Stadt Altamira zu einem Drittel in einem Stausee versinken würde.

Der Right Livelihood Award wird seit 1980 von der gleichnamigen Stiftung vergeben und soll Persönlichkeiten und Organisationen unterstützen, die Antworten auf drängende Fragen der Gegenwart geben. Damit grenzt sich der Preis vom Nobelpreis ab, der nach Ansicht der Stiftung vornehmlich die Interessen der reichen Welt widerspiegelt. [IK]

► www.rightlivelihood.org

Biokraftstoffe

Wunderpflanze Jatropha enttäuscht Erwartungen

Indische Bauern, Agrospritunternehmen und Experten haben sich enttäuscht über das Ausbleiben der erwarteten Jatrophaerträge gezeigt. Bis 2017 will das Land 13 Millionen Tonnen Biotreibstoffe aus dem als „Wunderpflanze“ beworbenen Strauch erzeugen und damit seine Abhängigkeit von importiertem Erdöl um 20 Prozent senken. Die geplante Menge würde das derzeitige Produktionsvolumen um das 30-Fache übersteigen. Experten sprechen jedoch nun von einem „Agrosprit-Flop“.

Da Jatropha auch auf wenig fruchtbaren Böden gedeiht, war eine Konkurrenz zum Lebensmittelanbau von vornherein ausgeschlossen worden. Laut einem staatlichen Bericht von 2003 sind 36 Millionen Hektar

in Indien für den Jatrophaanbau geeignet, wobei es sich größtenteils um ungenutztes öffentliches Land und Waldgebiete handelt. Aufgrund staatlicher Anreize pflanzten bereits 2006 zahlreiche Landwirte und Ölproduzenten Jatropha an, mussten aber erkennen, dass die Pflanze nur auf fruchtbarem, bewässertem und gedüngtem Land lohnenswerte Erträge bringt.

Nach Angaben von K. Koteswar Rao vom Agrospritunternehmen Nandan Agromatrix in Hyderabad benötigt ein ausgewachsener Jatrophastrauch von etwa drei Metern Höhe an trockenen Tagen bis zu zwei Liter Wasser. Außerdem seien für eine 50 Hektar große Plantage mindestens 200 Kilogramm Düngemittel erforderlich. Der Experte riet zu Mischkulturen, forderte aber auch, die Forschung an gentechnisch veränderten Jatrophasorten voranzutreiben. Nandan Agromatrix hält bereits internationale Patente für eine konventionelle Jatrophasorte, die besonders viel Öl hervorbringt.

Auch die Regierungen mehrerer indischer Bundesstaaten, die vor einigen Jahren intensiv für Jatropha warben, zeigten sich ernüchert. 2005 hatte sich der zentrale Bundesstaat Chhattisgarh zum Ziel gesetzt, Indiens Hauptanbauggebiet für Jatropha werden zu wollen. Die Agrospritbehörde hat seit 2007 jedoch keine Fortschritte auf dem Gebiet mehr bekannt gegeben.

Großinvestoren setzen dagegen weiter auf Jatropha. Umweltaktivisten werfen ihnen in diesem Zusammenhang zahlreiche Rechtsverletzungen vor. Vor allem in armen Landesteilen wie dem Bundesstaat Orissa hätten sich Unternehmer rücksichtslos Grundstücke angeeignet, kritisierte die Naturschutzorganisation Vasundhara. [IPS, mb]

► www.klimaretter.info/energie/hintergrund/6898
 ► www.vasundharaorissa.org

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: www.forumue.de (Rundbriefe)

KLIMA & ENERGIE

UN-Klimaverhandlungen

EU gibt Vorbildfunktion auf

■ Im Vorfeld der UN-Klimakonferenz Ende November in Cancún (Mexiko) hat EU-Klimaschutzkommissarin Connie Hedegaard erklärt, dass die EU keine Verpflichtungen zum Klimaschutz mehr eingehen werde, wenn andere Staaten nicht mitziehen. Wie Reuters berichtete, will die EU ein neues Klimaschutzabkommen nicht mehr automatisch unterschreiben. Um China, Indien oder Brasilien zu überzeugen, müssten vor allem die USA verbindliche Ziele zur Emissionsreduktion anstreben, sagte Hedegaard.

Beim Klimagipfel in Kopenhagen Ende 2009 war ein verbindliches Abkommen ausgeblieben. Allen voran weigerten sich die USA und China verbindlichen CO₂-

Werben Sie ... jetzt und hier!

Sie möchten im attraktiven redaktionellen Umfeld unserer Zeitschrift werblich vertreten sein? Andreas Hey unterbreitet Ihnen gerne individuelle Angebote für Ihre erfolgreiche Präsenz mit Anzeigen und Beilagen!

Sie erreichen uns unter

► hey@oekom.de
 ► Tel. +49/67 85/9 41-00 oder
 Fax +49/67 85/9 41-01.

Fordern Sie die aktuellen Mediadaten noch heute an – Sie finden sie auch im Internet unter

► www.oekom.de/zeitschriften/mediadaten.html



Verlagsbüro Andreas Hey
Am Hahn 1
55758 Hottenbach

Abbauzielen zuzustimmen. Auch die EU wollte ohne vergleichbare Zusagen anderer Länder ihr Klimaziel nicht von 20 auf 30 Prozent Treibhausgasreduktion gegenüber 1990 erhöhen. So konnte kein Nachfolgevertrag für das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll auf den Weg gebracht werden.

Die aktuelle Lage der Klimaverhandlungen nannte Hedegaard „sehr schwierig“. In Cancún verhandeln die 190 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen konkrete Maßnahmen zum Klimaschutz. [ej]

► www.unfccc.int/2860.php

Schifffahrt

Effizienzstandards versenkt

■ Das erste internationale Abkommen zur Senkung des CO₂-Ausstoßes von neuen Schiffen ist offenbar gescheitert. Einige Schwellenländer wie China, Indien, Brasilien und Südafrika lehnten im Oktober bei einem Treffen der Internationalen Seeschifffahrtsorganisation (IMO) in London einen Verordnungsentwurf ab. Dieser sah verbindliche Energieeffizienzstandards für neue Schiffe vor, die eine wichtige Rolle für die Reduzierung von Treibhausgasemissionen im Schiffsverkehr spielen. Die Länder begründeten ihr Nein damit, dass die geplanten Maßnahmen unterschiedslos für alle gegolten hätten. Sie plädieren für „differenzierte Verantwortlichkeiten“ gemäß der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC). Das widerspricht allerdings dem Gleichbehandlungsprinzip der IMO.

Der europäische Verkehrs- und Umweltverband Transport and Environment (T&E) sieht in der Ablehnung der Schwellenländer eine verpasste Chance. Von einem geringeren Energieverbrauch neuer Schiffe hätten schließlich alle Länder profitiert, so T&E. Mitte 2011 stehen sowohl die Maßnahmen für Energieeffizienz als auch die Emissionsreduzierung erneut auf der Tagesordnung der IMO. [mbu]

► IMO: www.imo.org

► T&E: www.transportenvironment.org

Treibhausgasemissionen

Europa erreicht vorfristig sein 20-Prozent-Klimaziel

■ Die Europäische Umweltagentur (EEA) hat bekannt gegeben, dass der Ausstoß von Treibhausgasen in der EU 2009 stark zurückgegangen ist. Neben Klimaschutzaktivitäten habe dabei auch die Rezession eine Rolle gespielt. Gegenüber 2008 reduzierten die 27 EU-Staaten ihre Emissionen um 6,9 Prozent. Damit sind sie mit einer Reduktion um 17,3 Prozent im Vergleich zu 1990 schon nahe an ihrem 20-Prozent-Ziel, das sie bis 2020 erreichen wollen. Die EU-Mitgliedstaaten vor der Osterweiterung, die EU-15, senkten ihre Emissionen im Vergleich zu 1990 um 12,9 Prozent. Laut EEA ging der Verbrauch von fossilen Brennstoffen um 5,5 Prozent zurück, wobei der Rückgang der Kohlenutzung um 12,7 Prozent den größten Beitrag dazu leistete. Gleichzeitig wurde die Nutzung erneuerbarer Energien ausgebaut und stieg um 8,3 Prozent an.

Da die EU ihr Klimaziel bereits jetzt fast erreicht hat, forderte der WWF, die Reduktion auf 30 Prozent in den eigenen Grenzen zu erhöhen. Mithilfe von Klimaschutzprojekten außerhalb Europas könne die EU insgesamt eine Reduktion der Treibhausgase um 40 Prozent erreichen. Damit würden besonders Deutschland, Frankreich, Polen und die Niederlande Kosten im Gesundheitsschutz sparen. Dies ergab eine Studie der Organisationen Health and Environment Alliance (HEAL) und Health Care Without Harm (HCWH). [jb]

► EEA-Mitteilung: www.kurzlink.de/meldungeea

► Studie: www.kurzlink.de/studiehcwhheal

Biokraftstoffe I

Bessere Methode soll Agrosprit nachhaltig machen

■ Das Consultingunternehmen Ecofys und die Naturschutzorganisationen WWF und Conservation International (CI) haben

Anfang Oktober ein Konzept vorgestellt, wie CO₂-Emissionen durch indirekte Veränderungen der Landnutzung reduziert werden sollen. Indirekte Landnutzungsänderungen können beispielsweise durch eine Beeinträchtigung der landwirtschaftlichen Erzeugung bei steigender Nachfrage nach nachwachsenden Rohstoffen auftreten. Ecofys, WWF und CI empfehlen drei Optionen, um die steigende Nachfrage nach Bioenergie auf nachhaltige Weise zu bedienen: So soll der Anbau nachwachsender Rohstoffe auf brachliegendes Land mit geringer Artenvielfalt ausgedehnt werden. Auf bestehenden Plantagen könne die Produktion durch Ertragssteigerungen ausgeweitet werden. Als dritte Möglichkeit soll die Produktion nachwachsender Rohstoffe in die Nahrungsmittelproduktion integriert werden. Die Maßnahmen sollen dazu beitragen, Verschiebungen in der bestehenden Nahrungsmittelproduktion und die damit verbundene Gefahr indirekter Landnutzungsveränderung einzudämmen.

In der Richtlinie zur Förderung erneuerbarer Energien hatte die EU zwar Kriterien zur nachhaltigen Nutzung von Biokraftstoffen festgelegt, die Auswirkungen indirekter Landnutzungsveränderungen jedoch nicht berücksichtigt. Die EU-Kommission diskutiert derzeit, wie die Auswirkungen indirekter Landnutzungsveränderungen durch die Biokraftstoffproduktion minimiert werden können. [ej]

► Konzept (PDF, engl.): www.kurzlink.de/rcameth

► Richtlinie: www.kurzlink.de/RL/2009/28/EG

Biokraftstoffe II

Umweltverbände klagen erneut gegen EU-Kommission

■ Die Umweltorganisationen ClientEarth, BirdLife, T&E und EEB haben im September vor dem Gericht der Europäischen Union Klage gegen die EU-Kommission eingereicht. Die Kläger werfen der Kommission vor, Dokumente über die negativen Auswirkungen der Nut-

zung von Biokraftstoffen zurückzuhalten. Das Internationale Forschungsinstitut für Agrar- und Ernährungspolitik IFPRI hatte im Auftrag der Kommission die Auswirkungen der Produktion von Biokraftstoffen auf die Landnutzung untersucht. Das Institut entwarf ein Szenario, bei dem 2020 sieben Prozent des Energiebedarfs des Verkehrssektors durch Biokraftstoffe gedeckt werden. Die Ergebnisse der Studie wurden jedoch nicht veröffentlicht.

Dies ist bereits die zweite Klage gegen die EU wegen mangelnder Transparenz in der Biokraftstoffpolitik. Die erste war am 8. März eingereicht worden. Damals hielt die Kommission zum ersten Mal negative Ergebnisse über Biokraftstoffe zurück. Inzwischen wurden Teile davon veröffentlicht. Das Verfahren läuft noch. [ej]

- ▶ Anklageschrift (PDF): www.kurzlink.de/klages
- ▶ Transparenz in der EU: www.ec.europa.eu/transparency

Strom

Neue Plattform will Europas Stromsektor umkrempeln

■ Die European Climate Foundation und die Stiftung Mercator haben Ende September in Berlin die Smart Energy for Europe Platform (SEFEP) gegründet. Die Stiftungen investieren dafür fünf Millionen Euro. Ziel der Plattform für Akteure aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik ist die Neugestaltung des Stromsektors und eine kohlenstofffreie Elektrizitätsversorgung bis 2050. So soll Europas Stromerzeugung unabhängig von fossilen Brennstoffen werden und flächendeckend von erneuerbaren Energien gespeist werden können. SEFEP will Investitionen in erneuerbare Energien und Stromnetze anregen, eine geeignete Netzinfrastruktur aufbauen und die erforderlichen politischen Rahmenbedingungen fördern. [ej]

- ▶ SEFEP, Geschäftsführerin Kristina Steenbock, Berlin, Tel. + 49 (0)30 / 767719452, E-Mail: info@sefep.eu, www.sefep.eu

Es gibt wieder eine Antiatombewegung, die den Namen verdient

Der „Atomkonsens“ hat die Energiefrage nur scheinbar gelöst. Endlagerpläne, Laufzeitverlängerung und Castortransporte bringen die Menschen wieder auf die Straße. Eine Entscheidung steht bevor, sagt Christina Albrecht von Robin Wood

Nachdem die Antiatombewegung in den 1980er- und 90er-Jahren eine Hochzeit erlebte, als über Atomkraft an Stammtischen diskutiert wurde und sich zahlreiche AKW-Gegner auf Konferenzen vernetzten, geriet das Thema um die Jahrtausendwende deutlich ins Hintertreffen. Ein wesentlicher Grund war der sogenannte Atomkonsens, den Rot-Grün im Jahr 2000 mit den Energiekonzernen vereinbarte. Dabei wurde unter anderem festgelegt, die Atomkraftwerke in Deutschland nach der Erzeugung festgelegter Strommengen abzuschalten. Es hagelte zwar Kritik an den Verträgen, denn die „Reststrommengen“ waren hoch, feste Abschaltzeitpunkte fehlten, die Sicherheitsfrage war in den Hintergrund gedrängt und die Endlagerfrage mitnichten gelöst worden. Dennoch: Ein Ende schien in Sicht. Viele Menschen atmeten auf und wandten sich anderen Themen zu.

In den Jahren 2008 und 2009 schreckten die Zustände im atommüllgefüllten Bergwerk Asse II zunächst die Bevölkerung vor Ort, dann auch Medien und Menschen allerorten auf. Als vor der Bundestagswahl im September 2009 das angekündigte Ende der Atomkraftnutzung infrage gestellt wurde, demonstrierten 50.000 Menschen in Berlin.

Dessen ungeachtet bekundete die neue schwarzgelbe Regierung in ihrem Koalitionsvertrag offen Sympathie für die weitere Atomkraftnutzung. Vielerorts wurden und werden seitdem Tatsachen geschaffen, die die Gefährdung durch Atomkraftnutzung noch erhöhen: Hermes-Kreditbürgschaften für Atomexporte sind wieder zulässig, Gorleben und Schacht Konrad sollen gegen alle geologischen Bedenken als Endlager in Betrieb gehen und für die nächsten Monate sind Transporte mit hoch radioaktivem Müll nach Ahaus, Gorleben und Lubmin geplant – von den immer maroder werdenden Meilern ganz abgesehen. Die Regierung verkauft ihren Kurs als notwendige „Brücke“ zur Vollversorgung mit erneuerbaren Energien. Alle seriösen Studien zur Zukunft der deutschen Energieversorgung haben dies widerlegt – zuletzt im Juni die Arbeit des Sachverständigenrates für Umweltfragen.

Im April demonstrierten 150.000 Menschen ihre Ablehnung gegenüber der hochriskanten Atomtechnologie. Die Geheimverträge vom September brachten erneut 100.000 Menschen mit ganz unterschiedlichem sozialem und politischem Hintergrund auf die Straße. Doch die Regierung stellt sich stur und will im Bundestag eine Laufzeitverlängerung um durchschnittlich zwölf Jahre verabschieden lassen. Ähnlich wie die Landesregierung in Stuttgart, übt sie sich im Schulterchluss mit der Großindustrie – gegen die Mehrheitsinteressen und selbst gegen zunehmende Bedenken in den eigenen Reihen.

Genau das aber könnte ihr zum Verhängnis werden. Denn überall entstehen neue, wendige Gruppen gegen Atomkraft. Viele Organisationen schließen sich den Protesten an. Gewerkschaften und Verbände der erneuerbaren Energien bangen um Arbeitsplätze und Gewinne, Kirchen sehen die Schöpfung in Gefahr. Erst am 23. Oktober hat der Castorstreckenaktionstag gezeigt, wie vielfältig und umfassend die Proteste geworden sind.

Es gibt wieder eine Antiatombewegung, die diese Bezeichnung verdient. Jetzt kommt es darauf an, die Breite des Protestes bis hinein ins konservative Spektrum auszubauen, ohne auf eine Zuspitzung der Auseinandersetzung zu verzichten. Es geht um die generelle Weichenstellung in der Energiepolitik. Die Voraussetzungen für einen echten Atomausstieg waren selten so gut wie heute. Aber um die Abschaltung jedes einzelnen Kraftwerks werden wir gemeinsam ringen müssen. Die Auseinandersetzungen am Rande des Castortransports Anfang November werden nicht viel mehr als eine erste Kraftprobe sein.

Die Architektin Christina Albrecht ist beim Umweltverband Robin Wood in Braunschweig und bei der AG Schacht Konrad aktiv.

**Kontakt: Tel. +49 (0)40 / 38089221,
E-Mail: braunschweig@robinwood.de,
www.robinwood.de/atomenergie**

Emissionshandel**EU droht Fluggesellschaften**

■ Luftverkehrsunternehmen, die sich ab 2012 nicht am Emissionshandel beteiligen, könnten auf europäischen Flughäfen bald Schwierigkeiten bekommen. Die EU-Kommission droht unwilligen Airlines mit einem Flug- und Landeverbot, betroffen wären auch Linien außerhalb der EU.

Die flugbedingten Treibhausgasemissionen haben von 1990 bis 2012 um mehr als 150 Prozent zugenommen. Insgesamt beträgt der Anteil des Flugverkehrs am menschengemachten Klimawandel acht Prozent. In den höheren Luftschichten wirken die Klimagase besonders stark. Im Emissionshandel müssten Fluggesellschaften ihre Emissionen senken oder CO₂-Zertifikate hinzukaufen. Die EU-Kommission schätzt, dass Tickets dann innerhalb der EU maximal neun Euro und Langstreckenflüge bis zu 40 Euro teurer würden. [sl]

- Bundesumweltministerium zu Flugverkehr und Klima (PDF): www.kurzlink.de/bmuflugverkehr

Erneuerbare Energien/EU**Nationale Pläne im Vergleich**

■ Die Europäische Umweltagentur (EEA) hat Mitte September auf der Grundlage der nationalen Aktionspläne für erneuerbare Energien eine Onlinedatenbank veröffentlicht. Die Mitgliedstaaten sind gemäß der Richtlinie zur Förderung erneuerbarer Energien aus dem Jahr 2009 verpflichtet, ihre Aktionspläne zur Erreichung des Erneuerbare-Energien-Ziels bei der EU-Kommission einzureichen. Bisher haben 19 Mitgliedstaaten ihre Pläne übermittelt. Das Energy Research Centre of the Netherlands (ECN) hat diese nun verglichen. Den Daten zufolge werden 45 Prozent der erneuerbaren Energien zur Stromerzeugung verwendet. Der Anteil von erneuerbaren Energien beim Heizen und Kühlen beträgt 43 Prozent. Davon entfallen vier Fünftel auf Biomasse. In den folgenden Wochen sollen auch die übrigen Mitgliedstaaten ihre Pläne übermitteln.

Auch der Umweltinformationsdienst ENDS Europe veröffentlichte Mitte September eine Analyse der nationalen Aktionspläne. Demnach werden voraussichtlich 17 der 19 Staaten ihr Ziel für 2020 erreichen. Jedoch bestehe vor allem im Heiz- und Kühlbereich noch Bedarf an zusätzlichen Maßnahmen. [ej]

- Datenbank: www.kurzlink.de/datenbanken
- ENDS: www.endsurope.com/docs/100930a.pdf

Energieeffizienz**EU könnte Sparziele verfehlen**

■ Einer Studie der European Climate Foundation (ECF) zufolge werden die derzeitigen EU-Richtlinien nicht ausreichen, um das von der EU selbst gesetzte Ziel einer Reduzierung des Energieverbrauchs um 20 Prozent gegenüber dem Trend bis 2020 zu erreichen. Nach den Prognosen müssten die derzeitigen Einsparungen verdreifacht werden, um die Effizienzziele zu erreichen. Dies, so ECF, sei nur durch sofortiges Handeln möglich. Insbesondere Endnutzer, also Haushalte, Industrie und Verkehr, hätten noch große Potenziale. Diese können vor allem mit strikteren Maßgaben und Richtlinien genutzt werden. Die Studie empfiehlt unter anderem, das Energieeffizienzziel in den Mitgliedstaaten gesetzlich zu verankern. [lk]

- ECF-Studie: www.kurzlink.de/studieecf

Erneuerbare Energien/regional**Kommunalentscheider sehen die Zukunft erneuerbar**

■ Ende September fand in Kassel der zweite Kongress „100 % Erneuerbare-Energie-Regionen“ statt. 750 Personen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung wurden dort zu der Zukunft regenerativer Energien in ihrer Region befragt. Dabei prognostizierten die Kommunen einen deutlich schnelleren Ausbau für erneuer-

bare Energien als die Bundesregierung.

Von 229 kommunalen Entscheidern nehmen fast drei Viertel an, dass die Stromversorgung ihrer Region bereits 2030 vollständig durch regenerative Energien gedeckt wird. Als größte Hindernisse für den weiteren Ausbau wurden die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke (78 Prozent), der fehlende politische Wille (76 Prozent) und der Neubau von Kohlekraftwerken (54 Prozent) angegeben. Nur 17 Prozent empfinden die vorhandenen technischen Lösungen als unzureichend. Auch zum Vorrang der Einspeisung regenerativer Energien fiel die Antwort klar aus: 91 Prozent der Befragten wollen, dass erneuerbare Energien bei der Netzeinspeisung dauerhaft bevorzugt werden. [ej]

- www.100-ee-kongress.de

Atommüll I**Grundwasser gefährdet**

■ Eine von Greenpeace in Auftrag gegebene Studie greift das wissenschaftliche Fundament der geplanten europäischen Atommülllagerungsrichtlinie an. Die Studie bezieht sich auf Aussagen der Gemeinsamen Forschungsstelle der EU-Kommission (JCR) und der europäischen Atommüllentsorgungsplattform (IGDTP), die in eigenen Studien einen wissenschaftlichen Konsens über die hohe Sicherheit der Tiefenlagerung von Atommüll feststellen wollen. Allerdings sind diese Untersuchungen nach Ansicht von Greenpeace durch eine mangelnde Kenntnisnahme des aktuellen Forschungsstands und unzureichende Quellenangaben charakterisiert. Die Greenpeace-Studie kommt nach einer Zusammenschau der Forschungsliteratur zu einem anderen Schluss: Es herrsche noch immer große Unkenntnis über die tatsächlichen Risiken der Tiefenlagerung, die durch die Multiplikation verschiedener, von Computerprogrammen nicht ausreichend erfassbaren Faktoren unkalkulierbar werde. Dadurch drohe als Konsequenz die radioaktive Kontamination von Grundwasser und Meeren über Jahrhunderte.

Wie der Umweltinformationsdienst ENDS berichtet, wies die Kommission die Kritik zurück und berief sich dabei auf die Begutachtung der JRC-Studie durch die Internationale Atomenergie Agentur. Während die Kommission einen Konsens über die Sicherheit der Tiefenlagerung weiter für erreichbar hält, lehnt Greenpeace einen solchen Konsens ab, da dieser auf Angaben der Atomlobby basiere und wissenschaftliche Forschung ignoriere. [am]

- „Rock Solid?“ Greenpeace-Studie (PDF, 300 kB): www.kurzlink.de/studiegreenpeace

Atom Müll II

EU-Kommission soll Richtlinie vorlegen

■ Eine große Mehrheit von VertreterInnen aus Industrie und Behörden hat in einer Konsultation der EU-Kommission eine verbindliche Regelung für Atom Müll befürwortet. Die Kommission kündigte für den Herbst einen Richtlinienvorschlag an.

Umweltverbände plädieren dafür, dass Atom Müllhändler ihre Aktivitäten unmittelbar gegenüber der Kommission offenlegen müssen. Behörden und Atom Müllproduzenten bevorzugen hingegen eine Berichterstattung gegenüber den nationalen Regierungen. Viele Nichtregierungsorganisationen lehnen eine geologische Tiefenlagerung ab. Ihrer Ansicht nach sollte die Forschung zu langfristigen Lageralternativen vorangetrieben werden. [sl]

- www.kurzlink.de/ergebkon

Energiepolitik

Kabinettschließt Energiekonzept

■ Anfang Oktober hat die Bundesregierung ihr Energiekonzept beschlossen. Danach sollen erneuerbare Energien ausgebaut und die Laufzeit von Atomkraftwer-

ken verlängert werden. Im Schnitt sollen die 17 deutschen AKWs zwölf Jahre länger am Netz sein. Die Laufzeitverlängerung soll durch Überarbeitung des Atomgesetzes geregelt werden. Gleichzeitig wurde der geplante Beschluss zum CCS-Gesetz über die CO₂-Abscheidung und -Speicherung verschoben.

Die Energieindustrie soll von den Gewinnen, die durch die verlängerten Laufzeiten entstehen, bis zu 30 Milliarden Euro an die Regierung abführen. Von diesem Betrag sollen der Bundeshaushalt und das marode Atomlager Asse saniert werden. Das restliche Geld werde für den Ausbau erneuerbarer Energien verwendet. Das Parlament muss den Novellen des Atomgesetzes noch zustimmen.

Opposition, Branchen und Umweltverbände kritisieren das Energiekonzept scharf. Vor allen zwölf AKW-Standorten und vor dem Bundestag protestierten UmweltaktivistInnen gegen den längeren Betrieb. Auch der Bundesverband Windenergie kündigte unverzüglich Proteste gegen den Beschluss an. Nach Ansicht des NABU ist die Bundesregierung mit dem neuen Konzept zur Energieversorgung gescheitert. Diese Politik zementiere die Marktmacht der Atomkonzerne auf Jahrzehnte und bremse gleichzeitig die notwendigen Anstrengungen, den Energiebedarf bis Mitte des Jahrhunderts zu halbieren und erneuerbare Energien naturverträglich auszubauen.

Ob der Bundesrat der Laufzeitverlängerung zustimmen muss, ist umstritten. In der Länderkammer hat Schwarz-Gelb keine Mehrheit. Die Opposition will vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Klage einlegen. Auch Greenpeace hat mit einer Klage gedroht und sich dazu mit AnwohnerInnen mehrerer Atomkraftwerke zusammengetan. Die Laufzeitverlängerung verletze das im Grundgesetz garantierte Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, so die Umweltorganisation. Weitere rechtliche Probleme seien die grundlegenden Sicherheitsmängel einiger deutscher AKWs und die noch immer nicht gelöste Frage nach der sicheren Endlagerung des Atom Mülls.

Zur gleichen Zeit stellte eine für das

Bundesumweltministerium durchgeführte Studie erhebliche Sicherheitsmängel im AKW Biblis B fest. In dem Gutachten, das vom Öko-Institut erstellt wurde, werden 80 Schwachstellen des AKW bestätigt. Nach dem zwischen der rot-grünen Regierung und den Energiekonzernen vereinbarten Konsens zum Atomausstieg hätte Biblis B dieses Jahr vom Netz gehen müssen. Durch die nun beschlossene Laufzeitverlängerung soll Biblis B jedoch noch acht weitere Jahre laufen. [ej]

- Energiekonzept: www.kurzlink.de/energiekonzept
- NABU-Kritik: www.kurzlink.de/nabuekon
- Öko-Institut: www.oeko.de/aktuelles/dok/1060

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Produktkennzeichnung

Energiesparlabel für Fernseher kommt

■ Nach einem Vorschlag der Europäischen Kommission sollen Kundinnen und Kunden künftig auf einem Etikett den Energieverbrauch eines neuen Fernsehers ablesen können. Ähnlich wie bei Kühlschränken und Waschmaschinen sollten die Hersteller ein Label auf die Geräte kleben, das den Stromverbrauch in die Klassen A (sparsam) bis G (hoher Verbrauch) unterteilt, hieß es Ende September in Brüssel.

Fernseher machen nach Berechnungen der Kommission heute fast zehn Prozent der Stromkosten eines durchschnittlichen Haushalts aus. Mit besonders sparsamen Geräten blieben demnach bis zu 35 Euro pro Jahr mehr in der Haushaltskasse. Wenn die Mitgliedstaaten und das Europaparlament dem Vorschlag zustimmen, könnte die Verordnung Ende 2011 in Kraft treten.

Die Kommission will auch die Kennzeichnung für Kühlschränke, Geschirrspüler und Waschmaschinen erneuern. Wegen des technischen Fortschritts werden nun

drei weitere Klassen eingeführt: A+, A++ und A+++ . Ein Kühlschrank der Spitzenklasse A+++ verbraucht 60 Prozent weniger Energie als ein Kühlschrank der bisherigen Kategorie A. Bei Geschirrspülern und Waschmaschinen können gut 30 Prozent Energie eingespart werden. [mbu]

- ▶ Weitere Informationen zu Energieeffizienz www.kurzlink.de/eu-energylabeling
- ▶ www.europa.eu/rapid (Reference: MEMO/10/451)

Lebensmittelzusätze

Gegen den Bluff mit Heilsversprechen

■ Die Europäische Kommission plant, eine Positivliste mit geprüften und erlaubten Gesundheitshinweisen auf Lebensmitteln zu veröffentlichen. Magnesium als „Medizin“ für die Muskeln, Kalzium für die Knochen – solche Hinweise finden Verbraucherinnen häufig auf Produkten, die sie zum Essen einkaufen. Ob das Versprechen, das die Hersteller mit ihren gesundheitsbezogenen Hinweisen geben, eine wissenschaftliche Grundlage hat oder irreführend ist, soll bis Mitte 2011 in der Liste nachzulesen sein. Die Gutachten erstellt die europäische Lebensmittelbehörde EFSA.

Die Liste soll zunächst Nahrungsbestandteile nicht botanischen Ursprungs enthalten. Bestandteile botanischen Ursprungs werden danach begutachtet. Ursprünglich sollte die Liste Anfang 2010 fertig sein, doch die Anzahl der Angaben, die geprüft werden mussten, war mit über 44.000 viel höher als erwartet. Außerdem hatten sich die Meldungen aus den Mitgliedstaaten an die Kommission verzögert. [mbu]

- ▶ EFSA zu Gesundheitshinweisen: www.kurzlink.de/efsa-healthclaims
- ▶ EU-Kommission zu Gesundheitshinweisen: www.kurzlink.de/ec-healthclaims
- ▶ EU-Verordnung über ernährungs- und gesundheitsbezogene Angaben: www.kurzlink.de/no1924/2006corr

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Agrarreform

Weichen stellen für 2014

■ Nach dem informellen Treffen der EU-Agrarminister im September geht der Kampf um die Brüsseler Zuschüsse für die Landwirtschaft weiter. In drei Jahren läuft die derzeitige EU-Finanzperiode aus. Mit etwa 56 Milliarden Euro im Jahr sind die Fördergelder für die Landwirtschaft der größte Posten im EU-Haushalt. Allein nach Deutschland fließen mehr als sechs Milliarden Euro jährlich. Diese Subventionen stehen im Rahmen der EU-Agrarreform auf dem Prüfstand.

Deutschland und Frankreich wollen die Zuschüsse in der jetzigen Höhe beibehalten und bekräftigten dies Mitte September in einem bilateralen Kooperationsvertrag. Großbritannien ist gegen die Subventionierung der Landwirtschaft. EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș will die Agrarreform bis Ende 2012 abgeschlossen haben. Dafür will er Mitte November einen Reformentwurf präsentieren. Im kommenden Sommer sollen dann dem EU-Parlament und dem Ministerrat konkrete Vorschläge vorliegen. Seit dem Lissabon-Vertrag dürfen die ParlamentarierInnen über agrarpolitische Themen mitbestimmen.

Umweltverbände fordern eine Agrarpolitik, die sich viel mehr als bisher am Gemeinwohl orientiert. Finanzielle Zuschüsse sollen nur noch die bäuerlichen Betriebe bekommen, die hohe Sozial- und Umweltstandards einhalten. [mbu]

- ▶ www.kurzlink.de/ec-capreform
- ▶ Positionspapier Verbändeplattform www.kurzlink.de/gapreform-verbaende

EU-Agrarpolitik

Saatgut bald mit Gentechnik?

■ Bei ihrer Konferenz im Oktober in Lübeck haben die Agrarminister der Bundesländer bekräftigt, dass sie weiter das System

der Direktzahlungen aus dem EU-Budget für die Landwirtschaft erhalten wollen. Neben der Agrarreform der Europäischen Union stand das Thema Saatgut und Gentechnik auf der Tagesordnung.

Die hessische und bayerische Landesregierung beantragten bis zu einem Schwellenwert von 0,1 Prozent gentechnische Verunreinigungen bei Saatgut, Futter- und Lebensmitteln zu erlauben. Wenn Produkte bis zu dieser Obergrenze genmodifizierte Bestandteile enthalten, sollen sie nach dem Willen Hessens das verbindliche Zertifikat „gentechnikfrei“ tragen.

Umwelt- und Erzeugerverbände lehnen einen Schwellenwert ab und fordern eine absolute Saatgutreinheit. Positiv bewerten sie, dass Saatgutunternehmen direkt daran beteiligt werden sollen, für Gentechnikfreiheit zu sorgen. Erfahrungen aus Österreich hätten gezeigt, dass dies zu weniger Kontaminationen führe, hieß es bei der Initiative Save our Seeds. [mbu]

- ▶ www.saveourseeds.org

Massentierhaltung

Fabrik für eine Million Hühner

■ Investoren in den Niederlanden haben einen Bauantrag über eine Anlage für eine Million Hühner und 30.000 Schweine gestellt. In dem 60 bis 80 Millionen Euro teuren Megabetrieb sollen Aufzucht und Schlachtung der Tiere unter einem Dach stattfinden. Außerdem wird eine Biogasanlage angeschlossen sein, in der aus den Exkrementen der Tiere Strom gewonnen werden soll.

Die Fabrik übertrifft in der Größe alle vergleichbaren Betriebe in Deutschland: Nach Informationen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) hält der größte Betrieb in Deutschland 900.000 Hühner.

Die Leitung nannte die Anlage besonders tierfreundlich, da, im Gegensatz zu anderen Betrieben, die Hühner nicht an verschiedenen Orten aufgezogen und geschlachtet werden, sodass sie weniger Stress durch den Transport ausgesetzt

seien. Die AbL kritisierte die in Anlagen solcher Größe vorherrschenden Haltungsbedingungen als „Tierquälerei“.

Sorge bereite zudem, dass Hühner und Schweine in einer Anlage gehalten werden sollen. Dies könne zur Kombination bestehender und zum Ausbruch von neuen Krankheiten führen. Der geplante Abstand von einem Kilometer zwischen Hühnern und Schweinen sei zu gering, da Keime bis zu drei Kilometer weit fliegen könnten. [IK]

► AbL, Hamm, Tel. +49 (0)2381 / 9053170, Fax 492221, E-Mail: info@abl-ev.de, www.abl-ev.de

Genpflanzenzulassung I

Genehmigung weiter strittig

■ Die Agrarminister der Europäischen Union haben sich bei ihrer Sitzung im September in Brüssel nicht darüber einigen können, wer künftig über den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen entscheiden soll. Im Juli hatte die EU-Kommission vorgeschlagen, dass künftig jedes Mitgliedsland selbst beschließen kann, ob genmodifizierte Sorten angepflanzt werden dürfen oder nicht. Bisher gilt, dass der Ministerrat eine Mehrheit für eine EU-weite Erlaubnis oder ein Verbot finden musste. Das gelang aber in den seltensten Fällen. Dann war es an der Kommission, über die Zulassung zu entscheiden.

Nach Angaben des Rates gibt es noch Unklarheiten über die Folgen nationaler Entscheidungen. Das betreffe mögliche Probleme mit dem EU-Binnenmarkt, aber auch potenzielle Konflikte mit der Welt handelsorganisation WTO. Daher wollen die Agrarminister den Kommissionsvorschlag rechtlich prüfen lassen. In den kommenden Monaten sei nicht mit einer Einigung zu rechnen. Auch der EU-Umweltministerrat konnte sich im Oktober nicht auf eine gemeinsame Regelung einigen. Zudem muss das Europaparlament gehört werden. Seit dem Lissabon-Vertrag dürfen die Abgeordneten auch in Agrarfragen mitentscheiden.

Greenpeace forderte, neue Zulassungen für Genpflanzen vorerst auszusetzen.

Entscheidend sei, völlige Klarheit über die möglichen Gefahren von gentechnisch veränderten Pflanzen zu haben. Der Kommissionsvorschlag dürfe nicht benutzt werden, um Widerstand gegen die Agrogentechnik auszuhebeln.

Beim Treffen des Agrarrates legte der für Gesundheit, Verbraucherschutz und Gentechnik zuständige EU-Kommissar John Dalli auch einen Bericht des Europäischen Büros für Koexistenz vor. Darin werden Mindestabstände empfohlen, um die Verunreinigung von konventionellem mit Gentechnikmais zu verringern. Damit eine gentechnische Verunreinigung unter dem Wert von 0,9 Prozent bleibt, schlagen die Autoren einen Abstand von 15 bis 50 Metern für die Erzeugung von Körnermais vor. Der Schwellenwert von 0,1 Prozent könnte mit Abständen von 105 bis 500 Metern erreicht werden. Der Bericht soll Mitgliedstaaten dabei unterstützen, geeignete Maßnahmen zur Koexistenz zu entwickeln und umzusetzen. [mbu]

► Hintergrundpapier des EU-Ministerrats zur Gentechnik: www.kurzlink.de/agrarrat-116680.pdf
► www.greenpeace.eu

Genpflanzenzulassung II

Amflora muss vor den Europäischen Gerichtshof

■ Weil die EU-Kommission den von der internationalen Organisation Aktion Gen-Klage eingelegten Widerspruch gegen die Zulassung der gentechnisch veränderten Kartoffelsorte Amflora im Sommer abgewiesen hat, sind nun weitere rechtliche Schritte möglich.

Die Initiative reichte im Oktober beim Allgemeinen Gericht des Europäischen Gerichtshofs Klage gegen die Genehmigung vom Amflora ein. Die Kläger sehen einen wesentlichen Verstoß gegen das europäische Recht unter anderem darin, dass die Genkartoffel Antibiotikaresistenz-Markergene enthält, die seit Längerem auf EU-Ebene verboten sind. Die EU-Länder Österreich, Luxemburg und Ungarn haben

inzwischen ebenfalls gegen Amflora geklagt.

Die Freisetzungsskandale von verbotenen Genkartoffeln im Sommer zeigten, dass die BASF nicht einmal den Anbau von Amflora im Griff habe, sagte die Sprecherin der Aktion Gen-Klage Christiane Lüst. Sie forderte einen Anbaustopp für Genpflanzen. [mbu]

► www.stopptgennahrungsmittel.de

Transparenz

EFSA-Topmitarbeiterin auch für Lebensmittellobby aktiv

■ Die für die Zulassung von Genpflanzen zuständige europäische Lebensmittelbehörde EFSA ist erneut in die Kritik geraten. Die Grünen im EU-Parlament haben Zweifel daran geäußert, dass die Genehmigungsanträge für genmodifizierte Organismen unabhängig geprüft werden. Denn die Vorsitzende des Verwaltungsrates der EFSA, Diána Bánáti, ist gleichzeitig im Vorstand des International Life Science Institut (ILSI), einer Lobbyorganisation der Lebensmittel- und Gentechnikindustrie.

Laut dem Abgeordneten der Grünen Martin Häusling vertritt das ILSI Firmen wie Monsanto, Syngenta, BASF, Dupont, Coca-Cola, Nestlé, Unilever und Danone. Die Grünen bezeichneten diese Doppelrolle als dubios und forderten den Rücktritt von Bánáti bei der EFSA. Bánáti hatte ihre hohe Position bei der ILSI bis zur Pressekonferenz der Grünen Ende September verschwiegen.

Seit Langem werfen Kritiker der EFSA vor, nicht unabhängig zu sein. Greenpeace Österreich forderte, eine unabhängige Lebensmittelbehörde zu schaffen, „die für die Sicherheit der Menschen arbeitet, nicht für sichere Umsätze der Gentechnikindustrie“. [mbu]

► International Life Science Institute: www.ilsa.org

► Greenpeace Österreich: www.greenpeace.at

► Martin Häusling: www.martin-haeusling.eu

Nachhaltigkeit

A-Z



F wie Forstethik

Die wachsenden Schutz- und Nutzungsansprüche an die Wälder der Welt werfen komplexe Probleme auf, die von der Forstwirtschaft alleine ebenso wenig gelöst werden können wie von der wissenschaftlichen Ökologie oder der Politik. Mit besonderem Augenmerk auf die Wälder des Ostseeraums diskutieren die Autoren ethische, ästhetische, philosophische und religionswissenschaftliche Aspekte einer natur- und humanverträglichen Waldbewirtschaftung.

A. Heling (Hrsg.)
Der Ostseeraum und seine Wälder
 Nachhaltigkeit im Zeichen
 des Klimawandels

Schriftenreihe der Sommeruniversität
 Ratzeburg Band 4
 287 Seiten, 24,90 EUR, mit vielen Bildern,
 ISBN 978-3-86581-206-3

Erhältlich bei
www.oekom.de
kontakt@oekom.de


 Die guten Seiten der Zukunft

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

EU-Biodiversitätspolitik I

Parlament will Artensterben bis spätestens 2020 stoppen

■ Das EU-Parlament hat im September eine Resolution zum Biodiversitätsschutz verabschiedet. Bis 2020 soll der Verlust der Biodiversität aufgehalten und wo das möglich ist, wiederhergestellt werden. Damit bestätigten die Abgeordneten eine Entscheidung des Europäischen Rates vom Frühjahr. Die Resolution ist rechtlich nicht bindend. Sie wurde aber als positives Signal im Vorfeld der UN-Konferenz zu biologischer Vielfalt gewertet, die im Oktober im japanischen Nagoya stattfand (Abschluss nach Redaktionsschluss). Die ParlamentarierInnen forderten, Biodiversitätsschutz in allen EU-Politikbereichen zu integrieren. Auch in den Politikbereichen Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Regional- und Kohäsionspolitik sowie Forschung und Entwicklung müsse die Erhaltung der Biodiversität beachtet werden. Nach Schätzungen verschiedener Studien könnten die durch Biodiversitätsverlust verursachten Kosten, die zurzeit bei etwa 50 Milliarden Euro pro Jahr liegen, bis 2050 etwa um den Faktor 280 ansteigen. Das entspräche rund sieben Prozent des Bruttoinlandprodukts. Die EU soll nach dem Willen des Parlaments international dafür kämpfen, den Biodiversitätsverlust aufzuhalten und die Millenniumsentwicklungsziele bis 2015 durchzusetzen. Dafür müssten die Regierungen das nötige Geld bereitstellen. [jg]

► www.kurzlink.de/ep-resolution-biodiv

EU-Biodiversitätspolitik II

2010, 2020, passe?

■ Die Europäische Umweltagentur (EEA) hat im Oktober einen Bericht zur Artenvielfalt in der EU veröffentlicht. Grundlage ist das Projekt Streamlining European

Biodiversity 2010 (SEBI 2010), das Indikatoren entwickeln soll, um den Fortschritt beim Erreichen des EU-Biodiversitätsziels zu messen. Der EEA-Bericht bewertet den Zustand der Biodiversität in Europa und gibt Empfehlungen für eine effektivere Politik. Dabei machen die Autoren deutlich, dass die EU nicht nur das 2010-Biodiversitätsziel, sondern auch alle folgenden Ziele verpassen wird, wenn das Umweltmanagement nicht von Grund auf geändert wird.

Bereits im September hatte die belgische EU-Ratspräsidentschaft in Gent eine Konferenz zu Biodiversität nach 2010 veranstaltet. Das Abschlussdokument, die „Botschaft aus Gent“, zeigt in sechs Punkten, welche Schritte zum Erhalt der Artenvielfalt unternommen werden müssen. [bv]

► EEA-Bericht: www.kurzlink.de/biodiv-in-europe

► Konferenz: www.kurzlink.de/biodiv-post2010

Biodiversitätsprogramme

Weltweiter Überblick

■ Die gemeinnützige US-Agentur Ecosystem Marketplace hat einen globalen Überblick über die Entwicklung von Biodiversitätsausgleichs- und Kompensationsprogrammen veröffentlicht. Gegliedert nach Kontinenten, schlüsselt der Bericht auf, wie viele Programme es in den unterschiedlichen Regionen gibt, wie viel Fläche geschützt ist, und wie viel Geld für Biodiversitätsprogramme zur Verfügung steht. Der Bericht analysiert die Charakteristika der verschiedenen Programme. [bv]

► Bericht „State of Biodiversity Markets“:
www.forest-trends.org/documents/files/doc_2411

Böden

Erste Erhebung europäischer Bodennutzungsdaten

■ Zum ersten Mal hat Eurostat, das statistische Amt der EU, im Oktober Angaben zur Bodenbedeckung und Boden-

nutzung in Europa veröffentlicht. Die Datengrundlage lieferte eine umfangreiche Landvermessung im Jahr 2009. Bei der Stichprobenerhebung LUCAS (Land Use/Cover Area frame Survey) wurde in 23 EU-Staaten der Boden vermessen und dabei die Art der Bodenbedeckung sowie die sozioökonomische Nutzung erfasst. Demnach werden 40 Prozent der Fläche von der Landwirtschaft genutzt, knapp 30 Prozent für forstwirtschaftliche Zwecke. Der Anteil der Bodennutzung für Wohnen, Gewerbe und Industrie liegt der Statistik zufolge bei zehn Prozent. Fast 40 Prozent der gesamten Fläche der EU sind von Wäldern und anderen Waldflächen bedeckt, ein Viertel von Äckern und ein Fünftel von Grünland. Künstlich angelegte Flächen – entweder für Gebäude oder Straßen und Bahnstrecken – machen laut Eurostat nur vier Prozent aus.

Die EU-Mitgliedstaaten unterscheiden sich in der Art der Bodennutzung und dem Bewuchs ihrer Landesfläche: So sind etwa Finnland, Schweden und Slowenien zu gut zwei Dritteln mit Wald bedeckt. Am meisten Ackerflächen weisen mit fast 50 Prozent Dänemark und Ungarn auf. Deutschland hat ein Drittel Agrarfläche. Spitzenreiter bei der Grünlandbedeckung ist Irland mit fast zwei Dritteln. [mbu]

► www.kurzlink.de/eurostatbodendeckung

Wolf

Berner Konvention hat wenig Freunde in Bern

■ Der Schweizer Nationalrat hat sich im September für eine Lockerung des Wolfsschutzes in der Schweiz ausgesprochen. Die Parlamentsabgeordneten fordern die Regierung auf, eine Änderung der Berner Konvention zu erwirken, damit der Wolf in der Schweiz bejagt werden darf. Anderenfalls solle die Schweiz aus dem internationalen Abkommen austreten. Naturschutzverbände protestierten. „Mit dieser Entscheidung wird der Artenschutz insgesamt infrage gestellt“, sagte Annette

Spangenberg von der Stiftung EuroNatur. „Welche Chancen haben Großsäuger zukünftig in Europa, wenn ein Land wie die Schweiz, das für Bär, Luchs und Wolf Zu- und Durchwanderungsgebiet ist, solche Entscheidungen fällt?“ [bv]

► EuroNatur, Radolfzell, Tel. +49 (0)7732 / 927224, E-Mail: info@euronatur.org, www.euronatur.org

Wildtierschutz

Zerschneiden vermeiden

■ In einem im Oktober veröffentlichten Handbuch zeigt die Naturschutzstiftung EuroNatur, wie sich die Landschaftszerschneidung oder zumindest deren negative Auswirkungen auf Wildtiere und ihre Lebensräume vermeiden lassen. Das Handbuch greift auf Erfahrungen aus Projekten in Polen, Kroatien und der Slowakei zurück und richtet sich sowohl an Naturschützer als auch an Straßenplaner und Straßenbauer. Es soll helfen, wirksame Maßnahmen gegen die Zerschneidung vor allem in Südosteuropa zu finden, umzusetzen und deren Erfolg zuverlässig zu überprüfen. [bv]

► EuroNatur, Radolfzell, Tel. +49 (0)7732 / 927210, E-Mail: info@euronatur.org; www.euronatur.org

Waldzertifizierung

Kleinwaldstandard für FSC

■ Der Forest Stewardship Council (FSC) hat seit Oktober einfachere Bewirtschaftungsregeln für Kleinprivatwälder. Waldbesitzer mit weniger als 100 Hektar Wald können sich nun nach dem neuen Kleinwaldstandard zertifizieren lassen. Konkret heißt das: weniger Anforderungen, weniger bürokratischer Aufwand und eine übersichtlichere Struktur. Dazu komme eine ganze Reihe von Merkblättern und Erläuterungen, die den Zugang zum Thema Waldzertifizierung erleichtern. [bv]

► www.fsc-deutschland.de/kleinwaldstandard

Ackerwildkrautschutz

Leitfaden für Landnutzer

■ Der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL) hat im September einen Leitfaden zum Schutz von Ackerwildkräutern veröffentlicht. Der Leitfaden umreißt den Ackerwildkrautschutz bis hin zur praktischen Bewirtschaftung anhand zahlreicher Beispiele und macht Vorschläge für eine langfristige Finanzierung. [bv]

► Bezug: DVL, Ansbach, Tel. +49 (0)981 / 4653-3540, E-Mail: bestellung@lpv.de, www.lpv.de

Nationalparke

Für bundesweites Programm

■ Der Deutsche Naturschutzring (DNR) hat im September von den Ministerpräsidenten der Bundesländer mehr Engagement für Nationalparke gefordert. Derzeit gibt es in Deutschland 14 Nationalparke mit einer Landfläche von insgesamt rund 960.000 Hektar. Das entspricht gut einem halben Prozent des Bundesgebietes. Nach Auffassung des DNR sollten es bundesweit 20 Nationalparke mit etwa zwei Prozent der Landfläche werden. DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen sieht einen Bedarf an neuen Nationalparks vor allem für die Buchen- und Mischwälder im fränkischen Steigerwald, im Pfälzerwald sowie im Nordschwarzwald. Als wertvolle und für die Unterschutzstellung im Nationalpark geeignete Moorlandschaften kommen für die im DNR vertretenen Umweltverbände die Lieberoser Heide in Brandenburg und als Fließgewässer und Auen das Peenetal in Vorpommern infrage. Notwendig sei dafür ein neues, zwischen Bund und Ländern abgestimmtes Nationalparkprogramm, sagte Röscheisen. Das komme auch den jährlich rund 50 Millionen BesucherInnen der Nationalparkregionen zugute. Laut einer Studie des Bundesamtes für Naturschutz schaffe dieser Besucherstrom über 69.000 Arbeitsplätze. [bv]

► DNR, Generalsekretär Dr. Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, www.dnr.de

STADT & REGION

Kommunale Energieversorgung**Dezentraler Strom bringt Milliarden Gewinne**

■ Der dezentrale Ausbau von erneuerbaren Energien bringt den deutschen Städten und Gemeinden bereits heute eine Wertschöpfung von 6,8 Milliarden Euro jährlich. Das hat das Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) in einer Studie festgestellt. Sonne, Wind, Biomasse und andere regenerative Energietechnologien brachten den kommunalen Kassen demnach 600 Millionen Euro im Jahr 2009. Diese Werte könnten bis 2020 „bei einem weiteren dynamischen Ausbau“ verdoppelt werden, so das Institut. Gerade der ländliche Raum würde von einem dezentralen Ausbau in der Energieversorgung profitieren.

Das IÖW hat in seiner Studie alle Wertschöpfungsschritte von der Anlagenproduktion über die Planung und Installation bis hin zu Betrieb und Wartung analysiert. Den Löwenanteil an der ermittelten Gesamtsumme hat die Fotovoltaik mit 36 Prozent oder 2,4 Milliarden Euro,

gefolgt von der Windkraft mit 30 Prozent oder 2,1 Milliarden Euro im Untersuchungsjahr 2009. [jg]

► Kommunale Wertschöpfung durch erneuerbare Energien: www.kurzlink.de/ioew-studie2010

TIERSCHUTZ & ETHIK

Tierversuche für Kosmetik**EU-Kommission will Aufschub**

■ Die Europäische Kommission will das für den 11. März 2013 angekündigte vollständige Verkaufsverbot für Kosmetika, deren Inhaltsstoffe an Tieren getestet wurden, auf unbestimmte Zeit verschieben. Das teilte die Organisation Ärzte gegen Tierversuche Anfang Oktober mit. Als Grund nannte die Kommission, dass es laut einem von ihr in Auftrag gegebenen Bericht nicht genügend tierversuchsfreie Alternativen gebe. Die Ärzteorganisation wirft der Kommission dagegen vor, viele tierversuchsfreie Tests gar nicht in die Auswahl einbezogen zu haben, und fordert, das Verkaufsverbot nicht zu verschieben.

Nach der EU-Kosmetikrichtlinie sind

Tierversuche für Kosmetika seit 2004 untersagt. Seit 2009 dürfen an Tieren getestete Kosmetikrohstoffe und -produkte auch dann nicht mehr verkauft werden, wenn keine tierversuchsfreie Methoden zur Verfügung stehen. Allerdings gibt es drei wichtige Ausnahmen, die laut Richtlinie bis zum 11. März 2013 gelten sollen. Die Europäische Koalition zur Beendigung von Tierversuchen (ECEAE) will nun im Rahmen der zurzeit stattfindenden öffentlichen Konsultation zeigen, dass der Bericht viele weit fortgeschrittene Alternativtests nicht genügend berücksichtigt hat. [mb]

► www.kurzlink.de/aegt-kosmetik

Tierversuche in der Medizin**Überflüssige Tests gestoppt**

■ Neue Arzneimittel müssen in Europa nicht mehr an zwei Tierarten auf akute Giftigkeit getestet werden. Die Europäische Arzneimittelagentur EMA ließ eine entsprechende Leitlinie fallen. Darüber informierte der Deutsche Tierschutzbund Ende September. Die Leitlinie von 1987 schrieb Tierversuche für jedes Arzneimittel vor, das zu einer klinischen Prüfung am Menschen zugelassen werden sollte. Der

UNDISZIPLINIERT!

FORSCHUNG OHNE FACHGRENZEN

GAIA – ÖKOLOGISCHE PERSPEKTIVEN
FÜR WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT

ist eine transdisziplinäre Zeitschrift für Wissenschaftler und
Wissenschaftsinteressierte, die sich mit Hintergründen, Analysen
und Lösungen von Umwelt- und Nachhaltigkeitsproblemen befassen.



oekom
verlag

Fordern Sie ein PROBE-ABO an! Infos unter www.oekom.de/gaia



GAIA
ÖKOLOGISCHE PERSPEKTIVEN FÜR
WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT
ECOLOGICAL PERSPECTIVES FOR
SCIENCE AND SOCIETY
3 | 2010

IDENTITÄT UND REGIONALENTWICKLUNG
THE IDEA OF CLIMATE CHANGE
BIODIVERSITY

„akute“ oder „Einzeldosis-Giftigkeitstest“ gilt als besonders schmerzhafter und tierquälerischer Versuch. Nach Angaben des Tierschutzbundes wurden dabei seit 2003 in Europa rund 340.000 Tiere getötet.

Während das internationale Gremium der Zulassungsbehörden ICH, deren Leitlinien Vorrang haben, schon seit mehr als zehn Jahren auf den Test verzichtet, gingen europäische Hersteller davon aus, die Versuche seien weiter vorgeschrieben. Die EMA korrigierte diesen Irrtum nun nach anhaltendem Druck von Tierschützern.

Der Deutsche Tierschutzbund forderte, jetzt das Genehmigungsverfahren für Tierversuche zu verschärfen und dabei „auf wissenschaftlich fragwürdige und ethisch nicht vertretbare Tierversuche zu verzichten“.

[mb]

- ▶ www.ema.europa.eu
- ▶ Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-0, Fax -41, www.tierschutzbund.de

Tierversuchsstistik

EU „verbraucht“ zwölf Millionen Tiere

■ Anfang Oktober hat die EU-Kommission die Tierversuchszahlen für 2008 veröffentlicht. Danach wurden EU-weit fast zwölf Millionen Versuchstiere getötet, kaum weniger als 2005, als die letzte Zählung 12,1 Millionen Tiere ergeben hatte. Tierschutzverbände in der Europäischen Koalition zur Beendigung von Tierversuchen (ECEAE) reagierten empört. Deutschland liegt nach Frankreich und Großbritannien auf dem dritten Platz unter den 27 EU-Staaten. Die drei Länder verbrauchten allein 55 Prozent aller Versuchstiere. Angestiegen sind die Versuchszahlen laut ECEAE in Deutschland, Österreich, Estland, Irland, Portugal und Spanien.

Für Deutschland hat das Bundesverbraucherministerium Ende September bereits die Zahlen für 2009 veröffentlicht. Sie zeigen gegenüber 2008 einen weiteren Anstieg um 3,5 Prozent auf insgesamt 2,8 Millionen verbrauchter Tiere. Wesent-

lich größer war die Zunahme bei den besonders umstrittenen Versuchen mit Affen (33 Prozent) und gentechnisch veränderten Tieren (13 Prozent). Tierschutzverbände und die Grünen sprachen von einem politischen Skandal. Der Deutsche Tierschutzbund forderte, bei der Umsetzung der EU-Versuchstierrichtlinie „massiv die Abkehr von Tierversuchen einzuleiten“. Solange Tierversuche erlaubt seien, müsse es ein eigenes Labortiergesetz und ein Verbot von Affenversuchen geben. [mb]

- ▶ EU-Report: www.kurzlink.de/eu-labanimals08
- ▶ ECEAE: www.de.eceae.org/press.php?p=608
- ▶ Deutschland: www.tierschutzbund.de/4166.html

Tierheime

Tierschutzdemonstration vor dem Bundesrat

■ Mit einer Demonstration vor dem Bundesrat in Berlin hat der Deutsche Tierschutzbund Ende September an Kommunen, Länder und Bund appelliert, die Tierheime stärker zu unterstützen. Mehrere Hundert VertreterInnen der Mitgliedsvereine und der angeschlossenen Tierheime aus dem gesamten Bundesgebiet nahmen teil.

Der Verband, der auch Dachverband der Tierheime in Deutschland ist, will eine bundeseinheitliche Rahmenregelung für die Fundtierkostenerstattung erreichen, um die immer prekärer werdende Lage der Tierheime dauerhaft zu stabilisieren. Wo Tierheime öffentliche Aufgaben wie die Fundtierbetreuung übernehmen, müsse die öffentliche Hand auch kostendeckende Zuschüsse zahlen, forderte der Präsident des Tierschutzbundes Wolfgang Apel. Die Folgen der Finanzkrise, aber auch Regelungen wie die Hundeverordnungen der Länder hätten viele Tierheime vor existenzielle Probleme gestellt.

Zurzeit werden in deutschen Tierheimen 90.000 Tiere durch meist ehrenamtliche HelferInnen betreut. [mb]

- ▶ Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-0, Fax -41, www.rettet-die-tierheime.de

Pferde

Brandzeichen bald verboten

■ Mitte Oktober hat der Bundesrat einem Antrag von Rheinland-Pfalz für ein Verbot des sogenannten Schenkelbrandes bei Pferden zugestimmt. Das Bundeslandwirtschaftsministerium teilte mit, dass es die Entscheidung des Bundesrats unterstütze und diese umsetzen werde.

In der EU gilt seit Juli 2009 eine Kennzeichnungspflicht für Pferde mittels Mikrochip. Trotzdem wurde die von Tierschützern kritisierte Praxis des Brennens in Deutschland weitergeführt. Während das „Chippen“ eine eindeutige Identifikation ermögliche, hätten Brandzeichen nur einen Werbezweck für die Züchter, kritisierte der Deutsche Tierschutzbund. In Dänemark und Schottland seien Brandzeichen bereits verboten. [lk]

- ▶ www.tierschutzbund.de

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

Deutscher Naturschutztag 2010

Naturschützer wollen Regeln für Moore, Meere und Märkte

■ „Dringenden Handlungsbedarf in fünf Bereichen“ haben Naturschutzfachleute der Politik attestiert. Mit einem Forderungskatalog endete Anfang Oktober der 30. Deutschen Naturschutztag (DNT) in Stralsund. Die rund 600 TeilnehmerInnen der alle zwei Jahre stattfindenden Fachtagung forderten unter anderem besseren Schutz für Flusslandschaften und Moore sowie für Meere und Küsten. Auch in den Bereichen Erweiterung ökologischer Netzwerke, Förderung nachhaltiger Landnutzung sowie ökonomische Leistungen der Natur müsse schnell gehandelt werden. So müssten beispielsweise Moorschutzprogramme etabliert, der Raubbau in den Meeren gestoppt und natürliche Lebensräume in einer „europäischen grünen

Infrastruktur“ besser vernetzt werden. In Deutschland müssten hierfür zehn Prozent der Landfläche in einem länderübergreifenden Biotopverbundsystem gesichert werden.

Der DNT-Katalog enthält außerdem die Forderung nach einer ökologischen Neuausrichtung der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik ab 2014 sowie nach einer zügigen Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt, wonach fünf Prozent der Wälder einer natürlichen Waldentwicklung zu überlassen sind. Der Wert von Ökosystemleistungen und der biologischen Vielfalt müsse außerdem stärker als bisher erfasst werden. Dies gelte insbesondere für die Berücksichtigung in den gesamtwirtschaftlichen Bilanzierungen. Der Erhalt und der pflegliche Umgang mit Natur müsse zudem durch ökonomische Anreize honoriert werden. [jg]

- www.deutscher-naturschutztag.de
- Deutscher Naturschutzring (DNR), Helga Inden-Heinrich, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: helga.inden-heinrich@dnr.de, www.dnr.de

Nachhaltigkeitsstrategie

Regierung dialogbereit

■ Noch bis zum 14. November können sich Interessierte im Internet an der öffentlichen Debatte über die Fortführung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie (NHS) der Bundesregierung beteiligen. Wo steht unser Land auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit? Was ist wichtig für die Zukunft? Welche weiteren Schritte sind nötig? So lauten die wichtigsten Fragen. Die Onlinediskussionen sind thematisch in elf Foren strukturiert, darunter Klima/Energie, Verkehr, Gesundheit sowie natürliche Ressourcen und Armut. Schwerpunkte sind die Themen Wasser und nachhaltiges Wirtschaften.

„Die Bundesministerien werten alle Stellungnahmen der Bürgerinnen und Bürger aus“, verspricht die Bundesregierung in ihrer Aufforderung zum Bürgerdialog. Eine zweite Phase der Beteiligung soll im Sommer 2011 starten, wenn die Regierung

ihren Entwurf zum NHS-Fortschrittsbericht veröffentlicht hat. Anfang 2012 soll der Bericht vom Kabinett beschlossen werden und dann auch als deutscher Beitrag für die im selben Jahr in Brasilien stattfindende UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung „Rio+20“ dienen. [jg]

- www.dialog-nachhaltigkeit.de

Transparenz

EU hält sich nicht an die eigenen Regeln

■ Ausgerechnet während der Überarbeitung der Regelungen für bessere Transparenz hat der EU-Ministerrat die Herausgabe eines Schlüsseldokumentes verweigert. Die Umweltrechtsorganisation Client Earth hält diesen Mangel an Transparenz inzwischen für „endemisch“ bei den EU-Institutionen und kritisiert gleichzeitig den von der EU-Kommission vorgelegten Vorschlag, den Zugang zu Dokumenten für die Öffentlichkeit zu begrenzen. Client Earth hat deshalb Klage erhoben.

Parallel läuft eine zweite Klage gegen die EU-Kommission, weil diese Dokumente über die negativen Klimaauswirkungen durch die Nutzung von Biokraftstoffen zurückgehalten habe (siehe S. 14). [jg]

- Client Earth, Katherine Sladden, London, Tel. +44 (0)203 / 0305954, E-Mail: ksladden@clientearth.org, www.clientearth.org

Langfristige EU-Umweltpolitik

Kommt ein siebtes Umweltaktionsprogramm?

■ Über die mögliche Fortsetzung der langfristigen Umweltpolitik wird in Brüssel zurzeit kontrovers diskutiert. Auf einer vom Europäischen Umweltbüro (EEB) organisierten Konferenz Anfang Oktober in Brüssel ging es um die Entwicklung eines Nachfolgeprogramms für das 2012 auslau-

fende sechste Umweltaktionsprogramm (UAP).

Die Direktorin der Europäischen Umweltagentur (EEA) Jacqueline McGlade machte deutlich, dass es angesichts der Daten über den Zustand der Umwelt einen „integrierenden Strang“ für die europäische Umweltpolitik geben müsse. Das EEB forderte eine Fortsetzung der seit 1979 erarbeiteten Umweltaktionsprogramme. Unterstützung für die Erarbeitung eines neuen UAP signalisierten SprecherInnen der aktuellen belgischen EU-Ratspräsidentschaft und der folgenden polnischen und dänischen Präsidentschaften sowie der Vorsitzende des Umweltausschusses im Europäischen Parlament, Jo Leinen.

Die anwesenden Vertreter der Generaldirektionen Umwelt und Klima der EU-Kommission äußerten sich jedoch sehr zurückhaltend und betonten, dass das sechste UAP zunächst evaluiert werden müsse, bevor man eine Entscheidung über ein mögliches siebtes UAP treffe. Das EEB befürchtet jedoch, dass die Evaluierung so lange dauern wird, dass ein neues UAP nicht vor Auslaufen des aktuellen in Kraft treten könnte. [am]

- DNR, EU-Koordination, Antje Mensen, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177586, E-Mail: antje.mensen@dnr.de, www.eu-koordination.de
- Position des EEB zum 7. UAP (englisch): www.kurzlink.de/eebposition7uap

Umweltkriminalität

Kongress gegen Ökogangster

■ Über die Möglichkeiten, Umweltkriminalität besser zu bekämpfen, haben Mitte September etwa 200 ExpertInnen aus Behörden, Wissenschaft und der Zivilgesellschaft im französischen Lyon debattiert. Die Tagung der Internationalen kriminalpolizeilichen Organisation (IKPO oder Interpol) beschäftigte sich unter anderem mit der Ölkatastrophe der Deepwater Horizon, dem Export von Elektroschrott, der illegalen Fischerei sowie der unerlaubten Ausbeutung von natürlichen Ressourcen. Ziel war eine bessere Vernetzung der Ak-

„Als wäre der Wald daran schuld, dass wir so viel Energie und Rohstoffe verbrauchen“

Was haben Umweltaktive in der Hand, wenn ein Ministerium sich gegen die Verbändebeteiligung sträubt? Die Entstehung der Waldstrategie zeigt, wie Umweltverbände an Informationen kommen – oder auch nicht. László Maráz vom Forum Umwelt und Entwicklung berichtet von einer Odyssee in Sachen Forstwirtschaft und Recht auf Akteneinsicht.

umwelt aktuell: Herr Maráz, Sie haben beim Bundeslandwirtschaftsministerium das Recht auf Akteneinsicht durchgesetzt. Worum ging es?

László Maráz: Es ging um die sogenannte Waldstrategie 2020. Das Ministerium will zum Internationalen Jahr der Wälder eine eigene Waldpolitik-Strategie präsentieren. Deshalb hatte es Ende 2008 alle Waldakteure eingeladen, sich in die Strategie einzubringen. Auf drei Waldsymposien wurden Fachreferate aus verschiedenen Richtungen – vor allem Holzwirtschaft, Forstwirtschaft, Umweltschutz – diskutiert. Deren Ergebnisse sollten in die Waldstrategie mit einfließen. Aber dann hörten wir nichts mehr aus dem Ministerium.

Wie kam es, dass Sie so „aufdringlich“ wurden?

Wir, das heißt, die Umweltverbände, hatten von Beginn an betont, dass eine solche Strategie alle wichtigen Probleme analysieren und dann Lösungsmöglichkeiten entwickeln und umsetzen muss. Als das Ganze unserem Eindruck nach zu sehr auf die Holzproduktion zugeschnitten wurde, schrieben fünf Verbände – DNR, BUND, NABU, WWF und Greenpeace – im letzten Sommer einen Brief an Bundesministerin Ilse Aigner. Darin forderten wir ein transparentes Verfahren und die Beteiligung aller gesellschaftlicher Gruppen. Inhaltlich hätten wir zum Beispiel gern eine Analyse der wirtschaftlichen Schäden, die durch überhöhte Bestände an Schalenwild wie Rehen, Hirschen und Gämsen im Wald verursacht werden. Die Schäden dürften jährlich in die Hunderte von Millionen Euro gehen, wenn man bedenkt, dass Holzentwertung, Zaunbau- und Pflanzkosten, Verluste an Holzzuwachs und ökologische Schäden durch das Fehlen wertvoller Laubbaum-, Strauch- und Krautarten entstehen. Ich hatte mehrmals um Informationen gebeten, Fragen gestellt. Aber das Ministerium antwortete einfach nicht. Mit der Methode wird man viele unangenehme Fragesteller los – aber mich nicht.

Wie läuft so eine Akteneinsicht ab?

Ich habe die Behörde angeschrieben und darum gebeten, die Akten einsehen zu können. Nach dem Informationsfreiheitsgesetz darf das jeder. Man braucht nicht einmal einen Grund anzugeben. Lehnt

die Behörde ab, legt man Widerspruch ein, vor allem wenn der Grund für die Ablehnung fadenscheinig ist. In meinem Fall hieß es, dass es sich um eine Regierungstätigkeit handle. Diese häufigste Begründung ist aber in den meisten Fällen nicht stichhaltig. Um sicherzugehen, habe ich dem Büro des Bundesbeauftragten für Informationsfreiheit den Fall geschildert und um Unterstützung gebeten. Nach langer Prüfung wurde mir bestätigt, dass ich die Akten einsehen darf. Bis zuletzt wollte das Ministerium eine Akteneinsicht erschweren, was einen natürlich noch neugieriger macht. Es kann sein, dass man für Unkosten bezahlen muss, die dabei entstehen. Aber man darf Kopien der Akten machen. Ich habe in diesem Fall Hunderte Seiten ab fotografiert.

Muss ein Ministerium nicht sowieso die Meinungen aller Seiten berücksichtigen?

Natürlich muss sich das Ministerium besonders um die Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft kümmern, doch es darf nicht zur Lobbyorganisation mutieren. Zu diesem Eindruck muss man aber kommen, wenn man die Verlautbarungen dieses Hauses liest. Da wird von „überzogenen“ oder „pauschalen“ Forderungen nach mehr Schutzgebieten im Wald gesprochen, obwohl das Kabinett im November 2007 einstimmig die Nationale Strategie zur Biologischen Vielfalt beschlossen hat. Darin ist das Ziel festgeschrieben, bis zum Jahr 2020 fünf Prozent der Waldfläche unter Schutz zu stellen, und zwar frei von forstlichen Eingriffen. Ein Ministerium sollte doch nicht gegen Strategien arbeiten, die die eigene Regierung beschlossen hat. Und die Umweltverbände müssen auch beteiligt werden. Die Forst- und Holzwirtschaft und die Jagdverbände werden ja auch gefragt. Wer Akzeptanz will, muss sich um Mehrheiten bemühen. Außerdem vertreten Umweltverbände im Rahmen ihrer Gemeinnützigkeit auch die Interessen der Steuerzahler.

Was steht denn nun in der Waldstrategie?

Eine Strategie kann man das nicht nennen. Dazu wären fachlich fundierte Analysen nötig gewesen, die auch von kritischen Akteuren akzeptiert sind. Im Wesentlichen handelt es sich um einen Plan zur Stei-

gerung der Holzherzeugung. Das war von Beginn an die Absicht, und alle Fachdiskussionen der drei Waldsymposien haben nichts daran geändert. Der Wald soll seinen Beitrag leisten, um den Klimawandel und die Rohstoffknappheit zu bekämpfen. Ganz so, als ob der Wald daran schuld wäre, dass wir so viel Energie und Rohstoffe verbrauchen und verschwenden. Nichts dagegen, dass man die vorhandenen Potenziale optimal nutzt, doch auch der Rohstoff Holz wächst nicht unbegrenzt schnell nach und jede Übernutzung ist für andere Belange nachteilig. Diese sogenannte Waldstrategie 2020 ist nichts anderes als eine unkritische Fortführung der Wachstumsideologie. Wann sie veröffentlicht wird, weiß niemand, offiziell haben bislang nicht einmal die anderen Bundesministerien einen Entwurf erhalten. Ich habe nun aber Entwürfe vom Sommer 2010 an einige Akteure geschickt.

Lohnt es sich überhaupt, so unbequem zu sein?

Recht bekommen Umweltverbände ja meist nur, wenn sie es sich erstreiten. Als Wissenschaftler und Umweltverbände in den Achtzigerjahren auf das Waldsterben hinwiesen, wurden sie belächelt. Doch als die Proteste lauter wurden, hat die Politik reagiert. Heute ist die Rauchgasentschwefelung Standard und inzwischen sind die Schwefeldioxidemissionen um mehr als 95 Prozent geringer als damals, eine wichtige Ursache des sauren Regens wurde fast komplett abgestellt. Davon hat vor allem die Weißtanne profitiert. Natürlich gibt es noch andere Probleme: die hohen Stickstoffeinträge durch Landwirtschaft und Verkehr und die Kohlendioxidemissionen. Aber das Beispiel macht Mut, und es gibt noch viel zu tun.

[Interview: Juliane Grüning]

Der Forstwirt und Experte für nachhaltige Biomasse László Maráz koordiniert die AG Wald im Forum Umwelt und Entwicklung.

Kontakt: Tel. +49 (0)30/6781775-89, E-Mail: maraz@forumue.de, www.forumue.de



tivitäten einschließlich der europäischen Ebene.

Auch Umweltorganisationen nahmen teil. Greenpeace berichtete über den Kampf gegen illegalen Holzeinschlag in Brasilien, eine Sprecherin von Friends of the Earth hielt einen Vortrag über die Rolle der Wallstreet bei Betrugereien im CO₂-Emissionshandel. Der International Fund for Animal Welfare (IFAW) berichtete über illegalen Handel mit gefährdeten Tierarten. Die Vorträge sind im Internet nachzulesen. [jg]

- www.kurzlink.de/interpol-konf-2010

VERKEHR & TOURISMUS

Abgasnormen I

Mehr CO₂-Ausstoß für Kleinlaster erlaubt

■ Die Kohlendioxidemissionen für leichte Nutzfahrzeuge sollen bis 2020 auf 140 Gramm pro Kilometer gesenkt werden. Das beschloss der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments Ende September. Das ist weniger Ausstoß, als der Industrieausschuss im Juli (150 g/km), aber mehr, als die EU-Kommission im vergangenen Jahr (135 g/km) vorgeschlagen hatte.

Ökologische Verkehrsverbände wie Transport and Environment (T&E) in Brüssel oder der Verkehrsclub Deutschland (VCD) kritisierten die geplanten

CO₂-Grenzwerte für Kleinlaster und Transporter. Der Umweltausschuss habe bereits schwache Vorschläge noch einmal abgeschwächt, hieß es bei T&E. Das seien die falschen Signale für den Markt. Der VCD monierte, das Votum des Umweltausschusses gehe zulasten der Gewerbetreibenden und der Umwelt. Das Parlamentsplenium wird im November über den Kompromissvorschlag abstimmen. [mbu]

- Umweltausschuss zu Abgasnormen: www.kurzlink.de/envi-kleinlaster
- T&E, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 8930841, E-Mail: info@transportenvironment.org, www.transportenvironment.org
- Verkehrsclub Deutschland (VCD), Berlin, Tel. +49 (0)30 / 280351-0, Fax -10, E-Mail: mail@vcd.org, www.vcd.org

Abgasnormen II

Motorräder sollen sauberer fahren

■ Die Europäische Kommission will Emissionsstandards für Motorräder und Mopeds einführen. Im Oktober veröffentlichte sie einen entsprechenden Verordnungsentwurf. Mit Verschmutzungsstandards für neue Fahrzeuge soll der CO₂-Ausstoß von Motorrädern gesenkt werden. Der Anteil der von Krafrädern verursachten Emissionen soll damit zumindest auf dem derzeitigen Niveau gehalten werden. Außerdem sollen bessere Sicherheitsstandards für neu gebaute Fahrzeuge festgelegt werden, um die hohen Verletzungszahlen bei Motorradunfällen zu minimieren. 2014

soll die Verordnung in Kraft treten. Anschließend sollen die Standards alle drei Jahre verschärft werden. [ej]

- Verordnungsentwurf und Folgenabschätzung: www.ec.europa.eu/enterprise/sectors/automotive/documents/proposals

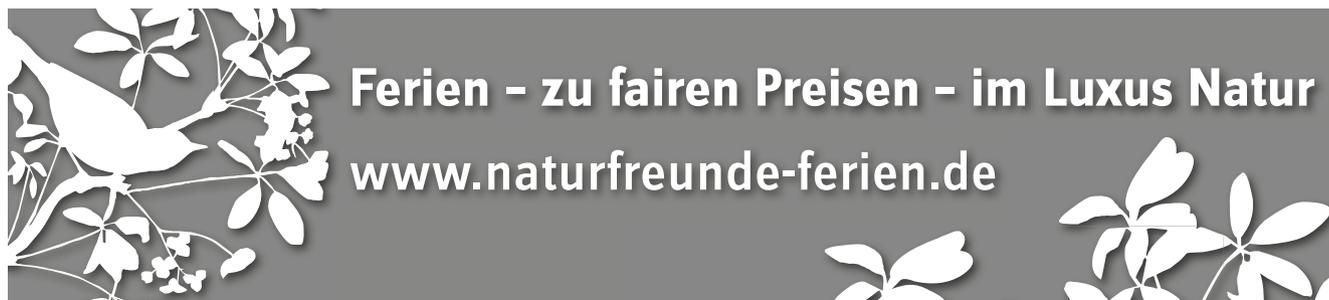
Ostseeverkehr

Rechnungsprüfer kritisieren Fehmarnbeltquerung

■ Das Bundesverkehrsministerium muss nach einem Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses des Bundestags die Kosten für die Fehmarnbeltquerung noch einmal überprüfen. Das Gremium forderte im Oktober die Verantwortlichen auf, einen kritischen Bericht des Rechnungshofs vom vergangenen Jahr zu beachten und bis Ende 2011 eine neue Risikobewertung vorzulegen. Auch der Rechnungshof selbst sollte das Milliardenprojekt künftig kritisch begleiten, sagte die Eutiner SPD-Abgeordnete Bettina Hagedorn in Berlin.

Bislang seien für die umstrittene Hinterlandanbindung Kosten von rund 900 Millionen Euro veranschlagt worden. Der Bundesrechnungshof gehe in seinem im April 2009 vorgelegten Bericht allerdings von rund 1,7 Milliarden Euro aus.

Nach jahrelangen Verhandlungen hatten sich Deutschland und Dänemark 2007 auf den Bau der Fehmarnbeltquerung geeinigt, im September 2008 unterschrieben sie den Staatsvertrag. Geplant ist eine kombinierte Schienen- und Straßenverbindung. Dänemark übernimmt Baukosten in Höhe



Ferien - zu fairen Preisen - im Luxus Natur
www.naturfreunde-ferien.de

von 5,6 Milliarden Euro für die 19 Kilometer lange Verbindung. Deutschland soll die Kosten für die Hinterlandanbindung auf eigenem Terrain tragen.

Der NABU appellierte angesichts der Kostenexplosion an die Bundesregierung, sich von dem „riskanten Megaprojekt“ zu verabschieden und mit Dänemark über den Ausstieg zu verhandeln. Die Politik müsse aus den Fehlern von Stuttgart 21 lernen, sagte der NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller. **[mbu]**

- ▶ Bettina Hagedorn MdB, E-Mail: bettina.hagedorn@wk.bundestag.de, www.bettina-hagedorn.de
- ▶ NABU, Fehmarnbeltexperte Malte Siegert, Wallnau, +49 (0)173 / 9373241, E-Mail: malte.siegert@nabu-wallnau.de, www.nabu.de

Verkehrsverlagerung

Länder legen Laster lahm

■ Nach einem Beschluss der Verkehrsministerkonferenz im Oktober wird es keine bundesweiten Testfahrten von Riesen-Lkws geben. Die Mehrheit der Bundesländer lehnten den vom Bundesverkehrsministerium für 2011 geplanten Feldversuch mit den sogenannten Gigalibern ab. Diese sind mit 60 Tonnen Gesamtgewicht und 25 Metern Länge sieben Meter länger und 20 Tonnen schwerer als bisher zugelassene Transporter.

Der ökologische Verkehrsverband VCD und die Allianz pro Schiene sind auch gegen den Einsatz von Riesen-Lkws. Die Kritiker befürchten, dass mit den 60-Tonnern mehr Güter auf der Straße transportiert werden. Das widerspreche dem Ziel von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer, den wachsenden Güterverkehr weitgehend auf die Schiene zu verlagern. **[mbu]**

- ▶ Beschlüsse der Verkehrsministerkonferenz www.kurzlink.de/vmk-10-2010.pdf
- ▶ Allianz pro Schiene, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2462599-40, Fax -29, E-Mail: info@allianz-pro-schiene.de, www.allianz-pro-schiene.de
- ▶ VCD, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 280351-0, Fax -10, E-Mail: mail@vcd.org, www.vcd.org

Straßennutzungsgebühr

Lkw-Maut nur für Straßenbau

■ Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer will im kommenden Jahr die kompletten Einnahmen aus der Lkw-Maut in den Bau von Straßen fließen lassen. Die Gebühr wird auf den Bundesfernstraßen fällig. Deshalb sei es logisch, die Einnahmen für Investitionen in die Straßeninfrastruktur zu verwenden, begründete Ramsauer sein Vorhaben.

Es gehe vor allem um eine Umschichtung im Haushalt, hieß es aus dem Ministerium weiter. Mit den zusätzlichen Mautbeträgen für die Straße würden an anderen Stellen Gelder frei, die dann für die Verkehrsträger Schiene und Wasser ausgegeben werden könnten.

Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) kritisierte die Verwendung der Mautgelder nur für den Straßenbau. Der Güterverkehr müsse als Gesamtsystem betrachtet werden, in dem die Verkehrsträger sich ergänzen, sagte die VCD-Expertin Heidi Tischmann. Sie forderte, die Einnahmen aus der Lkw-Maut wie bisher teilweise in den Ausbau der Schieneninfrastruktur zu investieren. Nur so könne Verkehrsverlagerung erreicht und die Straße entlastet werden. **[mbu]**

- ▶ VCD, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 280351-0, Fax -10, E-Mail: mail@vcd.org, www.vcd.org

WASSER & MEERE

Nordostatlantik

Kein Tiefseebohrstopp

■ Das Treffen der UmweltministerInnen der Mitgliedstaaten des Nordostatlantik-Abkommens (OSPAR), das im September im norwegischen Bergen stattgefunden hat, hat nur wenige Fortschritte im Meeresschutz gebracht.

Die RegierungsvertreterInnen lehnten beim brisantesten Tagesordnungspunkt einen vorläufigen Stopp von Tiefseeboh-

rungen nach Öl ab. Der von Deutschland eingebrachte und im Vorfeld schon abgeschwächte Vorschlag wurde mit den Stimmen von Großbritannien, Dänemark und Norwegen zurückgewiesen. Greenpeace kritisierte, dass Bundesumweltminister Norbert Röttgen nicht an dem Treffen in Bergen teilnahm, was den Mitgliedstaaten mit Interesse an der Ölförderung eine Ablehnung noch leichter gemacht habe.

Auch zur Beschränkung des Müllvorkommens im Meer konnten sich die MinisterInnen nicht auf Ziele einigen, sondern verschoben dieses als dringlich empfundene Problem auf 2012. Das Netzwerk Seas at Risk, das die Annahme des französischen Antrags zur Reduzierung des Müllaufkommens um 40 Prozent bis 2020 gefordert hatte, zeigte sich enttäuscht.

Positives Ergebnis des Treffens war die Ausweisung von sechs neuen Schutzgebieten in internationalen Gewässern, die zusammen 290.000 Quadratkilometer umfassen. Bis 2012 wollen die Mitgliedstaaten zudem ein weiteres 160.000 Quadratkilometer großes Gebiet im Hoheitsgebiet von Island ausweisen. Allerdings wurde auch hier das Ziel, das Netzwerk von marinen Schutzgebieten zu schließen, nicht erreicht, sondern verschoben. **[am]**

- ▶ www.ospar.org (Press office – News)
- ▶ www.kurzlink.de/greenpeaceospar
- ▶ www.seas-at-risk.org/news_n2.php?page=340

Mittelmeer

EU ratifiziert Abkommen

■ Der EU-Ministerrat bestätigte Mitte September ein Protokoll für den integrierten Schutz der Mittelmeerküste im Rahmen der Barcelona-Konvention zum Schutz des Mittelmeers. Die EU ist damit fünfter Ratifizierender des Protokolls, für dessen Inkrafttreten sechs Ratifizierungen notwendig sind. Umweltkommissar Janez Potočnik zeigte sich erfreut über die Entscheidung des Rates. Das Protokoll soll gemeinsame Strategien zur Eindämmung von Küstenerosion und Überflutung von Küstenregionen ermöglichen. Die Mittel-

meerküsten stehen durch urbane Entwicklung stark unter Druck. [am]

► www.kurzlink.de/potocnikmed

Ostsee

Abwässer bleiben an Bord

■ Das Umweltkomitee der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (IMO) hat Anfang Oktober beschlossen, dass Schiffe und Fähren Abwässer nur noch dann in die Ostsee einleiten dürfen, wenn sie zuvor ausreichend gereinigt wurden. Ab 2013 soll die Bestimmung für neue Schiffe gelten und ab 2018 dann für alle, sofern Entsorgungsanlagen in den Häfen vorhanden sind. Der Spielball liege nun also bei den Hafenstädten, die solche Anlagen einführen müssten und nicht länger die Verantwortung den Schiffseigentümern zuschieben könnten, so der WWF. Umweltorganisationen in Anrainerstaaten der Ostsee hatten eine solche Bestimmung schon seit 2007 gefordert. [am]

► www.kurzlink.de/wwfostseeschutz

Fischereipolitik

Island erhöht Fangquoten

■ Island und die Färöer haben unilateral ihre Fangmengen bei Makrelen erhöht, weil diese angeblich durch den Klimawandel verstärkt in ihren Regionen vorkommen. Das erhöhte Vorkommen lässt sich nach Ansicht des Europäischen Parlaments jedoch auf umsichtiges Fischereimanagement der EU und Norwegens zurückführen – die Makrelenbestände seien damit alles andere als stabil. Laut WWF liegen die Fangmengen ein Drittel über den Empfehlungen für eine nachhaltige Fischerei.

Mitglieder des Fischereiausschusses im Europäischen Parlament kritisierten die einseitige Erhöhung einhellig und luden die zuständigen färöischen und isländischen Minister zu ihrer nächsten Sitzung Ende Oktober ein. Die EU verurteilt das

Vorgehen vor allem, weil es nicht wie sonst üblich abgesprochen worden war. Sie droht mit der Überprüfung der bilateralen Fischfangabkommen, sollten Island und die Färöer einseitig höhere Quoten festlegen. Die autonomen Färöer-Inseln gehören zu Dänemark, aber nicht zur EU.

Der Konflikt ist insbesondere im Zusammenhang mit den laufenden Beitrittsverhandlungen zwischen Island und der EU von Bedeutung. [am]

► Pressemitteilung Fischereiausschuss:
www.kurzlink.de/prfisheriesmackarels

Artenvielfalt in den Weltmeeren

Große Bestandsaufnahme

■ Die Ergebnisse des zehnjährigen Forschungsprojekts Census of Marine Life (umwelt aktuell 10.2010, S. 2) sind Anfang Oktober in London vorgestellt worden. Die Resultate der internationalen Forschungsgruppe, in der rund 2.700 WissenschaftlerInnen mitwirken, unterstreichen vor allem die ungeheure Artenvielfalt der Meere. Mithilfe neuer Technologien sei zudem noch immer Spielraum für Entdeckungen vorhanden, so Sprecher Paul Snelgrove vom kanadischen Ocean Sciences Centre. Allerdings stellten die ForscherInnen auch fest, dass sich die Populationen in den Meeren schneller verändern als bisher angenommen. So ermittelten sie einen Rückgang bei den meisten Raubfischen um durchschnittlich 90 Prozent – bei manchen Haiarten waren es regional abhängig bis zu 99 Prozent. Dies hat weitreichende Konsequenzen für die maritime Nahrungskette.

Das Forschungsprojekt hat unter anderem eine globale Datenbank über Leben im Meer aufgebaut, die fortlaufend aktualisiert werden soll, um Veränderungen schneller feststellen zu können. [am]

► Ocean Sciences Centre, Meeresbiologe Paul Snelgrove, St. John's (CDN), Tel. +1 (709) 864-3440, www.mun.ca/osc/psnelgrove/bio.php
► Census of Marine Life: www.coml.org/discoveries-census-marine-life

CO₂-Emissionen

Meere versauern schneller als bisher angenommen

■ Auf einer Konferenz des Alfred-Wegener-Instituts (AWI) Ende September in Bremerhaven haben ForscherInnen die jüngsten Erkenntnisse über die Auswirkungen der erhöhten CO₂-Konzentration auf die Ozeane zusammengetragen.

Etwa ein Drittel der CO₂-Emissionen diffundieren jährlich aus der Atmosphäre in die Meere und werden dort in Kohlensäure umgewandelt. Dadurch ist der Säuregrad der Ozeane seit der Industrialisierung im Durchschnitt um 30 Prozent gestiegen. Das Problem ist in den polaren Regionen besonders ausgeprägt, da die Löslichkeit für CO₂ hier aufgrund der niedrigen Temperaturen besonders hoch ist.

Mit der Versauerung nimmt das Vorkommen an Karbonat-Ionen ab, die für die Schalen- oder Skelettbildung vieler Meereslebewesen wichtig sind. Außerdem kann die Versauerung zu Rückkopplungseffekten führen. So erhöht sich die bakterielle Aktivität in angesäuertem Wasser, was wiederum zum verstärkten Abbau von Kohlenstoffverbindungen mit entsprechender Freisetzung von CO₂ führen kann. Dabei entsteht ein sich selbst verstärkender Kreislauf. [am]

► AWI, Jelle Bijma, Bremerhaven, Tel. +49 (0)471 / 48311831, E-Mail: jelle.bijma@awi.de, www.awi.de (Pressemitteilungen – 27.09.2010)

Verlärmung der Meere

Kampagne gegen Sonareinsatz

■ Die Wal- und Delfinschutzorganisation WDCS hat Anfang Oktober eine neue Großkampagne gegen die Verlärmung der Meere gestartet. Ziel der Kampagne „Sonar sucks – uns platzt der Schädel“ ist eine öffentliche Sensibilisierung für die Gefahren, die die Lärmverschmutzung durch militärische und industrielle Akti-

vitäten für Meeresbewohner bedeutet. So lärmten nicht nur immer mehr Schiffsmotoren durch die Ozeane, auch Explosionen auf dem Meeresgrund bei der Suche nach neuen Ölvorkommen und der militärische Einsatz von Sonaren führen laut WCDS zu einem Schalldruck von bis zu 260 Dezibel. Ebenso trage der Bau von Offshorewindanlagen zu der Verlärmung bei. Bei den Rammarbeiten entstehe ein erheblicher Schalldruck, durch den Wale ertauben könnten.

Schall verbreitet sich unter Wasser wesentlich besser als an der Luft. Die Folgen sind Verhaltensänderungen besonders bei Walen und Delfinen, deren Hörsinn zentral bei der Nahrungssuche und der Kontaktaufnahme zwischen Individuen ist. So können sich Muttertier und Kalb durch die Verlärmung verlieren; die Überlebenschancen des Kalbs sind dann nur gering. [am]

- ▶ WDCS Deutschland, Geschäftsführer Nicolas Entrup, München, Tel. +49 (0)89 / 61002395, www.wdcs-de.org/news.php?select=792
- ▶ www.sonarsucks.com

Flussverschmutzung

Neue Weltkarte zeigt den Zustand der Flüsse

■ WissenschaftlerInnen haben erstmals den Zustand der Flüsse weltweit in Karten zusammengefasst und frei zugänglich im Internet veröffentlicht.

Die interaktiven Karten und Analysen basieren auf Indikatoren, die erstmals Einflüsse sowohl auf die menschliche Nutzung von Flüssen als auch auf die Artenvielfalt in Zahlen fassen und kombinieren. Die Karten machen deutlich, dass in Europa fast alle Flüsse in schlechtem Zustand sind. Nur in Skandinavien sind die Analyseergebnisse positiver.

Die Resultate zeigen aber auch, dass Gegenmaßnahmen die Auswirkungen der Verschmutzung auf die menschliche Nutzung wirksam abschwächen. Allerdings betonen die Forscher, dass Industrielän-

der vor allem die Symptome, nicht aber das Grundproblem der Verschmutzung bekämpfen. Da sich Entwicklungsländer diese meist teuren technischen Maßnahmen nicht leisten könnten, seien von ähnlichen Problemen betroffene Flüsse dort in deutlich schlechterem Zustand. [am]

- ▶ Interaktive Karten und (englische) Hintergrundinformationen: www.riverthreat.net

WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

Unternehmensverantwortung

Nachhaltigkeit oft nur Schein

■ Einer Studie der Beratungsfirma Kienbaum zufolge ist Nachhaltigkeit in zahlreichen großen deutschen Unternehmen nur ein Thema in der Öffentlichkeitsarbeit und wird in internen Prozessen wenig beachtet.

Kienbaum befragte die 50 größten Unternehmen Deutschlands, von denen die Hälfte an der Studie teilnahm, nach ihren Zielsetzungen und Organisationsstrukturen zum Thema Nachhaltigkeit. Der Studie zufolge haben drei Viertel der Befragten eine Organisationseinheit zu Nachhaltigkeitsfragen, bei knapp der Hälfte dieser Firmen ist sie aber erst im Aufbau. Bei 41 Prozent der befragten Unternehmen ist zudem Kommunikation nach innen und außen der Schwerpunkt des Nachhaltigkeitsmanagements.

Nach Ansicht von Kienbaum-Geschäftsführer Alexander von Preen zeigen die Ergebnisse, dass bei zahlreichen Firmen eine beträchtliche Lücke zwischen dem selbst definierten Anspruch an die eigene Nachhaltigkeitspolitik und den vorhandenen aktuellen Strukturen besteht. Dies sei mittelfristig besonders für die Glaubwürdigkeit der Unternehmen eine Gefahr. [lk]

- ▶ Kienbaum GmbH, Tobias Weisel, München, Tel. +49 (0)89 / 458778-75, E-Mail: tobias.weisel@kienbaum.de, www.kienbaum.de
- ▶ Studie: www.kurzlink.de/kienbaum

politische ökologie

Die Zeitschrift für Querdenker und Vordenkerinnen

Nach dem Wachstum

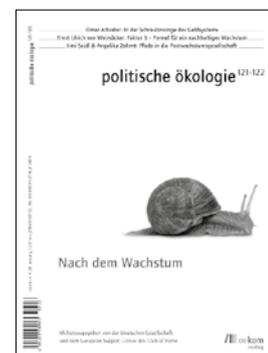


Das Diktat des immerwährenden Wirtschaftswachstums hat uns die Tragfähigkeit des Planeten weit überschreiten lassen. Doch während Wirtschaft und Politik halstarrig an ihrem unerschütterlichen Wachstumsglauben festhalten, werden die kritischen Stimmen lauter – und salonfähig.

Die *politische ökologie*¹²¹⁻¹²² beschäftigt sich mit den Fallstricken des Wachstumsdenkens und stellt alternative Entwicklungspfade vor, denn: Wo die Wirtschaft schrumpft, können andere, bessere Dinge wachsen.

Mitherausgegeben von der Deutschen Gesellschaft und dem European Support Centre des Club of Rome

Mit Beiträgen von E. Altvater, E. U. von Weizsäcker, F. Radermacher, J. Randers, F. Luks, I. Seidl, A. Zahrtm u.v.m.



Nach dem Wachstum
politische ökologie Heft 121-122
88 Seiten, 19,90 EUR (zzgl. Versand),
ISBN 978-3-86581-227-8

Erhältlich bei
www.oekom.de, kontakt@oekom.de

oekom
verlag

THEMA

Redaktionen wünschen sich kompetente Pressestellen

Die Kommunikation zwischen Pressestellen und Medien wandelt sich. Eine bundesweite Studie hat neue Erkenntnisse darüber gebracht, wie Pressestellen heute ihre Arbeit organisieren, wie sie mit den Medien kommunizieren und welche Erfahrungen sie dabei machen. Sie fand auch heraus, wie diese Arbeit bei den Redaktionen „ankommt“ und was Journalistinnen und Journalisten von guter Pressearbeit erwarten.

■ Pressestellen und Journalisten haben zum Teil sehr unterschiedliche Vorstellungen davon, wie die Kommunikation zwischen ihnen abläuft und was die Beteiligten dabei voneinander erwarten und wahrnehmen. Das hat eine bundesweite Studie ergeben, bei der Pressestellen sowie Redaktionen und freie Journalisten parallel zu den jeweils gleichen Kommunikationsvorgängen befragt wurden. Die Ergebnisse wurden im September veröffentlicht.

Die Lokalzeitung bleibt das A und O

Die Onlineumfrage des Journalistenzentrums Wirtschaft und Verwaltung (JWV) und des Instituts für Journalistik der TU Dortmund erreichte eine außerordentlich hohe Rücklaufquote. Von 9.350 angeschriebenen Pressestellen bei Kommunen, Ministerien und DAX-Unternehmen beteiligten sich 20 Prozent. Bei den Redaktionen und freien Journalisten waren es 16 Prozent. Damit können die Ergebnisse der Befragung als repräsentativ gelten,

denn für die Anfrage wurde der „Zimpel“ verwendet, das umfangreichste Verzeichnis der deutschen Medienlandschaft aus dem gleichnamigen Verlag.

Pressestellen vermitteln ihre Informationen hauptsächlich über Pressemitteilungen, die sie heute fast ausschließlich per E-Mail versenden. Dabei sind Zeitungsredaktionen ihre wichtigste Zielgruppe. Betrachtet man das Verbreitungsgebiet, sind es vor allem die regionalen und lokalen Medien, die die Pressestellen im Blick haben. Etwa jede zweite Pressestelle aktualisiert ihren Medienverteiler monatlich oder vierteljährlich. Die Adressen stammen vor allem aus eigener Recherche und von direkten Journalistenanfragen.

Die E-Mail-Betreffzeile entscheidet

Fast alle Redaktionen und Journalisten wollen Pressemitteilungen per E-Mail erhalten. Der Vergleich zu einer Pilotstudie, die das JWV im Jahr 2008 veröffentlichte, zeigt, dass E-Mail heute als Kommunika-

tionskanal noch stärker in der Pressearbeit verbreitet ist als im Befragungsjahr 2007.

Im Durchschnitt sind es 48 Pressemitteilungen, die ein Redakteur oder freier Journalist täglich per E-Mail, Fax oder Briefpost erhält. Allerdings können 85 Prozent dieser Pressemitteilungen nicht redaktionell verwertet werden. Das liegt vor allem daran, dass mehr als zwei Drittel dieser Nachrichten überhaupt nicht oder nur zum Teil in das Ressort oder zum Interessenprofil des Empfängers passen. 28 Prozent der Redakteure und freien Journalisten benötigen zwischen einer halben und einer Stunde täglich, um für sie ungeeignete Pressemitteilungen auszufiltern. 22 Prozent wenden dafür zwischen ein und zwei Stunden ihrer täglichen Arbeitszeit auf.

Presseinformationen sollten immer Kontaktangaben für Nachfragen enthalten. Das wünschten sich die Redakteurinnen und Redakteure am häufigsten (82 Prozent). Ebenso wichtig ist ihnen eine aussagekräftige Betreffzeile als Überschrift.

newsletter
Nachhaltigkeitsnews

Sie möchten ...

- ... regelmäßig die neuesten Informationen zu Umwelt und Nachhaltigkeit in Ihrem Postfach haben?
- ... »druckfrisch« über unsere Neuerscheinungen informiert sein?
- ... aktuelle Artikel aus unseren Zeitschriften online lesen?

Dann abonnieren Sie unseren monatlichen newsletter!

In alten Ausgaben schmökern oder gleich abonnieren unter:
www.oekom.de/newsletter

Die guten Seiten der Zukunft

 oekom
verlag

59 Prozent der Redakteure und freien Journalisten gaben an, dass sie die Pressestellen bei Recherchen selten oder nie umgehen. Bei der gegenseitigen Einschätzung von Pressestellen und Redaktionen glauben 91 Prozent der Pressestellen, dass die Redaktionen ihre Pressemitteilungen verwenden, weil sie Vertrauen in die Zuverlässigkeit der darin gebotenen Informationen haben. Allerdings sehen das nur 53 Prozent der befragten Redaktionen so.

Während 83 Prozent der Pressestellen glauben, dass die Redaktionen ihre Pressemitteilungen verwenden, um Zeit für eigene Recherchen zu gewinnen, sagen dies lediglich die Hälfte der Redaktionen. 74 Prozent der Pressestellen glauben, die Arbeitsweise in den Redaktionen genau zu kennen. Dagegen sagen nur 58 Prozent der Redaktionen, dass sie die Arbeitsweise in den Pressestellen kennen. [Adrian Teetz]

- Journalistenzentrum Wirtschaft und Verwaltung, Direktor Adrian Teetz, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 516538-72, www.journalistenzentrum-jvw.de
- Studie (46 S., 5,6 MB): www.kurzlink.de/jvw-studie.pdf

DNR INTERN

Lobbygespräche

DNR-Delegation trifft EU-Kommissare

■ Eine Delegation des Deutschen Naturschutzrings (DNR) hat Anfang Oktober bei der EU-Kommission in Brüssel für umweltpolitische Anliegen geworben. Bei dem zweitägigen Besuch trafen sich Mitglieder des DNR-Präsidiums und weitere VertreterInnen von Mitgliedsverbänden zunächst mit Umweltkommissar Janez Potočnik. In dem einstündigen Gespräch ging es unter anderem um die EU-Biodiversitätsstrategie, den Schutz von Höhleninhalten und Böden sowie um ein mögliches siebtes Umweltaktionsprogramm. Der Kommissar zeigte sich aufgeschlossen für das Anliegen

des Dachverbandes, umweltpolitische Belange besser in anderen Politikbereichen zu verankern. Dies solle im Haushalt und besonders bei der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) sichtbar werden. Die EU-Kommission will am 16. November einen Legislativvorschlag für die Umstrukturierung der GAP vorlegen. Ein weiteres Thema war die neue Strategie „Europa 2020“, zu deren Zielen auch Ressourceneffizienz gehört. Im kommenden Jahr, so Potočnik, werde die Kommission hierzu einen möglichst breit angelegten Fahrplan veröffentlichen. Schwerpunkte sollen bei Landwirtschaft, Verkehr und Energie liegen.

Nach einem Besuch des Europäischen Parlaments diskutierte die DNR-Delegation bei einem gemeinsamen Abendessen mit VertreterInnen europäischer Umweltverbände.

Am zweiten Tag sprachen die DNR-VertreterInnen mit Energiekommissar Günther Oettinger über das Auslaufen der Kohlesubventionen, die Probleme mit Biokraftstoffen und die Ökodesignrichtlinie. Der Energieeffizienzaktionsplan, mit dem die Umweltverbände große Hoffnungen verbinden, soll rechtzeitig zum Energiegipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs im kommenden Februar fertig sein und einen Schwerpunkt der dortigen Debatten bilden, versprach Oettinger. Der Kommissar berichtete von seinem Einsatz für ein Investitionsprogramm in eine bessere Netzinfrastruktur, mit dem eine Kofinanzierung für unwirtschaftliche Leitungen über mehrere Jahre erreicht und so die künftige Versorgung aus erneuerbaren Energien gesichert werden solle. Vor der geplanten Ausweitung des europäischen Binnenmarkts auf den Energiesektor sei es jedoch notwendig, die Förderung der erneuerbaren Energien EU-weit zu harmonisieren. Oettinger betonte, dass er grundsätzlich gegen Subventionen sei, sprach sich aber dafür aus, Deutschland wegen der „zentralen Rolle der Kohle für den sozialen Frieden“ eine einmalige Verlängerung der Kohlesubventionen bis 2018 zu gewähren.

Bei einem weiteren Treffen diskutierten die VertreterInnen des DNR mit dem

Vorsitzenden des Umweltausschusses im Europaparlament, Jo Leinen, über die Umwelt- und Klimapolitik der EU. In der Frage, wie die von Deutschland blockierte Bodenschutzrichtlinie vorangebracht werden kann, wies Leinen – wie zuvor auch schon Potočnik – auf das Potenzial von Lobbyarbeit bei deutschen Europaabgeordneten und Regierungsvertretern hin.

Als Erfolg werteten die DNR-TeilnehmerInnen besonders die von allen Gesprächspartnern geäußerte Bereitschaft zu weiterem Austausch und gegenseitiger Information. [am]

- DNR, Bjela Vossen, Leiterin EU-Koordination, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-81, Fax -80, E-Mail: eu-info@dnr.de, www.eu-koordination.de

EHRENAMT

Bürgerschaftliches Engagement

Kabinettsverabschiedet Engagementstrategie

■ Das Bundeskabinett hat Anfang Oktober eine Nationale Engagementstrategie und einen Aktionsplan für Unternehmensverantwortung verabschiedet. Mit der Strategie sollen engagementpolitische Vorhaben von Bund, Ländern und Kommunen mehr aufeinander abgestimmt werden. Gleichzeitig sollen Stiftungen und Wirtschaftsunternehmen besser eingebunden und das bürgerschaftliche Engagement stärker anerkannt werden. Vorangegangen war ein Dialogprozess im Nationalen Forum für Engagement und Partizipation mit Beteiligten aus Bürgergesellschaft und Wirtschaft. Zwischen dem 8. November und dem 5. Dezember können die Eckpunkte dieser Strategie auf einer Dialogplattform im Internet kommentiert werden. [mb]

- Nationale Engagementstrategie (PDF, 71 S., 370 kB): www.kurzlink.de/engagementstrategie
- Dialogplattform: www.engagementzweinnull.de

Regionalbewegung**Tag der Regionen 2010**

■ „Wer weiter denkt, kauft näher ein“: Dies war das Motto des bundesweiten Tag der Regionen 2010. Die Aktionstage vom 24. September bis zum 10. Oktober boten in über 1.000 Veranstaltungen mit einer halben Million BesucherInnen regionalen Unternehmen und Initiativen eine Plattform für die Öffentlichkeitsarbeit. Damit sollten den VerbraucherInnen die Vorteile von regionaler Versorgung gezeigt werden. Dem Aktionsbündnis zufolge sind regionale Produkte nicht nur ressourcen- und klimaschonend, sondern tragen auch zum Erhalt ländlicher Räume bei. KonsumentInnen hätten die Macht, mit ihren Konsum- und Lebensgewohnheiten das Warenangebot zu beeinflussen. Mit unterschiedlichen Veranstaltungen von Exkursionen zu Erneuerbare-Energie-Anlagen bis hin großen Dorfaktionstagen informierten Anbieter über ihre Produkte und darüber, wie diese erzeugt wurden, wo sie herkommen und wo sie auch nach dem Aktionstag zu beziehen sind. [Ik]

- Tag der Regionen, Koordinationsbüro Nord, Bоргentreich, Tel. +49 (0)5643 / 948537; Koordinationsbüro Süd, Feuchtwangen, Tel +49 (0)9852 / 1381, www.tag-der-regionen.de

PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

Naturschutz**Preis für Lebenswerk**

■ Den diesjährigen EuroNatur-Preis hat die gleichnamige Stiftung im Oktober an den Umweltschützer und Naturwissenschaftler Ernst Paul Dörfler aus Sachsen-Anhalt verliehen. Dörfler veröffentlichte bereits Ende der Siebzigerjahre in der DDR zahlreiche Studien zu Luft- und Wasserverschmutzung, Waldsterben und dem Verlust von natürlicher Vielfalt – Probleme, die es im Sozialismus offiziell nicht gab. Später widmete sich Dörfler der Politik und war in der DDR-Umweltbewegung aktiv, die einen wichtigen Teil der Opposition darstellte. Er spielte zudem eine maßgebliche Rolle bei der Stilllegung ostdeutscher Atomkraftwerke und der Ausweisung von Nationalparks im Gebiet der ehemaligen DDR. In den Jahren nach der Wende engagierte sich Dörfler beim BUND gegen den Ausbau der ostdeutschen Flüsse, besonders von Elbe und Saale. [Ik]

- EuroNatur, Radolfzell, Tel. +49 (0)7732 / 9272-0, Fax -22, www.euronatur.org
- BUND-Elbe-Projekt: www.elbe-insel.de

Erneuerbare Energien**Solarpreise verliehen**

■ Die Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien, Eurosolar, hat im Oktober Initiativen, Vereine und Persönlichkeiten für ihren Einsatz um erneuerbare Energien mit dem Deutschen Solarpreis 2010 ausgezeichnet, darunter die Südhessische Energie AG, die Gemeinde Schweich bei Trier, den Betriebsrat der Volkswagen AG sowie den Erbbauverein Köln. [Ik]

- www.eurosolar.de

Ausschreibung**Deutscher Engagementpreis**

■ Bürgerinnen und Bürger können ab Oktober im Internet für den Gewinner oder die Gewinnerin des deutschen Engagementpreises abstimmen. Aus 1.800 Einsendungen wählte eine Fachjury dafür 19 Personen aus. Der Preis, der dieses Jahr am 4. Dezember in Berlin verliehen wird, wurde 2009 in Leben gerufen, um das gemeinschaftliche Engagement von Einzelpersonen sichtbarer zu machen. [Ik]

- www.geben-gibt.de

Nachhaltigkeit**A-Z****L wie Lebensstil**

Gut leben, doch nicht auf Kosten anderer – wäre das nicht erstrebenswert? Im Moment bezahlen die Ärmsten und die kommenden Generationen unseren Wohlstand, denn wir plündern die Erde und produzieren endlos Abfall. Wir brauchen eine neue Kultur der Nachhaltigkeit – im Beruf, in der Schule, im alltäglichen Leben. Lesen Sie im Bericht »Zur Lage der Welt 2010«, wie wir unsere Art zu wirtschaften ebenso wie unser individuelles Handeln ändern können.

Worldwatch Institute (Hrsg.)
in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung und Germanwatch
Zur Lage der Welt 2010: Einfach besser leben
Nachhaltigkeit als neuer Lebensstil

300 Seiten, 19,90 EUR, ISBN 978-3-86581-202-5

Erhältlich bei
www.oekom.de
kontakt@oekom.de

Die guten Seiten der Zukunft



REZENSIONEN

Wachstumswänge überwinden

Auswege zeigen, um das Ziel zu ändern. Mit diesem neuen Ansatz stellen die AutorInnen der „Postwachstumsgesellschaft“ die traditionelle Kritik am Wachstumsdogma auf den Kopf. Ein solcher Weg setzt eine gesellschaftliche Übereinkunft für den Wandel voraus.



„In einer begrenzten Welt ist unbegrenztes Wachstum nicht möglich.“ Diese ebenso einfache wie schwer widerlegbare These bildet die Grundlage für die meisten Bücher, die den Übergang in

eine Wirtschaft ohne Wachstum fordern. Doch in der politischen und wirtschaftlichen Praxis blieb diese Einsicht ohne Wirkung. Regierungen, Parteien und Wirtschaftsverbände setzen unbeirrt auf weiteres Wachstum, messen den Erfolg ihres Handelns an den Wachstumsraten ihrer Bruttoinlandsprodukte und nehmen dafür die zunehmende Plünderung von natürlichen Ressourcen in Kauf.

„Eine mögliche Erklärung“ für dieses Wachstumsdogma liefern die Schweizer Ökonomin Irmi Seidl und die deutsche Umweltschichtexpertin und ehemalige BUND-Vorsitzende Angelika Zahrnt gleich zu Beginn ihres Buches: „Zentrale Gesellschafts-, Politik- und Wirtschaftsbereiche sind existenziell auf ständiges Wachstum angewiesen.“ Damit Politik und Wirtschaft das Wachstumsziel verlassen, müsse man zuerst aufzeigen, wie sich diese Wachstumswänge überwinden lassen. Die Darstellung von Lösungen soll also das Ziel verändern. Mit diesem umgekehrten Ansatz unterscheidet sich die „Postwachstumsgesellschaft“ von den „Grenzen des Wachstums“, dem Bericht an den Club of Rome von 1972.

Zu bewerten ist damit die Tauglichkeit der aufgezeigten Alternativen, mit denen die Verfasser und Verfasserinnen die Wirtschaft und Gesellschaft vom Wachstumszwang befreien wollen. Wie zum Beispiel lässt sich der Lebensunter-

halt einer wachsenden Zahl von Rentnerinnen und Rentnern finanzieren, wenn die Wirtschaft nicht mehr wächst? Der Altersforscher François Höpflinger empfiehlt „Modelle eines produktiven Alterns“, etwa die Ergänzung der Berufsarbeit durch nicht monetär abzugeltdende „Sozialzeiten“ oder „Altersteilzeitarbeit“. Oder wie soll die Wachstumsdynamik in der Gesundheitsindustrie gebrochen werden? Der Gesundheitsökonom Hans-Peter Studer plädiert für mehr Prävention, Eigenverantwortung und veränderte wirtschaftliche Anreize. Eine Bildung, die sich mehr an der menschlichen Emanzipation denn an der ökonomischen Verwertbarkeit orientiert, soll den monetären Konsum bremsen, empfehlen weitere Mitautorinnen.

Diese und andere Alternativen sind wichtig, richtig – und unverbindlich. Was bei den meisten Vorschlägen fehlt, ist ein politischer und ökonomischer Hebel, der dafür sorgt, dass sie umgesetzt werden. „Eine Abkehr vom Paradigma des Wirtschaftswachstums muss gesellschaftlich getragen sein“, schreiben Seidl und Zahrnt. Stimmt. Aber wie entsteht eine gesellschaftliche Macht zugunsten einer Postwachstumsgesellschaft, wenn Regierungen, Wirtschaftslobbys und Medien uns täglich einhämmern, dass Wachstum gut und mehr Wachstum besser ist?

Der neue Ansatz, mit dem „Postwachstumsgesellschaft“ das wohl zentralste Thema unserer Zivilisation abhandelt, bestätigt damit, was frühere Werke schon zeigten: Die Vermittlung der Einsicht, dass Wachstum keine Zukunft hat, ist einfacher als die Gestaltung einer Zukunft ohne Wachstum. **[Hanspeter Guggenbühl]**

► Seidl, I.; Zahrnt, A. (Hrsg.): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Metropolis, Marburg 2010, 220 S., 18,- €, ISBN 978-3-89518-811-4

Tiere (nicht) essen

Mit dem Heben der Gabel beziehen wir schon Position, meint Jonathan Safran Foer. Der Autor plädiert für eine neue Esskultur und den Verzicht auf Fleisch aus Massentierhaltung.



Der durch seine Romane „Alles ist erleuchtet“ und „Extrem laut und unglaublich nah“ bekannt gewordene US-amerikanische Autor Jonathan Safran Foer hält in seinem neuen Buch ein Plädoyer für

den Vegetarismus. Foer hat die Geburt seines ersten Kindes zum Anlass genommen, sich ausführlich mit allen Aspekten auseinanderzusetzen, die zur Produktion von Fleisch und damit auch zu dessen Konsum gehören. Das Resultat ist ein gut recherchiertes Buch, das ebenso wie die Romane in einem großartigen Stil geschrieben ist.

Foers Recherchen bringen die unwürdigen Bedingungen der Massentierhaltung und -schlachtung detailliert ans Licht. Ab und zu spickt der Autor die Gräueldarstellungen mit Positivbeispielen einer humaneren Tierzucht, allerdings nicht ohne auch gleich deren Grenzen zu benennen. Immer wieder betont Foer die rationale und die psychologische Ebene. So sei es rational unsinnig, Fleisch aus Massentierhaltung zu konsumieren, weil es ungesund, schlecht für Umwelt und Klima und nur durch Externalisierung der Kosten künstlich billig ist. Die entsprechenden Zusammenhänge stellt der Autor überzeugend dar und appelliert darüber hinaus an die Moral und vor allem an die menschliche Empathie, die für ihn unvereinbar ist mit dem Leiden der Tiere in der Massentierhaltung. Seine Grundannahme ist dabei, dass sich durch die Identifikation mit dem Schicksal der Tiere, gleichsam durch eine Wiederannäherung an das Tier auf dem Teller, auch das Verhalten der KonsumentInnen ändert. Genau hier liegt aber auch die Schwach-

stelle des Buches. Denn obwohl Foer auf Gewohnheiten und auf die Einbettung von Essen als extrem wichtige soziale Handlung eingeht, zielt seine Argumentation nur auf die einzelnen KonsumentInnen ab. Zu wenig berücksichtigt er die starken Einflüsse von sozialem Umfeld, Infrastruktur und politischem System. Wer sein Verhalten nur aufgrund der Lektüre von „Tiere essen“ ändert, dürfte dies nicht lange durchhalten, wenn er oder sie im Alltag auf scheinbar hohe Hürden trifft. Wer aber in einem Umfeld lebt, in dem eine vegetarische oder auf „moralisch akzeptables“ Fleisch beschränkte Ernährung toleriert wird und praktisch möglich ist – zum Beispiel durch entsprechende Angebote in Kantinen, Restaurants und am Familientisch – wird viel erfolgreicher sein. Zwar sind die Individuen mit ihrem persönlichen Konsumverhalten wichtig beim Durchsetzen solcher strukturellen Angebote, höheren gesetzlichen Standards in der Tierindustrie und der Internalisierung der wahren Kosten der Tierhaltung. Das persönliche Verhalten beim Konsum von Produkten ist aber nur eine von mehreren Variablen zur Veränderung. Daneben gibt es andere Ebenen gesellschaftlicher Beteiligung, etwa die politische Einmischung in lokalen Bürgerinitiativen, Verbänden oder auch Parteien, um Veränderungen in der Tierproduktion zu erreichen. Dieser gesellschaftliche Ansatz kommt in Foers Buch – abgesehen von der Erwähnung der Tierrechtskampagnenorganisation Peta – nicht vor.

Auch eine andere wichtige Tatsache bleibt unerwähnt: Viele der beschriebenen Probleme wie die oft schlechten Bedingungen für die ArbeiterInnen oder die gesundheitliche Belastung durch die eingesetzten Schadstoffe gibt es auch in anderen Bereichen der globalen Agrarwirtschaft und nicht nur bei der Produktion von Fleisch und Fisch.

Trotz der Kritik ist das Buch äußerst lesenswert und kann sicher so manche LeserIn zum Überdenken des eigenen Konsums anregen. **[Antje Mensen]**

► Foer, J. S.: Tiere essen. Kiepenheuer & Witsch, Köln 2010, 400 S., 19,95 €, ISBN 978-3-462-04044-9

Im Anfang war ein Samenkorn



So wie Strom nicht einfach aus der Steckdose kommt, kommt Saatgut auch nicht einfach aus dem Sack. Und es ist genauso wichtig für unseren Alltag: kein Brötchen, keine Milch aus Viehfutter, ohne dafür Saatgut zu nutzen. Vor dem Hintergrund der offensiven Verbreitung der Agrogentechnik diskutieren sieben Autoren die Bedeutung dieses bedrohten Kulturgutes in verschiedenen Facetten. Sie berichten über die Geschichte der Agrarkultur und deren Umformung zum Agrobusiness, über die Versprechungen der Konzerne, Probleme im Saatgutrecht, den Unterschied zwischen Innovation und Fortschritt und gesellschaftliche Konsequenzen des Kontrollanspruchs der Konzerne über das Saatgut. Natürlich kommt auch ein Praktiker zu Wort: der biodynamische Züchter Bertold Heyden. Dabei bietet der Lesestoff eine Reihe neuer Einsichten über die gentechnikkritischen Standards hinaus. **[Michael Olbrich-Majer]**

► Christ, M. (Hrsg.): Bedrohte Saat. Saatgutpflege und der Kampf gegen die Macht der Agrokonzerne. Pforte, Dornach 2010, 326 S., 14,- €, ISBN 978-85636-197-6

Handbuch Wald und Wasser

Das Handbuch Wald und Wasser enthält Hintergrundinformationen, Projektbeschreibungen und praktische Anleitungen zur wassergerechten Waldbewirtschaftung. Damit liefert es Leitlinien für Forstwirte, um die europäische Wasserrahmenrichtlinie umzusetzen. Das Buch basiert auf einem EU-Projekt, das die Wechselwirkungen zwischen Waldbewirtschaftung und Gewässerzustand in den Mittelgebirgslagen als Schwerpunkt hat. **[zt]**

► www.kurzlink.de/handbuch-wald-wasser

INTERNET

Alleen schützen

Die deutschen Allein zu schützen und zu erhalten hat sich die Arbeitsgemeinschaft Deutsche Alleinstraße zum Ziel gesetzt.

Auf ihrer neuen Internetseite stellt sie die 2.900 Kilometer lange „Deutsche Alleinstraße“ vor und erläutert die ökologische Bedeutung dieses Kulturgutes. Die Seite richtet sich vor allem an TouristInnen und hilft diesen mit Fahr- und Routentipps und anderen Hinweisen. **[lk]**

► www.alleenstrasse.com

Spenden für gute Zwecke

Das Spendenportal ist eine bereits 2001 gegründete Plattform, um gemeinnützige Organisationen und spendenbereite Privatpersonen zusammenzubringen. Gemeinnützige Initiativen können sich dort anmelden und nach einer Prüfung ein Profil erstellen, in dem dargelegt wird, welche Spenden benötigt werden und wie diese verwendet werden. BenutzerInnen können nach Vereinen aus bestimmten Bereichen suchen und diesen unkompliziert mit Geld- oder Sachspenden helfen. Das Angebot wird unter anderem von der Bank für Sozialwirtschaft unterstützt und ist sowohl für Vereine als auch Private kostenlos. **[lk]**

► www.spendenportal.de

Stadtwerke schon kohlefrei?

Die Klima-Allianz hat ein Portal geschaltet, auf dem Informationen rund um die Kohlepolitik der Stadtwerke und den Protest dagegen zusammengetragen werden. Hier können sich Interessierte informieren, welche Stadtwerke noch am Geschäft mit der Kohle beteiligt und welche schon ausgestiegen sind. Eine Deutschlandkarte zeigt die Aussteiger mit grünem Punkt an, andere Farben kennzeichnen verschiedene Beteiligungen. **[jg]**

► www.stadtwerke-kohlefrei.de

NEU ERSCHIENEN

- ▶ Altwater, E.: **Der große Krach oder die Jahrhundertkrise von Finanzen und Natur.** Westfälisches Dampfboot, Münster 2010, 170 S., 14,90 €, ISBN 978-3-89691-785-0
- ▶ Apelt, A. H.: **Schwarzer Herbst.** Mitteldeutscher Verlag, Halle 2010, 288 S., 19,90 €, ISBN 978-3-89812-722-6
- ▶ Cholet, J. u. a.: **Wüsten der Welt. Die schleichende Katastrophe.** Deutscher Bundestag, Berlin 2010, 56 S., 1,- €, ISSN 0479-611X. www.kurzlink.de/wuesten
- ▶ Dezernat Zukunftsanalyse: **Peak Oil. Sicherheitspolitische Implikationen knapper Ressourcen.** Bundeswehr, Strausberg 2010, 99 S., Download (2 MB): www.kurzlink.de/bw-peakoil.pdf
- ▶ Felber, C.: **Die Gemeinwohl-Ökonomie. Das Wirtschaftsmodell der Zukunft.** Deuticke, Wien 2010, 144 S., 15,90 €, ISBN 978-3-552-06137-8
- ▶ Gonstalla, E.: **Das Atombuch. Radioaktive Abfälle und verlorene Atombomben.** Abera, Hamburg 2009, 118 S., 35,- €, ISBN 978-3-00-028013-9. www.atombuch.de
- ▶ Hillenbrand, T. u. a.: **Demografischer Wandel als Herausforderung für die Sicherung und Entwicklung einer kosten- und ressourceneffizienten Abwasserinfrastruktur.** Umweltbundesamt, Dessau 2010, 271 S. Download (PDF, 3,1 MB): www.uba.de/uba-info-medien/3779.html
- ▶ Holzhey, M.: **Schienennetz 2025/2030. Ausbaukonzeption für einen leistungsfähigen Schienengüterverkehr in Deutschland.** Umweltbundesamt, Dessau 2010, 180 S. Download (PDF, 7 MB): www.kurzlink.de/uba-text42/2010
- ▶ Homer-Dixon, T.: **Der heilsame Schock. Wie der Klimawandel unsere Gesellschaft zum Guten verändert.** oekom, München 2010, 79 S., 8,95 €, ISBN 978-3-86581-214-8
- ▶ Kleene M.; Wöltje, G.: **Grün, Schlau, Sexy. Wie Nachhaltigkeit unwiderstehlich wird.** Tellus, Hamburg 2010, 12,95 €, ISBN 978-3-942071-03-1
- ▶ Kremer, B. P.: **Essbare und giftige Wildpflanzen.** Ulmer, Stuttgart 2010, 192 S., 9,90 €, ISBN 978-3-8001-5344-2
- ▶ Liebrich, S.: **Gold und Diamanten. Kostbare Schätze und ihre dunkle Geschichte.** Hanser, München 2010, 256 S., 19,90 €, ISBN 978-3-446-42344-2
- ▶ Macondo Group: **Global Compact International Yearbook 2010.** Macondo group, Münster 2010, 196 S., 25,- €, ISBN 978-3-9810638-5-1
- ▶ Martens, S.; Eggers, B.; Evert, T.: **Untersuchung des Einsatzes von Nanomaterialien im Umweltschutz.** Umweltbundesamt, Dessau 2010, 102 S. Download (PDF, 2,3 MB): www.umweltbundesamt.de/publikationen/fpdf-l/3778.pdf
- ▶ Narain, S. u. a.: **Klimawandel. Keine gemeinsame Teilhabe an der Welt.** BPB, Berlin 2010, 48 S., kostenlos, ISSN 0479-611X. Download: www.bpb.de/apuz/lhckb7
- ▶ Paech, N. u. a.: **Politik in der Wachstumsfalle. Mit Wachstum aus der Krise oder mit Wachstum in die Krise?** Tagungsdokumentation. Evangelische Akademie, Loccum 2010, 138 S. Download: www.loccum.de/wachstum
- ▶ Rilling, R. u. a.: **Auto. Mobil. Krise.** Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2010, 194 S., 10,- €. www.auto-mobil-krise.de
- ▶ Schwägerl, C.: **Menschenzeit. Zerstören oder gestalten? Die entscheidende Epoche unseres Planeten.** Riemann, München 2010. 320 S., 19,95 €, ISBN 978-3-570-50118-4
- ▶ Spath, D. u. a. (Hrsg.): **Green Office. Ökonomische und ökologische Potenziale nachhaltiger Arbeits- und Bürogestaltung.** Gabler, Wiesbaden 2010, 368 S., 49,95 €, ISBN 978-3-8349-2390-5
- ▶ Then, C.; Hamberger, S.: **Synthetische Biologie und künstliches Leben. Eine kritische Analyse.** Testbiotech, München 2010, 43 S. Download: www.testbiotech.de/node/389
- ▶ Wullweber, J.: **Hegemonie, Diskurs und Politische Ökonomie. Das Nanotechnologie-Projekt.** Nomos, Baden-Baden 2010, 357 S., 34,- €, ISBN 978-3-8329-5180-1

Impressum

umwelt aktuell November 2010
ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Koblenzer Str. 65, D-53173 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de. **Gesellschafter/Anteile:** Jacob Radloff, Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 %

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (Deutschland, verantwortl.), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantwortl.). **Redaktion:** Juliane Grüning [jg], Matthias Bauer [mb], Marion Busch [mbu], Stefanie Langkamp [sl]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Eric Janacek [ej], Leo Koppelkamm [lk], Julia Barthele [jb], Zoé Thio [zt]. **Service:** Juliane Grüning. **ökopädNEWS:** siehe S. 40

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, -81, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg
Titelfoto: DLR. **Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier
Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: Rhenus Medien Logistik GmbH & Co. KG, D-86899 Landsberg am Lech, Tel. +49 (0)8191 / 97000-608, Fax -405, E-Mail: oekom@de.rhenus.com
Anzeigen: oekom verlag, Stefanie Ott, München, Tel. +49 (0)89 / 54418435, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion beziehungsweise des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



TERMINE

NOVEMBER

11.–12.11., Erfurt (D)

Wachstum neu erfinden. B.A.U.M.-Jahrestagung

► B.A.U.M. e.V., Hamburg, Tel. +49

(0)40 / 4907-1100, E-Mail: pr@baumev.de, www.baumev.de

11.–12.11., Berlin (D)

Bürgerschaftliches Engagement in der Europäischen Union. Rahmenbedingungen schaffen – Freiwillige gewinnen. Tagung

► Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa/ISS, Christine Storck-Ratnam, Frankfurt/M., Tel. +49 (0)69 / 95789-190, E-Mail: christine.storck-ratnam@iss-ffm.de, www.beobachtungsstelle-gesellschaftspolitik.de

13.–14.11., Boppard/Rheinland-Pfalz (D)

Internationaler Bahnlärmkongress 2010

► Bundesvereinigung gegen Schienenlärm, Tel. +49 (0)6742 / 8010690, E-Mail: info@ibk2010.de, www.ibk2010.de

16.11., Frankfurt/M. (D)

Wasserautarkes Grundstück. Fachtagung

► Fachvereinigung Betriebs- und Regenwassernutzung, Tel. +49 (0)6151 / 3392-57, Fax -58, E-Mail: info@fbr.de, www.fbr.de/fbrfachtagungen.html

16.11., Börtewitz/Mittelsachsen (D)

Europa – ohne Agrotechnik. Tagung

► Sachsen gentechnikfrei, Tharandt, Tel. +49 (0)35203 / 31816, Fax 37936, E-Mail: koordination@sachsen-gentechnikfrei.de, www.sachsen-gentechnikfrei.de/bauerntag

16.–18.11., Neumünster (D)

Minimizing Risks for the Environment in Marine Ammunition Removal in the Baltic and North Sea (MIREMAR). Konferenz

► NABU Schleswig-Holstein, E-Mail: info@miremar.de, www.kurzlink.de/miremar

17.–18.11., Berlin (D)

Umweltleistungsindikatoren. Workshop

► Koordinierungsbüro Normungsarbeit der Umweltverbände/Deutscher Naturschutzring, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de, www.bund.net/normung

17.–18.11., Stuttgart (D)

Klimawandel, Hunger, Flüchtlingsströme: Agrarforschung als Chance für die Menschheit.

Journalistenseminar

► Uni Hohenheim, E-Mail: presse@uni-hohenheim.de, www.uni-hohenheim.de/journalistenseminar

18.11., Berlin (D)

Die neue Landnahme in Afrika, Asien und Lateinamerika. Fachtagung

► Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika, Tel. +49 (0)30 / 6934029, E-Mail: info@fdcl.org, www.fdcl.org/aktuelles/2010

18.–19.11., Bonn (D)

Kommunalen Klimaschutz erfolgreich gestalten. Konferenz

► Deutsches Institut für Urbanistik; Konferenzbüro, Heidi Hödtke, Tel. +49 (0)228 / 9096629, E-Mail: anmeldung@kommunalkonferenz2010.de, www.kommunalkonferenz2010.de

19.–21.11., Altenkirchen/Westerwald (D)

Bäuerliche Landwirtschaft als Zukunftslandwirtschaft. Tagung

► Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Ulrich Jasper, Hamm, Tel. +49 (0)2381 / 9053171, E-Mail: jasper@abl-ev.de, www.abl-ev.de

20.11., Berlin (D)

Atomkraft – Nein danke/Blue Planet Award 2010. Tagung

► Ethecon-Stiftung, Axel Köhler-Schnura, Düsseldorf, Tel. +49 (0)211 / 26112-10, Fax -20, E-Mail: info@ethecon.org, www.ethecon.org

20.–23.11., Bad Boll bei Göppingen (D)

Zukunft auf zwei Rädern? Tagung

► Evangelische Akademie, Bad Boll, Tel. +49 (9)7164 / 79342, www.ev-akademie-boll.de

22.–24.11., Rehburg-Loccum bei Hannover (D)

H₂O – Blaues Gold? Tagung

► Evangelische Akademie Loccum, Monika Müller, Tel. +49 (0)5766 / 81108, E-Mail: monika.mueller@evlka.de, www.loccum.de

25.–26.11., Benediktbeuern/Oberbayern (D)

Naturschutz im neuen Jahrzehnt. Ziele und Strategien. Symposium

► Deutsche Bundesstiftung Umwelt, Osnabrück, Fax +49 (0)541 / 9633990, E-Mail: s.lohaus@dbu.de, www.dbu.de/550artikel30498_135.html

25.–26.11., Götzis/Vorarlberg (A)

Werte schaffen – Regionen stärken. 4. Konferenz der gentechnikfreien Regionen am Bodensee

► Bildungshaus St. Arbogast, Tel. +43 (0)5523 / 6250128, E-Mail: arbogast@kath-kirche-vorarlberg.at, www.gentechnikfreie-bodenseeregion.org

27.11., Berlin (D)

Mitgliederversammlung des Deutschen Naturschutzrings

► DNR, Helga Inden-Heinrich, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

DEZEMBER

01.–02.12., Bonn (D)

EU-Förderung für bürgerschaftliches Engagement. Seminar

► Europa für Bürgerinnen und Bürger, Monika Lühn, Tel. +49 (0)228 / 2016721, E-Mail: luehn@kontaktstelle-efbb.de, www.kontaktstelle-efbb.de

01.–03.12., Wildbad Kreuth/Oberbayern (D)

5. Rotwildsymposium. Der Hirsch und der Wald

► Deutsche Wildtier-Stiftung, Andreas Kinser, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 733391876, Fax 7330278, E-Mail: a.kinser@dewist.de, www.rothirsch.org

03.–05.12., Lutherstadt Wittenberg (D)

Nachhaltige Grundsicherung. Tagung

► BUND/EED/Brot für die Welt; Evangelische Akademie, Jörg Göpfert, Tel. +49 (0)3491 / 498841, E-Mail: goepfert@ev-akademie-wittenberg.de, www.zukunftsfaehiges-deutschland.de

04.–05.12., Leipzig (D)

Bundesweite Tagung der gentechnikfreien Regionen und Aktiven

► Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Annemarie Volling, Lüneburg, Tel. +49 (0)4131 / 400720, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de, www.keine-gentechnik.de/termine

13.–17.12., Vilm bei Rügen (D)

New opportunities and challenges for making biodiversity and ecosystem services count

► Bundesamt für Naturschutz, Martina Finger, Tel. +49 (0)38301 / 86-112, E-Mail: martina.finger@bfn-vilm.de, www.bfn.de/0603_kalender.html

► **Umweltbildungs-Termine:** siehe S. 40

Weitere Termine: www.dnr.de/termine

Ausgezeichnete Kommunen

Leitbild Nachhaltigkeit noch selten

Nur elf deutsche Städte wurden bislang als „Kommunen der UN-Dekade“ ausgezeichnet. Mit beispielhaften Initiativen tragen sie dazu bei, das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung im Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger zu verankern. Zwar stehen meist ökologische und soziale Projekte im Vordergrund, doch das Thema Geld und ökonomische Aspekte spielen eine immer größere Rolle.

Die Zukunft der Menschheit liegt weltweit in den Städten. Im Jahr 2007 lebten hier erstmals mehr Bewohner als auf dem Lande. Forscher schätzen, dass im Jahr 2050 zwei Drittel aller Menschen in Metropolen leben werden. Jeder dritte Deutsche wohnt inzwischen in einer Stadt mit mehr als 100.000 Einwohnern.

Doch ob Metropole oder Kleinstadt: Kommunen sind die wichtigste Schnittstelle zwischen den Menschen und dem Staat. Gesetze und Verwaltungsvorschriften regeln Geburt, Hausbau und Parkplätze. In welchem Umfang Bürgerinteressen dabei Berücksichtigung finden, erkennt man an deren Einbezug in politische Vorhaben. Die Ausstattung von Schulen, eine funktionierende Infrastruktur, die Förderung zukunftsfähiger Wirtschaftsprоекten, die Berücksichtigung von Minderheiten oder eine geringe Pro-Kopf-Verschuldung sind Anzeichen einer „Good Governance“, die das Wohl der Bürger im Blick hat. Eine solche nachhaltige Entwicklung braucht Pioniere, Bildung und politischen Willen.

Auch deutsche Städte können „Kommune der UN-Dekade“ werden

Im Rahmen der von der Unesco für die Jahre 2005 bis 2014 ausgerufenen Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) können sich auch in Deutschland vorbildliche Städte und Gemeinden um den Titel „Kommune der UN-Dekade BNE“ bewerben. Bislang konnten nur elf Kommunen diese von Nationalkomitee verliehene hohe Auszeichnung für jeweils zwei Jahre entgegennehmen. Hierzu mussten sie einen umfangreichen Fragenkatalog beantworten und ihre Leistungen im Bildungsbereich nachweisen. Grundlage der Bewerbung ist ein formaler Beschluss des

Gemeinde- oder Stadtrates, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung Bestandteil des Leitbildes der Kommune ist. Für die kommenden Jahre müssen weitere Ziele und Maßnahmen beschlossen werden, außerdem sollen die Aktivitäten in einem Schwerpunktbereich Modellcharakter besitzen.

Nach zwei Jahren ist eine Wiederbewerbung möglich, wenn ein Fortschrittsbericht vorgelegt wird. Er soll zeigen, welche positiven Effekte die Bildungsaktivitäten für die nachhaltige Entwicklung auf kommunaler Ebene zur Folge hatten.

Ausgezeichnete Kommunen mit vielfältigen Projekten

Die ausgezeichneten Projekte und Schwerpunkte sind so vielfältig wie die Kommunen selbst:

- ▷ In Aalen (Baden-Württemberg) haben Agenda-21-Gruppen einen Stadtführer „Aalen für Alle“ veröffentlicht und organisieren zum Beispiel ein Programmkino, Tauschtage und die Informationstage Energie.
- ▷ Die Gemeinde Alheim (Hessen) stellt ihre Modellprojekte zu regenerativen Energien, naturbewusstem Tourismus oder Gesundheitsversorgung ganz unter das Leitbild einer Bildung für nachhaltige Entwicklung.
- ▷ Da die Stadt Bonn (Nordrhein-Westfalen) Sitz verschiedener UN-Sekretariate und vieler internationaler Organisationen ist, nehmen viele Bonner Maßnahmen Bezug auf internationale Aspekte, Kampagnen und Jahrespartnerschaften.
- ▷ Erfurt (Thüringen) will seine vielen guten Projekte stärker in die Öffentlichkeit tragen: die Millenniumserklärung

der Kommune, solargerechte Bauleitplanung, CO₂-Minderungsplan, Kinderstadtplan, Bürgerbeteiligungshaushalt und vieles mehr.

- ▷ Herzstück des Programms von Frankfurt am Main (Hessen) ist das Netzwerk „Nachhaltigkeit lernen in Frankfurt“, das unterschiedliche Akteure aus Institutionen, Unternehmen und der Zivilgesellschaft zusammenbringt.
- ▷ In Gelsenkirchen (NRW) entstanden zu verschiedenen Themen Kooperationen und Netzwerke, in denen Bürger, Organisationen, Verbände, Kirchen und die Wirtschaft gemeinsam arbeiten.
- ▷ Hamburg hat die Initiative „Hamburg lernt Nachhaltigkeit“ gestartet, in der auch die für alle Bildungsbereiche zuständigen Behörden mitwirken, und gibt einen jährlichen Aktionsplan mit guten Praxisbeispielen heraus.
- ▷ In Heidelberg (Baden-Württemberg) gibt es ein umfassendes BNE-Konzept, das Kindertagesstätten, Schulen, die Universität, Unternehmen, Sportvereine und Kirchen in die Umsetzung einbezieht.
- ▷ Obwohl die Gemeinde Hellenthal (NRW) mit 8.600 Einwohnern zu den kleinsten Kommunen im Land zählt, haben hier bereits über 100 Tagungen zu BNE-Themen stattgefunden.
- ▷ In Minden (NRW) kann das kleine Stadtviertel Obere Altstadt auf über 60 schulische und außerschulische Einrichtungen verweisen und hat damit Modellcharakter für BNE in der gesamten Stadt.
- ▷ Neumarkt (Bayern) will ein Zentrum für Nachhaltigkeit als Bildungs- und Wissenschaftseinrichtung aufbauen und legt besonderen Wert darauf, unterschiedliche Zielgruppen mit den Inhalten der BNE zu erreichen.

Bildung als Vorteil für knappe Kassen

Alle Kommunen wirken bei der Umsetzung der strategischen Ziele des Nationalen Aktionsplans BNE mit. Doch in den Zeiten knapper öffentlicher Kassen können Kommunen nicht immer alle gewünschten oder notwendigen Aktivitäten finanzieren. Über ehrenamtliches Engagement und Bildungs-

kompetenz hinaus brauchen Projekte auch eine sichere ökonomische Grundlage. Das von der Deutschen Unesco-Kommission ausgerufene Jahresthema „Geld“ bietet eine hervorragende Basis, um auch ökonomische Aspekte stärker in der Bildung zu verankern und mehr Gerechtigkeit zum Beispiel durch regionale Bildungslandschaften zu schaffen. Der begehrte Titel hilft Kommunen und Akteuren bei der Suche nach neuen Kooperationspartnern oder bei der Vergabe von Förderpreisen. **[Jürgen Forkel-Schubert]**

▷ www.bne-portal.de (Kommunen der UN-Dekade)

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU-Fachtag und Mitgliederversammlung

□ Am 1. Dezember lädt der ANU-Bundesverband zu einem Fachtag „BNE und ANU“ ins Haus der Natur in Potsdam ein. Neben einem Überblick über die zweite Hälfte der UN-Dekade BNE und einer Einführung zum kommenden Jahresthema Stadt werden Projekte vorgestellt, darunter die BNE-RegionalkoordinatorInnen in Mecklenburg-Vorpommern und das Projekt ParcInterp in Großschutzgebieten. Abgerundet wird das Programm mit einem globalisierungs- und konsumkritischen Stadtrundgang durch Potsdam. Anschließend findet die Mitgliederversammlung des ANU-Bundesverbandes statt.

▷ www.umweltbildung.de

ANU/Leuchtpol-Tagung „Kinder. Werte. Klimaschutz“

□ Im Anschluss an den ANU-Fachtag findet am 2. und 3. Dezember im Seminaris-Seehotel in Potsdam eine kombinierte Leuchtpol-Fachtagung und ANU-Bundestagung 2010 statt. Im Mittelpunkt stehen dabei die Werte, die das tägliche Handeln und unsere Bildungsarbeit bestimmen. Im Kindergarten entdecken Kinder die Werte ihrer Umwelt und beginnen eigene zu entwickeln. Unter der Perspektive einer nachhaltigen Entwicklung sollen sie

lernen, sich für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und ein gerechtes Zusammenleben in der Einen Welt einzusetzen. Dabei steht diesmal der Klimaschutz im Vordergrund.

▷ www.leuchtpol.de/fachtagung

Im SCHUBZ klingelt der Klima-Wecker

□ Neue Filme, Projektideen und Unterrichtsmaterialien können Schulen und Kitas kostenlos aus einer Internetdatenbank herunterladen. Das Umweltbildungszentrum SCHUBZ in Lüneburg hat sie in einem Pilotprojekt namens „Klima-Wecker“ entwickelt. Der Wecker soll wachrütteln, informieren und Kindern und Jugendlichen Möglichkeiten schaffen, sich für den Klimaschutz einzusetzen. Am 19. November lädt die Einrichtung außerdem zur Fachtagung „Klima als Anlass einer Bildung für nachhaltige Entwicklung in Schule und Kita“ ein.

▷ www.klima-wecker.de (Download-Materialliste)

NaturGut Ophoven fördert die Wirtschaft

□ „Ein Zentrum für Umweltbildung – das war vor ein paar Jahren noch das Letzte, was man in der Industriestadt Leverkusen erwartete“, erklärte Oberbürgermeister Reinhard Buchhorn bei der Preisverleihung des „Leverkusener Löwen“ an das NaturGut Ophoven im Sommer dieses Jahres. Heute wird die Industrie- und Sportstadt als Ort wahrgenommen, der auch Umweltbildung und Naturschutz professionell vorantreibt.

Der Preis ging in der Vergangenheit an Persönlichkeiten wie den Bayer-04 Sportdirektor Rudi Völler und den ehemaligen Bayer-Vorstandsvorsitzenden Werner Wenning. Über den Leiter Hans-Martin Kochanek wird nun das NaturGut Ophoven für sein 26-jähriges Engagement in der Umweltbildung geehrt. Dadurch wird die Bedeutung von Umweltbildung auch für das wirtschaftliche Ansehen einer Stadt anerkannt.

▷ www.naturgut-ophoven.de

Wuppertaler Umweltstation in neuem Haus

□ Seit 1984 gibt es ein Umweltbildungszentrum in Wuppertal. Unter dem Motto „Natur erfassen – Natur zum Anfassen“ werden heute in der Station Natur und Umwelt fast 150 Veranstaltungen angeboten. Außerdem finden über 400 Gruppenveranstaltungen und mehr als 300 Schulbesuche statt. Diesem Ansturm war der alte provisorische Schulergänzungsbau in Leichtbauweise nicht mehr gewachsen. Mit finanzieller Unterstützung von privaten Unternehmen und der Stadt konnte im Mai dieses Jahres ein attraktives Massivholzgebäude nach Dreiliterhauskriterien fertiggestellt werden. Drei große Seminarräume, eine Lehrküche und ein Werkraum ermöglichen nun den weiteren Ausbau der Bildungsangebote.

▷ www.stnu.de

SCHWERPUNKT: BILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

50.000 Euro für Bildungsprojekte

□ Gemeinsam haben die Deutsche Unesco-Kommission und die Karl Kübel Stiftung zu Bewerbungen um den mit 50.000 Euro dotierten Karl Kübel Preis aufgerufen. Er soll an Bildungsprojekte gehen, die Familien mit jungen Kindern helfen, nachhaltiges Denken und Handeln zu vermitteln. Der Karl-Kübel-Preis 2011 trägt den Titel „Macht uns stark – Familien lernen Zukunft“ und ist ein Beitrag zur UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung. Bewerbungsschluss ist der 15. Dezember 2010.

▷ www.karlkuebelpreis.de

Neues BNE-Journal: Geld und Nachhaltigkeit

□ Was hat Geld mit Nachhaltigkeit zu tun? Was bedeutet nachhaltiges Wirtschaften? Und wie können wir nachhaltiges Handeln in der Ökonomie vermitteln? Diese Fragen beantworten in der neuen Ausgabe des BNE-Journals Experten aus Wissenschaft und Praxis. Das Journal stellt

auch Dekade-Projekte vor, darunter nachhaltige Schülergenossenschaften in Niedersachsen, Seminare der Caritas zu Konsum in München und der Beratungsdienst Geld und Haushalt der Sparkassen.

▷ www.bne-journal.de

Webseite soll für Nachhaltigkeit begeistern

□ Wie sich jeder Mensch für die nachhaltige Entwicklung stark machen kann, zeigt die Deutsche Unesco-Kommission auf ihrer neuen Webseite. Es werden verschiedene Personen vorgestellt, die sich für eine nachhaltige Entwicklung engagieren. Eine Deutschlandkarte zeigt auf, wo Nachhaltigkeitsprojekte zu finden sind. Daneben gibt es einen Labelpark, einen Ideenwettbewerb, eine Lohas-Arena, einen Kompetenz-Scanner und viele Links.

▷ www.mehr-wissen-mehr-tun.de

Hamburg Aktionsplan jetzt deutsch-englisch

□ Als attraktives Bilderbuch ist soeben der komplett überarbeitete 5. Hamburger Aktionsplan zur UN-Dekade BNE erschienen. Auf rund 80 Seiten illustrieren viele Fotos die Projekte aus allen Bildungsbereichen. Damit sollen neue Zielgruppen angesprochen werden. Erstmals ist der Aktionsplan in deutscher und englischer Sprache verfasst, um auch den internationalen Gästen im Umwelthauptstadtjahr 2011 einen Eindruck der Bildungsarbeit zu vermitteln. Kostenloser Bezug oder Download im Internet.

▷ www.hamburg.de/nachhaltigkeitlernen/aktionsplan

Europaweite BNE-Projekt Datenbank

□ Für das EU-Projekt 3-Lensus hat die Leuphana-Universität Lüneburg eine Datenbank entwickelt, in der BNE-Projekte in englischer Sprache gesammelt und veröffentlicht werden können. Die Projekteinträge können aus allen Bildungsbereichen und Altersstufen stammen, müssen sich inhaltlich aber mit BNE und dem lebens-

langen Lernens befassen und von mehreren regionalen Organisationen betrieben werden. Gefördert wird das Projekt durch das Programm für lebenslanges Lernen der EU. Ziele der Datenbank sind die Vernetzung und der Erfahrungsaustausch zwischen Hochschulen und regionalen Akteuren auf europäischer Ebene.

▷ www2.leuphana.de/3lensus/moodle

Ausbildung für „Nachhaltige Schülerfirmen“

□ Was zeichnet eine nachhaltige Schülerfirma aus? Wie kann sie aufgebaut und pädagogisch sinnvoll unter ökologischen, ökonomischen und sozialen Gesichtspunkten geführt werden? Wie können Schulen motiviert und unterstützt werden, nachhaltige Schülerfirmen einzurichten und so ihr Profil zu schärfen? Antworten auf diese Fragen bietet die 18-monatige Multiplikatoren Ausbildung „Nachhaltige Schülerfirmen“. Sie startet im Januar 2011.

▷ www.nachhaltige-schuelerfirmen.de

Kann man im Wald Nachhaltigkeit lernen?

□ „DEN Wald gibt es nicht – es gibt nur Waldbilder in unseren Köpfen“, schreibt Ute Stoltenberg in ihrem Buch „Mensch und Wald“. Was in unseren Köpfen passiert, hat die Beraterfirma für Nonprofitorganisationen Stratum auf ihrer Webseite abgebildet. Dort findet sich ein interessanter Vortrag zur Waldpädagogik, der diskursiv und konstruktivistisch der Frage nachgeht, ob man im Wald eigentlich Nachhaltigkeit lernen kann.

▷ www.stratum-consult.de/service (Downloads)

startete er die Initiative Plant for the Planet: In jedem Land der Erde soll eine Million Bäume gepflanzt werden. Inzwischen arbeitet die Initiative in über 70 Ländern, pflanzte über eine Million Bäume und die UN ernannte Felix zum Kinderbotschafter. Das Buch „Baum für Baum. Jetzt retten wir Kinder die Welt“ erzählt die Geschichte von Felix und zeigt, wie Kinder aktiv werden können.

▷ <http://germany.plant-for-the-planet.org>

Wir und unsere Märchentiere

□ Rotkäppchen und auch die sieben Geißlein wissen: Der Wolf ist ein gefährliches Tier. Was Hänschen lernte, führte Hans aus. Der Wolf und andere Wildtiere wurden bis zur Ausrottung gejagt und getötet. Heute gibt es Wölfe und Bären fast nur noch im Zoo. Nun hat die Umweltakademie Baden-Württemberg hierzu ein Erlebnis-, Vorlese-, Spiel- und Malbuch für Drei- bis Sechsjährige herausgegeben: „Wir und unsere Märchentiere: Wolf, Fuchs, Rabe und Co. – wie sie wirklich sind“. Das Buch zeigt, wie diese Tiere zu ihrem schlechten Ruf kamen. Es kostet 2,60 Euro und kann im Internet bestellt werden.

▷ www.umweltakademie.baden-wuerttemberg.de

Naturschutzideen für Jugendliche

□ Erfahrene UmweltpädagogInnen haben ihre vielfach erprobten Projekte für Jugendliche im Alter von zehn bis 16 Jahren zu dem Buch „Natur erkunden – Natur schützen“ zusammengefasst und den vier Jahreszeiten zugeordnet. Mit dem MP3-Player auf Vogelstimmenexkursion gehen, virtuell Fledermäuse orten, eine kulinarische Schatzsuche nach Kräutern unternehmen oder Vogelrestaurants für den Winter einrichten – die Aktivitäten erfordern keine großen Vorbereitungen und versprechen Spaß und Lernerfolg.

▷ Gerlach, C.; Lütke Twenhöven, F.: Natur erkunden – Natur schützen. Projektideen für Jugendliche. Verlag an der Ruhr, Mülheim 2009, 120 S., 20,50 €, ISBN 978-3-8346-0584-9

NATURSCHUTZ

Plant for the Planet

□ Der zwölfjährige Felix Finkbeiner ist eine berühmte Persönlichkeit. Bereits als Neunjähriger forderte er, dass die Erwachsenen endlich etwas gegen den Klimawandel tun. Unzufrieden mit den Ergebnissen,

Naturerlebnisse aus der Westentasche

□ Einer Klasse mit 30 Kindern authentische Naturerlebnisse zu vermitteln und sie dafür zu begeistern ist nicht einfach. Oftmals geht der Lehrer dozierend vorneweg und die Schüler langweilen sich. Der Verband Deutscher Naturparke hat mit Unterstützung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt und der Firma Jako-O sogenannte Entdecker-Westen entwickelt. Damit haben die Schüler alle notwendigen Utensilien griffbereit: Becherlupen, Pinzetten und Bestimmungsunterlagen. Der Lehrer muss nicht mehr an einzelnen Stationen die notwendigen Materialien umständlich aus dem Rucksack auspacken, an die Schüler verteilen und wieder einsammeln. Alle 33 Naturparke in Deutschland werden mit je einem Klassensatz ausgerüstet.

▷ www.naturparke.de/entdecker-westen.php

VERSCHIEDENES

Umweltbildung auf Kuba erleben

□ Eine Reality Tour zu Orten der Umweltbildung auf Kuba bietet die US-Organisation Global Exchange zusammen mit der lokalen Nichtregierungsorganisation Foundation for Nature and Humanity an. Vom 11. bis 20. Februar 2011 können Schulen und Kommunen in dem „einzigsten nachhaltigen Land der Welt“ (WWF) besucht werden. Es stehen Projekte für Biolandwirtschaft, erneuerbare Energien, Wiederaufforstung, Recycling, Umweltschutz und Nachhaltigkeit auf dem Programm.

▷ www.globalexchange.org/tours/1140.html

Frauen: Wechselt den Stromanbieter!

□ Die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke empört viele Frauen. Doch der Wechsel weg von den vier großen Energieunternehmen hin zu Ökostrom fällt vielen dennoch schwer. Weil Frauen sich am besten durch direkte persönliche Ansprache überzeugen lassen, entwickelte Genanet, die Leitstelle für Gender,

Umwelt und Nachhaltigkeit, ein kleines Aufgabenheft mit dem Titel „Ökostromwechsel! 10 Schritte zum guten Gewissen“. Vom Aufspüren von Stromfressern über Ökostrom im Gespräch bis hin zum konkreten Wechsel gibt es Anregungen und Tipps.

▷ www.strom-wechsel-frauen.de (Aufgabenheft)

Dritte Online-Klimakonferenz

□ Die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg organisiert bereits zum dritten Mal eine weltweite wissenschaftliche und CO₂-neutrale Klimakonferenz im Internet. Vom 1. bis 7. November können sich alle Interessierten an der Klima 2010/Climate 2010 beteiligen und sich über den Klimawandel informieren und austauschen. Schwerpunkt neben dem Klimawandel ist diesmal das nachhaltige Management von Wasserressourcen.

▷ www.klima2010.net

UMWELTBILDUNGS-TERMINKALENDER

Weitere Termine unter www.umweltbildung.de. Stellen Sie Ihre Termine dort selbst kostenlos ein!

4.–7.11., Rott/Westerwald (D)

Verhaltensauffälligkeiten in der Umweltbildung. Fortbildung

▷ www.crenatur.de (auch 31.03.–03.04.2011)

9.11., Basel (CH)

Die Ausstellung als Mittel der Umweltbildung

▷ www.umweltbildung.ch/download/ausstellung_2grad.pdf

11.–13.11., Osnabrück (D)

Globales Lernen in Botanischen Gärten

▷ Beate Stumpe, Tel. +49 (0)541 / 9692259, E-Mail: beate.stumpe@biologie.uni-osnabrueck.de

12.–13.11., Osnabrück (D)

Workshop zum Projekt „Globales Lernen an lokalen Lernorten“

▷ www.verband-botanischer-gaerten.de (Arbeitsgruppen – Pädagogik – Aktuelles)

13.11., Ferch-Lienewitz/Brandenburg (D)

Labyrinthbau. Fortbildung für PädagogInnen

▷ www.landstreicherei.de (Kontakt – Downloads)

17.–19.11., Laufen (Salzach)/Oberbayern (D)

Bau von Marionetten aus Naturmaterialien

▷ www.anl.bayern.de

18.11., Stuttgart (D)

Bürgerbeteiligung und Moderation von Großgruppen in Umweltverfahren

▷ www.umweltakademie.baden-wuerttemberg.de

24.–25.11., Ebsdorfergrund/Hessen (D)

Rohstoffe vom Bauernhof. Der Bauernhof als Lernort für eine nachhaltige Entwicklung

▷ www.llh-hessen.de

25.11., Schwerin (D)

Wie funktioniert Lernen? Fortbildung für außerschulische Bildungseinrichtungen

▷ www.umweltbildung-mv.de

25.–26.11., Witzenhausen bei Kassel (D)

Theorie trifft Praxis Lernen, evaluieren, vernetzen – die Zusammenarbeit von Schule und NGOs

▷ www.agrar.uni-kassel.de/ink/?c=31

27.11., Salzburg (A)

Natur vermitteln – Artenvielfalt erleben. Herausforderungen und Chancen der Naturvermittlung

▷ www.umwelt.naturfreunde.at

30.11., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)

Das Leitbild – Basis für Profilbildung und Identität einer Umweltbildungseinrichtung

▷ www.nna.de

Impressum ökopädNEWS

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Jürgen Forkel-Schubert (verantwortlich),

jfs@oekopaednews.de;

Birgit Paulsen, Webmaster, netzwerk@anu.de

ANU-Bundesverband Deutschland e.V.,

Robert-Mayer-Str. 48–50, D-60486 Frankfurt/M.,

Tel. +49 (0)69 / 310192-41, Fax -29,

bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de